



Plenarprotokoll

94. Sitzung

Kiel, Freitag, 29. August 2003

Bericht über die Schleswig-Holstein-Büros im Ostseeraum: Bisherige Tätigkeit (2001 - 2003) und Weiterführung (2004 - 2006).....	7126		
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2813 (neu)			
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	7126		
Manfred Ritzek [CDU]	7128, 7134		
Ulrike Rodust [SPD]	7129		
Joachim Behm [FDP].....	7130		
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7132		
Anke Spoorendonk [SSW].....	7132		
Dr. Gabriele Kötschau [SPD].....	7133		
Beschluss: Überweisung an den Europa- ausschuss zur abschließenden Be- ratung	7135		
Zukunft des Ostseerates.....	7135		
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/2843			
		Bericht der Landesregierung	
		Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	7135
		Anke Spoorendonk [SSW].....	7136
		Rolf Fischer [SPD].....	7137
		Uwe Greve [CDU]	7138
		Joachim Behm [FDP].....	7139
		Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7140
		Beschluss: 1. Antrag Drucksache 15/2843 für erledigt erklärt	
		2. Überweisung des Berichts der Landesregierung an den Europa- ausschuss zur abschließenden Be- ratung	7141
		Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark.....	7142
		Landtagsbeschluss vom 9. Mai 2003 Drucksache 15/2620	
		Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2731	

Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	7142	Caroline Schwarz [CDU].....	7165
Manfred Ritzek [CDU]	7143	Helmut Jacobs [SPD]	7166
Rolf Fischer [SPD].....	7145	Dr. Ekkehard Klug [FDP]	7167
Joachim Behm [FDP].....	7146	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7168
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7147	Anke Spoorendonk [SSW].....	7170
Anke Spoorendonk [SSW].....	7149	Dr. Henning Höppner [SPD].....	7171
Dr. Ulf von Hiemcrone [SPD]	7150	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	7171
Beschluss: Überweisung des Berichts der Landesregierung an den Europa- ausschuss zur abschließenden Bera- tung	7151	Beschluss: Überweisung des Antrages Drucksache 15/2851 an den Bildungs- ausschuss	7173
Erste Lesung des Entwurf eines Gesetzes über die Sonn- und Feiertage (SFTG)	7151	Haus der Geschichte.....	7173
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2802		Antrag der Fraktion der CDU und der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/2841	
Klaus Buß, Innenminister.....	7151, 7156	Caroline Schwarz [CDU].....	7173, 7181
Martin Kayenburg [CDU]	7152	Jürgen Weber [SPD]	7175
Peter Eichstädt [SPD].....	7153	Dr. Ekkehard Klug [FDP]	7177
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP].....	7154	Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7178
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7156	Anke Spoorendonk [SSW].....	7179
Silke Hinrichsen [SSW]	7156	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	7180
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	7157	Lothar Hay [SPD]	7181
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landes- pressegesetzes.....	7157	Beschluss: Ablehnung	7182
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2835		Volle BahnCard-Rabatte auch in Schles- wig-Holstein	7182
Klaus Buß, Innenminister.....	7157	Antrag der Fraktion FDP Drucksache 15/2822	
Martin Kayenburg [CDU]	7158	Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	7182
Gisela Böhrk [SPD].....	7159	Günther Hildebrand [FDP].....	7184
Wolfgang Kubicki [FDP].....	7161	Gerhard Poppendiecker [SPD].....	7185
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7162	Uwe Eichelberg [CDU].....	7186
Silke Hinrichsen [SSW]	7163	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7186
Werner Kalinka [CDU]	7164	Lars Harms [SSW]	7188
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	7165	Beschluss: Antrag für erledigt erklärt.....	7189
Bezirksfachklassen und Landesberufs- schulen	7165	Ablehnung der Einführung einer Bür- gerversicherung im Gesundheitswesen....	7189
Antrag der Fraktion CDU Drucksache 15/2833		Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2832	
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/2851		Werner Kalinka [CDU].....	7189
		Wolfgang Baasch [SPD]	7190

Veronika Kolb [FDP].....	7192	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	7203
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7194, 7200		
Silke Hinrichsen [SSW].....	7197	Grundsicherung	7203
Dr. Heiner Garg [FDP].....	7199	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2828	
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	7200	Beschluss: Annahme.....	7203
Beschluss: Ablehnung	7202	a) Machbarkeitstudie zur Ausweisung des Gebietes des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer als Weltkulturerbe	7203
Kein Auslaufen der Gemeinschafts- aufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in den alten Bun- desländern (GA-West) ab 2004	7202	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1249 Abs. 2 und 3	
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/2844		b) Machbarkeitsstudie zur Ausweisung des Gebietes des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer als Weltkulturerbe	7203
Beschluss: Annahme.....	7202	Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1354	
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig- Holsteinischen Schulgesetzes	7202	Bericht und Beschlussempfehlung des Umweltausschusses Drucksache 15/2836	
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 15/2386		Helmut Jacobs [SPD], Berichterstatter ..	7203
Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 15/2784		Beschluss: 1. Ablehnung der Absätze 2 und 3 des Antrages Drucksache 15/1249	
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD], Bericht- erstatter	7202	2. Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung Drucksache 15/1354.....	7204
Beschluss: Ablehnung	7202		
Erste Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes zur Änderung des Stiftungsge- setzes	7203		
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2831		* * * *	
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	7203	Regierungsbank:	
Mittelstandsoffensive liegen geblieben?...	7203	Heide Simonis, Ministerpräsidentin	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/2824		Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsi- dentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	
Beschluss: Annahme.....	7203	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis- senschaft, Forschung und Kultur	
Fortentwicklung der Verwaltungsreform	7203	Klaus Buß, Innenminister	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/2825		Dr. Ralf Stegner, Minister für Finanzen	
Klaus-Peter Puls [SPD], zur Geschäfts- ordnung	7203	Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	
		* * * *	

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir treten in die heutige Sitzung ein. Ich darf zunächst bekannt geben: Erkrankt ist Frau Ministerin Moser, beurlaubt sind Frau Abgeordnete Sandra Redmann, Frau Abgeordnete Sylvia Eisenberg und Herr Abgeordneter Thorsten Geißler. Wegen dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene ist Herr Minister Klaus Müller beurlaubt.

Ich darf Gäste begrüßen. Bei uns auf der Tribüne begrüße ich zuallererst unsere Freunde der Kaliningrader Gebietsduma, an der Spitze Herrn Wladimir Nikitin, Präsident der Duma, daneben Herrn Boris Schuschkin, Vorsitzender des Ausschusses für Staatsaufbau und regionale Selbstverwaltung, Herrn Nikolaj Andrejew, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftspolitik, Herrn Konstantin Poljakow, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Sozialpolitik und Gesundheit, und Herrn Walerij Selesnjow, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Rechtsordnung, Sicherheit, internationale und interregionale Beziehungen. - Ihnen allen ein herzliches Willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag! Schön, dass Sie wieder hier sind.

(Beifall)

Wie Sie wissen, findet morgen auch ein Spiel des FC Landtag gegen die Kaliningrader Gebietsduma statt. Das erste Spiel haben wir mit 1:1 in Kaliningrad gewonnen.

(Heiterkeit)

Ich darf dann zwei ehemalige Kollegen herzlich begrüßen. - Frau Anke Gravert und Frau Kläre Vorreiter, herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag hier im neuen Plenarsaal!

(Beifall)

Und ich darf Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer des Klaus-Harms-Gymnasiums, Kappeln, begrüßen. - Ihnen allen zusammen ein herzliches Willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wir treten dann in die Tagesordnung ein. Nach der mir vorliegenden Tagesordnung ist zwischen den Geschäftsführern der Fraktionen vereinbart worden, mit Tagesordnungspunkt 36 zu beginnen. Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

Bericht über die Schleswig-Holstein-Büros im Ostseeraum: Bisherige Tätigkeit (2001 - 2003) und Weiterführung (2004 - 2006)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2813 (neu)

Ich erteile zunächst für die Landesregierung Frau Ministerpräsidentin Simonis das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 1. Mai des nächsten Jahres bekommen neue Beitrittskandidaten die Möglichkeit, sich noch näher an uns heran - politisch, gesellschaftlich, sozial - zu entwickeln. Wir freuen uns darauf, denn damit sind wir dann auch psychologisch den Vertretern etwas näher, die heute Morgen hier sitzen und uns zuschauen und zuhören können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Schleswig-Holstein ist bereits seit Jahren mit seinen Büros in den vier Beitrittsländern der Ostseeregionen Lettland, Estland, Litauen und Polen, in Südschweden und in Kaliningrad vor Ort vertreten. Wir wollen, dass das auch in Zukunft ein Motor der Entwicklung in diesem Raum ist. Diese Büros werden von Bürgern der jeweiligen Länder angelassen, die sich für uns und für Europa interessieren beziehungsweise für Deutschland, und umgekehrt von schleswig-holsteinischen Verbänden und Institutionen beziehungsweise Unternehmen, die sich für diese Regionen interessieren.

Wir legen weiterhin einen Schwerpunkt der Arbeit auf die Ostseezusammenarbeit. Dort gelten wir als gut. Das ist unser so genanntes „Alleinstellungsmerkmal“. Hier haben wir gute Beziehungen knüpfen können, man kennt sich, man weiß miteinander zu reden. Und zwischen dem Landtag und den Verbänden hier und den jeweiligen parlamentarischen Vertretungen und Verbänden dort hat sich in der Zwischenzeit ein dichtes Netz von Informationen entwickelt, so wie zwischen den jeweiligen Regierungen.

Heute stehen drei Aussprachen zur **Ostseepolitik** auf der Tagesordnung dieses hohen Hauses. Damit wird auch für den unbefangenen Zuschauer klar, welche herausragende Bedeutung die Zusammenarbeit im Ostseeraum für uns hat.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Landesregierung berichtet über die Tätigkeit der **Schleswig-Holstein-Büros im Ostseeraum**, die seit 1995 Schritt für Schritt errichtet wurden. Dieses ist in

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

seiner Struktur ein einmaliges Netzwerk von Verbindungsbüros, die allerdings nicht allein dort stehen. Es gibt neben dem bekannten Netzwerk unserer regionalen Partnerschaften in der Ostseeregion auch im Rahmen des Ostseerates die Möglichkeit, unsere politischen Ziele zur Geltung zu bringen. Auch unsere grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark, die oft als ein Element unserer Innenpolitik missverstanden wird, ist eine wichtige Säule unserer Zusammenarbeit.

Ein tragendes Element - das ist klar -, sind die Schleswig-Holstein-Büros im Ostseeraum. Sie stellen die Kontakte her, sie sind die Ansprechpartner, sie berichten, sie warnen und sie machen aufmerksam auf das, was sich dort entwickelt. Außerdem haben sie dazu beigetragen, den guten Ruf Schleswig-Holsteins als verlässlichen Partner in der Ostseeregion auszubauen. Ich darf dafür ausdrücklich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, die sich auch sehr bemühen, sprachliche Barrieren abzubauen, Gesetzestexte hin- und herzuschicken, zu erklären und zu erläutern und unter Umständen Austausch zwischen Verwaltungen und Institutionen herzustellen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW und vereinzelt bei CDU und FDP)

Mit der Unterstützung von Wirtschaft und Verbänden aus unserem Land und aus dem jeweiligen Partnerland ist es gelungen, ein stabiles Netz der Kommunikation und der Zusammenarbeit zu knüpfen.

In dem Bericht, den wir Ihnen heute vorlegen, wird die praktische Arbeit in jedem Büro detailliert beschrieben. Als Ergebnis darf ich festhalten: Unser Land Schleswig-Holstein ist gut darauf vorbereitet, die positiven ökonomischen und politischen Entwicklungen in dieser Region für sich zu nutzen. Dazu nenne ich Ihnen einige Beispiele. Am 3. und 4. September - also in der nächsten Woche - bin ich im Rahmen meiner diesjährigen **Ostseereise** - nach einem Aufenthalt in St. Petersburg - in Tallinn zu Gast. In Tallinn werden wir uns insbesondere für eine Zusammenarbeit im Bereich der Windenergie einsetzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich werde zusammen mit dem neuen Regierungschef Parts eine kleine Fachmesse besuchen. Auch wird es einen Workshop geben, an dem Fachleute beider Seiten teilnehmen werden. Ich werde mit dem neuen Regierungschef Parts, der Außenministerin Ojuland und dem Innenminister Leivo sprechen. Bei der Vorbereitung dieses Besuches hat unser Schleswig-Holstein-Büro eine zentrale Rolle gespielt.

In der Oblast Kaliningrad haben wir ein eigenes Schleswig-Holstein-Büro eingerichtet. Auf der Grundlage der beiden Memoranden der Landesregierung mit der Gebietsverwaltung und des Landtages mit der Gebietsduma ist der Umfang der Projekte deutlich gewachsen. Wir haben uns darauf eingestellt, dass dies auch in Zukunft so weitergehen wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Büro in Malmö arbeitet als eine schleswig-holsteinische Verbindungsstelle in der Øresundregion. Damit können wir die Boomregion südliche Ostsee direkt vor Ort vertreten und uns über die weiteren Entwicklungen auf dem Laufenden halten.

Die erfolgreiche Arbeit der Schleswig-Holstein-Büros in Riga, Vilnius und Danzig wird gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer zu Kiel weitergeführt. Dies dient der Verbreitung von Informationen und hat gewisse Türöffnungsfunktionen für Unternehmer, die dorthin wollen. Unsere Unternehmer sind bekanntlich im Wesentlichen mittelstandsorientiert. Ich weiß aus einigen Gesprächen, dass insbesondere Vertreter der Medizintechnologie glauben, dort einen guten Markt zu finden. Unsere guten Kontakte gelten nicht nur für Wirtschaft und Politik, sondern auch für den kulturellen und sozialen Austausch, für Jugendbegegnungen und Wissenschaftsprogramme in der Region rund um die Ostsee. Dies ist auch nötig, damit nicht nur allein der Tunnelblick Wirtschaft entsteht, sondern vielmehr das breite Feld der gesamten politischen und kulturellen Betätigung allen offen steht.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit der Erweiterung der Europäischen Union werden die Anforderungen wachsen; das ist uns klar. Damit wird auch die Bedeutung der Büros noch weiter zunehmen. Die Landesregierung hat sich also für die Fortsetzung der Arbeit der sechs Büros ausgesprochen. Mit der Entscheidung, das Netz der Schleswig-Holstein-Büros für weitere drei Jahre zu betreiben, setzen wir in unserer Ostseepolitik auf Kontinuität. Wir würden uns freuen, wenn auch Sie in Ihrer parlamentarischen Arbeit sowie in der Verbandsarbeit davon Nutzen hätten.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Nach dem Bericht der Ministerpräsidentin eröffne ich jetzt die Aussprache. Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Manfred Ritzek das Wort.

Manfred Ritzek [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor Ort Flagge zeigen - das war das ursprüngliche Ziel der seit 1995 eröffneten schleswig-holsteinischen Repräsentanzen in Tallinn, Riga, Vilnius, Danzig, Kaliningrad und Malmö. Es gibt keinen Zweifel: Schleswig-Holstein braucht von seiner strategischen Aufgabe und geografischen Lage her Verbindungsbüros in diesen Ländern. Sicherlich haben die Büros auch gute Arbeit geleistet. Das muss aber auch präziser gesagt werden. Die jährlichen Kosten für den Betrieb dieser **Schleswig-Holstein-Büros** von circa 102.000 € im Jahr 2003 und 107.000 € im Jahr 2004 sowie 110.000 € im Jahr 2005 sind meiner Meinung nach vertretbar. Gefragt werden muss, was für diese Beträge geleistet werden kann und geleistet wird.

Der einheitliche Aufgabenkatalog für die Büros legt Tätigkeiten und Anforderungen fest. Natürlich wurden einige durchaus erkennbare Erfolge erzielt, wie zum Beispiel die Durchführung des Jugendtreffens „Czas-Sprung“, der Deutschlehrer-Tag, polizeiliche Kooperation, das Engagement beim Twinning-Projekt Justiz und Suchtgefahren sowie Agrar, der Austausch von Beschäftigten der Königsberger Gebietsverwaltung mit der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung und die Erstellung von diversen Tourismusbroschüren über Schleswig-Holstein, von denen ich nicht weiß, inwieweit diese bekannt sind.

Reicht das? Es bleibt im Bericht trotz der genau definierten Anforderungen im Aufgabenkatalog zu oft bei vagen Formulierungen. Was sind die definierten Anforderungen an die Büros? Die erste Tätigkeit fordert Unterstützung der regionalen Partnerschaften bei der Verwirklichung von vereinbarten Jahresarbeitsprogrammen. Wo sind diese Jahresarbeitsprogramme? Darüber wird nichts gesagt. Die zweite Tätigkeit der Büros ist die Unterstützung der Entwicklung von Kooperationsprojekten zur Nutzung von EU-Programmen. Über solche Projekte ist wenig zu erfahren. Gibt es so wenige oder sind die Vertretungen nicht in der Lage, diese zu entwickeln?

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: INTERREG III B!)

Die dritte Anforderung nennt Beiträge zu ostseeweit bedeutenden Prozessen und Strategien. Dazu gehört auch die Auswertung politischer Entwicklungen in der Region - beziehungsweise in dem Land - und

Rückübersetzung an Schleswig-Holstein. Eine ostseeweit bedeutende Strategie ist erwähnt worden, nämlich dass das Schleswig-Holstein-Büro in Vilnius mit litauischen Regierungsstellen in Kontakt steht und dabei ist, dort Verbindungen zur Kooperation zwischen Litauen und Kaliningrad aufzubauen. Mich hätte vielmehr interessiert, was erreicht wurde, und nicht, dass man dabei ist.

(Beifall bei der CDU)

Zur Strategie gehört sicherlich auch die Nutzung der **baltischen Staaten** als Tor zu **Russland**. Darüber erfährt man nichts.

Das vierte Anforderungsprofil bezieht sich auf das Herstellen enger Verknüpfungen mit der Wirtschaft vor Ort durch die jeweilige Bürokonstruktion. Hier gibt es im Bericht in der Tat erfreuliche Angaben, wie zum Beispiel die gemeinsam veranstalteten Kooperationsbörsen. Ich vermisste jedoch einen Hinweis auf die Fachmessen, zum Beispiel in Tallinn, Riga und Vilnius, die ein hohes Ansehen genießen.

Natürlich muss auch wieder die Windenergie als Zukunftsenergie für die drei baltischen Staaten herhalten. Das Seminar in Tallinn im September zum Thema „Alternative Energie und Bodensanierung“ wird hoffentlich erfolgreich sein. Wir warten gespannt auf das Ergebnis. Wie aber das Thema Bodensanierung hier in die Windkraftthematik reingerutscht ist, müsste erklärt werden.

Die fünfte Anforderung betrifft die Vorbereitung von Politikerbesuchen. Sie sind alle detailliert aufgeführt; ich meine etwas zu aufwendig.

Beim sechsten Anforderungsprofil wird es dann wieder sehr vage, was die Berichterstattung betrifft. Gefordert wird von den Büros die verstärkte Entwicklung eigener Vorschläge für neue gemeinsame Projekte und die Durchführung von Projektbegleitungen. An Hinweisen auf die Erfüllung dieser Aufgaben liest man, dass die Repräsentanzen bei der Anbahnung neuer Kooperationsprojekte und bei der praktischen Projektarbeit unterstützend tätig sind. Bei welchen - außer den von mir genannten - Projekten, das wird nicht genannt.

Es bleiben viele Fragen offen: Wie ist zum Beispiel der Stand bei dem Projekt „Aufbau von Strukturen des Schutzes von Katastrophen im Ostseeraum“? Was ist aus den lettischen Interessenten an unseren Hochschulen geworden? Was ist aus den Kontakten zwischen den Lehrstühlen geworden? Wie weit sind die Vorbereitungen für das lettische Projekt zur Schaffung von Strukturen der Drogenbekämpfung gediehen?

(Manfred Ritzek)

Ein Wort zu **Kaliningrad**: Der Arbeitsschwerpunkt des Kaliningrader Schleswig-Holstein-Büros im Jahr 2001 mit dem Titel „Schleswig-Holstein-Präsentation“ war politisch sicher angemessen. Ich hätte nur gern gewusst, was das bedeutet. Im Jahr 2002 lag der Arbeitsschwerpunkt des Kaliningrader Büros „bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des Besuchs der Ministerpräsidentin in Kaliningrad Anfang Juni 2002“.

Bei so viel Aufwand für die Ministerpräsidentin ist natürlich für die beiden Mitarbeiterinnen vor Ort kaum noch Zeit für andere sinnvolle Koordinierungsaufgaben. So etwas sollte zukünftig auf kleinerer Flamme gefahren werden.

Dieser Bericht sollte auch die Notwendigkeit zur Fortsetzung der Büros für weitere drei Jahre untermauern. Das ist in Ordnung. Generell gibt es an der Notwendigkeit für unser Bundesland keinen Zweifel, in diesen Staaten oder Regionen präsent zu sein. Zu prüfen wäre allerdings, ob eine koordinierte Zusammenarbeit - zum Beispiel mit Hamburg - zu einer gezielteren und damit effektiveren Arbeit führen würde. Die Ministerpräsidentin praktiziert das jetzt auf ihrer Reise nach Tallinn und St. Petersburg.

Ich beantrage die Überweisung an den Europaausschuss.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der SPD erteile ich Frau Abgeordneter Ulrike Rodust das Wort.

Ulrike Rodust [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in dieser Legislaturperiode schon einmal die Debatte über die **Ostseebüros** geführt. Damals, am 16. Juli 2000, haben wir in verbundener Debatte mit dem Ostseebericht übereinstimmend die Notwendigkeit der Ostseebüros gesehen. Sie werden sich alle daran erinnern. Diese Notwendigkeit ist für uns Sozialdemokraten auch heute in gleicher Weise gegeben.

Wir haben es bei den Schleswig-Holstein-Büros nicht mit Einrichtungen der Regierungen zu tun, sehr geehrter Herr Ritzek, sondern mit einem Joint Venture. Wir fördern die Träger nur. Ich gebe Ihnen einen guten Rat: Sie sollten Ihre Rede an die Träger versenden, damit diese einmal mitbekommen, welche Kritik die CDU auszusprechen hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Weil wir die Träger fördern, dürfen wir die Beiträge unserer Partner, die hier geleistet wurden, nicht vergessen. Das sind im Wesentlichen die Kammern, die IHK zu Kiel und die Schwedische Handelskammer, aber auch der Lübecker Förderverein für Jugendbildung und Wirtschaftsbeziehungen Norddeutschland-Kaliningrad e.V.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Heute ist daher auch Gelegenheit, diesen Partnern Dank zu sagen. Herr Ritzek, ich wäre Ihnen dankbar gewesen, wenn Sie einige diesbezügliche Worte gefunden hätten.

(Manfred Ritzek [CDU]: Da haben Sie nicht zugehört!)

Ich möchte Dank für die gute Zusammenarbeit sagen. Dank sage ich auch allen, die ich nicht genannt habe, und vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ostseebüros.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein Arbeitsergebnis liegt uns heute vor; denn wir haben, wie schon verkündet, einen hohen Besuch in diesem Haus. Auch ich begrüße die Vertreter der Gebietsduma aus Kaliningrad ganz herzlich. Sie, sehr geehrter Herr Präsident Wladimir Nikitin, und Ihre Kollegen verkörpern nicht nur unsere politische Verbundenheit, sondern machen mit Ihrer Anwesenheit auch die sportlichen und freundschaftlichen Beziehungen deutlich.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Für das Fußballspiel am Samstag wünsche ich Ihnen viel Erfolg.

(Holger Astrup [SPD]: Das wollen wir doch erst einmal sehen!)

Sehen Sie es mir aber bitte nach: Dies wünsche ich auch unseren Kollegen. Mir wurde vorhin schon bedeutet, dass ich Ärger mit ihnen bekäme, wenn ich nur Ihnen Erfolg wünschen würde.

(Heiterkeit bei der SPD)

In der befristeten Bezuschussung, die wir immer für drei Jahre gewährt haben, sehe ich den Grund für den Ostseebericht. Die Förderung von 110.000 € ist für uns gut angelegtes Geld. Noch einmal zu Ihnen, Herr Ritzek: Für 110.000 € arbeitet kaum ein Manager in unserem Land. Wir bezuschussen damit etliche Ostseebüros. Ich denke, Sie sollten sich einmal die Rela-

(Ulrike Rodust)

tion anschauen und daran denken, was man mit diesem Geld leisten kann.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nichtsdestotrotz geben wir die Hoffnung, dass es eines Tages zu einer eigenständigen Finanzierung kommen wird, nicht auf.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten stehen vor grundlegenden sozioökonomischen, sicherheitspolitischen und ökologischen Herausforderungen. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Reform und Modernisierung der Wirtschaftsstrukturen, eine effiziente Bildungspolitik, die Anpassung der sozialen Sicherungssysteme an die demographische Entwicklung sowie friedenserhaltende Maßnahmen fordern ein gemeinsames Handeln.

Dabei muss uns klar sein, dass in diesen Fragen nationale oder gar regionale - ich meine jetzt die kleinen Regionen - Einzellösungen keine Aussicht auf Erfolg haben werden. Wir sind auf gemeinsame Strategien und auf ein abgestimmtes Vorgehen angewiesen. Dazu brauchen wir unsere Ostseebüros. Sie arbeiten nicht nur im wirtschaftlichen und politischen, sondern auch im umweltpolitischen, im touristischen und im verkehrspolitischen Bereich zusammen und sorgen für einen Wissensaustausch.

Auch die Pflege der kulturellen Beziehungen und die Verbesserung der Kommunikation und Information zwischen den Mitgliedstaaten sind Ziele der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie stellen wichtige Kontakte her und sind Anlaufstellen und Mittler auf beiden Seiten. Für alle, die sich engagieren wollen, sind sie Ansprechpartner vor Ort. Sie sind moderne Servicecenter, die für das positive Image unseres Landes bei den Freunden und Partnern der gesamten Ostseeregion von großer Bedeutung sind.

Zusammengefasst: Der Ostseeraum hat seine Zukunft noch vor sich. Er ist ein Raum, der in der globalen Konkurrenz durch sein hohes Potenzial an gut ausgebildeten Menschen im Wettbewerb standhalten und gewinnen kann. Es ist eine Region, die mittel- und langfristig durch die Anbindung an das westliche Russland ganz erhebliche Wachstums- und Nachfragepotenziale entwickelt.

Die Landesregierung hat in den vergangenen 14 Jahren zusammen mit vielen anderen Akteuren die praktische **Ostseezusammenarbeit** zielstrebig aufgebaut und die infrastrukturelle Entwicklung vorangetrieben. Als Ergebnis steht fest: Schleswig-Holstein ist für die Zukunft der Ostseeregion gut vorbereitet. Dabei hel-

fen uns unsere Ostseebüros mit großem Engagement. Dafür noch einmal meinen ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt dem Kollegen Joachim Behm das Wort.

Joachim Behm [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Angesichts der politischen Ereignisse im Irak und anderswo scheint die **Ostseeregion** in diesen Tagen fern zu liegen. Einen kleinen Ausgleich lieferte heute Gott sei Dank die Zeitung „Die Welt“, die in einer Überschrift schrieb: „Die Marktplätze der Zukunft liegen im Osten“. Das passt zu unserem heutigen Thema.

Dennoch darf diese Region ungeachtet des derzeit vielleicht nicht so hohen Interesses nicht in Vergessenheit geraten. Deshalb begrüße ich umso mehr, dass der vorgelegte Bericht die schleswig-holsteinischen Interessen im Ostseeraum in den Fokus nimmt. Schließlich geht es hier um eine Region unmittelbar vor unserer Haustür, die ungeachtet der Osterweiterung der Europäischen Union für die Schleswig-Holsteiner traditionell von herausragender Bedeutung ist. Tatsächlich hat Schleswig-Holstein bereits rechtzeitig die Zeichen der Zeit erkannt und zur Unterstreichung seines Anspruchs auf seine wichtige Rolle in der Ostseeregion bereits jetzt sechs **Schleswig-Holstein-Büros** errichtet.

Es ist sinnvoll und richtig, die Errichtung dieser Schleswig-Holstein-Büros in regelmäßigen Abständen auf deren Sinnhaftigkeit zu überprüfen. Insofern sind die Anmerkungen, die Herr Ritzek gemacht hat, zu verstehen und auch zu unterstreichen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Umso mehr freue ich mich, dass nach einer dreijährigen Bestandsgarantie geprüft werden soll, ob die gesetzten Ziele erreicht wurden und ob der selbst gestellte Aufgabenkatalog abgearbeitet worden ist.

Dabei ist sachlich zu beantworten, ob sich das Konzept der Landesregierung, durch ständige Repräsentanzen - besetzt mit einer Ortskraft und angegliedert an bestehende Einrichtungen privater Träger in politisch wichtigen Regionen oder Entwicklungsgebieten - im Ostseeraum präsent zu sein, bewährt.

(Jürgen Weber [SPD]: Ein klares Ja!)

Darüber hinaus muss natürlich ebenfalls gefragt werden, ob angesichts der äußerst geringen Haushaltsmit-

(Joachim Behm)

tel der selbst gestellte Anspruch von den Schleswig-Holstein-Büros erfüllt werden kann.

Durch den Bericht werden zwei Dinge deutlich: Zum einen zeigt es sich, dass vielfältige Kontakte, kultureller Austausch und offizielle Besuche dazu geführt haben, Schleswig-Holstein vor Ort im Gespräch zu halten und als Ansprechpartner zu etablieren. Das ist ein unschätzbare Vorteil und muss deshalb sehr positiv bewertet werden.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Zum anderen zeigt sich aber auch, dass über diese Kontaktpflege hinaus für Schleswig-Holstein noch zu wenig herauspringt.

Ich freue mich beispielsweise sehr darüber, dass das Schleswig-Holstein-Büro in Tallinn bis zu 20 Unternehmen aus unserem Land in einer Kooperationsbörse mit potenziellen Geschäftspartnern in Kontakt bringen konnte.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gleichzeitig stelle ich mir aber die Frage, was aus diesen Kontakten geworden ist. Konnten die Chancen für Schleswig-Holstein genutzt und ausgeschöpft werden? Haben die Kontakte dazu geführt, dass schleswig-holsteinische Unternehmen entsprechende Handelsbeziehungen aufbauen konnten? Konnten unsere Hochschulen in Wissenschaft und Forschung durch diese Kontakte profitieren? Leider schweigt sich dieser Bericht hierzu aus.

In dem Bericht wird ausdrücklich hervorgehoben, dass die einzelnen Schleswig-Holstein-Büros in der Lage sind, interessante Entwicklungen vor Ort schneller als andere zu erkennen. Ich frage mich, was das bringt, wenn Schleswig-Holstein diese Informationen viel zu wenig umzusetzen weiß.

Um das gleich klar zu sagen: Das ist nicht das Problem der Büros, sondern das ist das Problem dieser Landesregierung, die es bis heute nicht geschafft hat, die vorhandenen Chancen besser auszunutzen.

Vor dem Hintergrund dieser Fragestellung kann ich aber feststellen: Die Präsenz vor Ort ist eine herausragende Investition in unsere Zukunft.

(Beifall bei der FDP sowie vereinzelt bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schließlich geht es hier um unsere zukünftigen Chancen in den Regionen dieses größten europäischen Binnenmeeres. Leider sind wir trotz der Büros dabei,

diesen Vorsprung nicht angemessen zu nutzen und den anderen Anrainerstaaten, wie Finnland, Dänemark und Schweden, die erkennbar offensiver vorgehen, den größeren Anteil des Entwicklungspotenzials zu überlassen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wir dürfen nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Dies gilt auch für das Hansebüro in Kaliningrad, wo ich im Juli dieses Jahres mithilfe der Kaliningrad-Beauftragten des Landtages, Frau Professor Schmidt-Kärner, einen Besuch - als willkommene Unterbrechung einer Urlaubsreise in das nördliche Ostpreußen und Litauen - machen konnte, eine gut aufgestellte Einrichtung, besetzt mit zwei tüchtigen deutschsprachigen Russinnen. Der Eindruck war nicht zu übersehen: Das **Hansebüro in Kaliningrad** wird von Frau Schmidt-Kärner vorbildlich betreut.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Abgeordneter Ritzek, das Hansebüro hat sich nicht nur mit der Reise der Ministerpräsidentin befasst, sondern war auch mir behilflich, die Türen zu öffnen.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang erwähne ich gern den Namen des hier anwesenden Herrn Poljakow, der es ermöglicht hat, dass die Kollegin Astrid Höfs und ich „sein“ Krankenhaus, das größte Krankenhaus in der Oblast Kaliningrad, besuchen konnten. Wir haben einen guten Eindruck gewonnen.

(Beifall und Zurufe)

Zu wünschen ist, dass auch dieses Büro wie die anderen Schleswig-Holstein-Büros bekannter gemacht wird, um so eine effektivere Ausnutzung der Kontakte zu erreichen. Dies sollte den Gastregionen, aber auch insbesondere unserem Land noch mehr Nutzen bringen.

Der Bericht ist ein Fundament und wir sollten ihn im Ausschuss weiter beraten. Ich unterstreiche abschließend noch einmal: Die **Ostseebüros**, an denen sich das Land Schleswig-Holstein finanziell beteiligt, sind nicht nur eine gut gemeinte, sondern sehr nützliche Einrichtung.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte auch ich im Namen meiner Fraktion Wladimir Nikitin, den Präsidenten der Gebietsduma Kaliningrad, recht herzlich begrüßen. Seien Sie uns willkommen! Ich wünsche Ihnen einen angenehmen und erfolgreichen Aufenthalt bei uns in Schleswig-Holstein und viel Freude beim Fußballspiel. Da kann ich das Wort „Erfolg“ natürlich nur begrenzt aussprechen. Letztes Mal gab es ja ein Unentschieden und ich hoffe, dass wir dieses Mal gewinnen können.

Meine Damen und Herren, Tallinn, Danzig, Malmö, Kaliningrad, Vilnius und Riga - in sechs Ländern der Ostseeregion unterhält Schleswig-Holstein Repräsentanzen. Nur das Büro in Schweden ist von diesen sechs Repräsentanzen in der gewohnten, alten „westlichen“ Welt angesiedelt, die fünf anderen decken mit den drei baltischen Staaten, mit Polen und Russland den neuen Raum ab, der sich nach dem Zusammenbruch des eisernen Vorhangs für die Zusammenarbeit, für die **Ostseekooperation** öffnete.

Ich brauche nicht zu betonen, dass Schleswig-Holstein diese Kooperation von Anfang an mitgestaltet, wenn nicht sogar initiiert hat. Ich will das an dieser Stelle aber auch nicht verschweigen. Es ist - zumal für ein kleineres Bundesland mit den bekanntermaßen wenig gefüllten Kassen - eine große Leistung, hier mit großer Kontinuität und Erfolg ein Stück Außenpolitik zu gestalten,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

die in Bonn und später Berlin zunächst wenig beachtet wurde und deren Wert erst jetzt allmählich anerkannt wird. Es ist eine große Leistung von unserem Land, als ein Standbein dieser Ostseekooperation eigene Büros aufgebaut zu haben und zu unterhalten.

Da Finanzen immer ein wichtiges Thema sind: Die Kosten von 102.200 Euro, die auf 110.000 Euro aufwachsen sollen, sind sicherlich als eine günstige Finanzierung zu beurteilen, gemessen an dem Zweck, sechs Büros zu unterhalten. Das ist schlank finanziert.

Eine einfache Kosten-Nutzen-Rechnung hingegen - was ja in einigen Redebeiträgen anklang - ist schwer, also die Frage zu beantworten: Was haben wir davon? Man kann nicht rechnen: Das Büro in Riga hat soundso viel Wirtschaftskontakte zwischen Firmen vermittelt, das hat soundso viel Umsatz bei schleswig-holsteinischen Firmen ausgelöst und das hat dann soundso viel an Steuereinnahmen in die Landeskasse

gespült. Wer so an den Bericht herangeht, wird enttäuscht.

Wir wissen, dass die Wirtschaftsprognosen für den baltischen Wirtschaftsraum von einem großen Potenzial ausgehen. Allein - um ein Beispiel zu nennen - der Hafen Lübeck zeigt das.

Die **Schleswig-Holstein-Büros im Ostseeraum** sind Punkte der Präsenz und der Kontinuität für den Austausch und die Zusammenarbeit der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kultur und natürlich auch sozusagen diplomatische Vertretungen für die Politik und Verwaltung unseres Landes.

Nicht zuletzt sind die Schleswig-Holstein-Büros im Ostseeraum auch Bausteine einer Friedenspolitik. Wir wollen uns öffnen und unsere Nachbarn einladen, gemeinsam eine friedliche und erfolgreiche Entwicklung der Ostseeregion voranzubringen. Frieden ist uns so selbstverständlich geworden, für meine Kinder gibt es keine andere Dimension des Denkens und Fühlens. Wir wissen aber auch, dass Frieden unbezahlbar ist und immer wieder erarbeitet werden muss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und SSW)

Das ist auch ein Aspekt der Arbeit der Schleswig-Holstein-Büros im Ostseeraum.

Die grüne Fraktion unterstützt diese Arbeit. Frau Ministerpräsidentin, wir danken Ihnen für den Bericht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt seiner Sprecherin, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die schleswig-holsteinischen Repräsentanzen im **Ostseeraum** sind heute fest in das Netzwerk der Ostseekooperation integriert - so steht es zu Recht in dem Bericht der Landesregierung über die Arbeit der **Schleswig-Holstein-Büros**. Wer in den letzten Jahren an Delegationsreisen in die Länder rund um die Ostsee teilgenommen hat, wird bestätigen, dass sich diese Büros zu Botschaftern des Landes Schleswig-Holstein weiterentwickelt haben. Auch wenn wir als Bundesland in internationalen Zusammenhängen manchmal hinter der Politik des Bundes zurückstehen müssen, so haben wir es als Region doch geschafft,

(Anke Spoorendonk)

von den Staaten rund um die Ostsee als wichtiger Kooperationspartner wahrgenommen zu werden.

Unsere „kleinen Konsulate“, die mittlerweile in Polen, Litauen, Lettland, Estland, Russland und Schweden eingerichtet worden sind, haben sich bewährt. Da das Büro in Malmö zudem die ganze Metropolregion Kopenhagen/Südschweden abdeckt, bleiben eigentlich Finnland und Norwegen die letzten „weißen Flecken“ auf der Landkarte - wobei niemand behaupten will, dass die Kontakte in diese Länder aus diesem Grund mangelhaft wären.

Mit den Repräsentanten in den Metropolen der Ostsee wird das Ziel verbunden, Flagge zu zeigen. Aus den Tätigkeitsberichten geht hervor, dass dies mit Erfolg betrieben wird. Die Büros konnten ihre Aufgabe erfüllen, die Entwicklung regionaler Zusammenarbeit und Projekte in einer Reihe von Bereichen zu fördern - von der Polizei über Schulen und Hochschulen bis zu Landwirtschaft und Suchtvorbeugung. Sie haben das Land darin unterstützt, Kontakte zu Regierungen und Wirtschaft zu knüpfen und Wissen über die Länder zu sammeln. Außerdem haben sie die Besuche der Regierung und des Landtages aus Schleswig-Holstein vorbereitet und begleitet.

Die Schleswig-Holstein Büros nehmen jeder für sich engagiert ihre individuelle Rolle im jeweiligen Umfeld wahr. Während sie in Tallinn, Vilnius und Riga bei der Delegation der Deutschen Wirtschaft untergebracht sind, wird das Büro in Kaliningrad seit 2001 als Bürogemeinschaft „Hansebüro-Kaliningrad/Schleswig-Holstein-Informationsbüro“ geführt. Indirekt gibt die Trägerschaft somit auch darüber Auskunft, wo die Schwerpunkte in der Arbeit der genannten Büros liegen. In den baltischen Ländern geht es verstärkt um Handelskontakte. Dass es dabei auch um die Beseitigung von Barrieren geht, wurde dem Ältestenrat plastisch vor Augen geführt, als er im Frühsommer Tallinn besuchte. Eine Analyse der Außenhandelsquote belegt, wie wichtig es ist, die bestehenden Barrieren weiter abzubauen.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn auch wenn diese Quote gestiegen ist, ist das für den Ostseeraum nicht der Fall gewesen.

Demgegenüber hat die Schleswig-Holstein-Repräsentanz in Kaliningrad sehr viel mehr mit der Umsetzung von Partnerschaftsprojekten zu tun. Diese Arbeit ist mit der Parlamentspartnerschaft aus dem Jahr 2000 weiter vertieft worden. Dass die Betonung dabei wirklich auf Partnerschaft zu legen ist, belegen auch die Aufzählungen der verschiedenen Aktivitäten des

Berichts und die vielen Besuche, die seit dem Jahr 2000 stattgefunden haben.

Nicht zuletzt geht aus dem vorliegenden Bericht hervor, dass das Schleswig-Holstein-Büro in Malmö künftig die zentrale Vertretung Schleswig-Holsteins im Ostseeraum sein soll. Die Nähe zur Øresundregion, die Zusammenarbeit im Rahmen des STRING-Projekts und die Landesbank beziehungsweise die HSH Nordbank in Kopenhagen sind die dazu passenden Stichworte.

Insgesamt stellen die Schleswig-Holstein-Büros sinnvolle Instrumente dar, wenn es darum geht, die Ziele des Landes in der **Ostsee-Zusammenarbeit** zu verwirklichen.

Der Mitteleinsatz des Landes - es wurde schon angesprochen, die Büros erhalten zusammen gerade einmal rund 100.000 € jährlich - steht durchaus in einem guten Verhältnis zum Nutzen, den Schleswig-Holstein davon hat.

(Beifall bei SSW und SPD)

Die Kosten-Nutzen-Rechnung stimmt also.

Der SSW begrüßt, dass sich die Arbeit der Büros seit dem Jahr 2000 gefestigt und weiterentwickelt hat.

Der vorliegende Bericht ist, wie es dort heißt, die Grundlage der Entscheidung darüber, ob die Arbeit der Schleswig-Holstein-Büros fortgeführt werden sollte. Wir meinen, sie sollte fortgeführt werden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag gemäß § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Dr. Gabriele Kötschau.

Dr. Gabriele Kötschau [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann mich dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Ostseebüros nur anschließen.

Herr Ritzek, das Geld, das wir hier ausgeben, ist sehr, sehr gut angelegt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jetzt soll mir eine Zwischenfrage gestellt werden. Nein, in drei Minuten kann ich leider keine Zwischenfrage zulassen. Wir können das nachher vertiefen.

(Dr. Gabriele Kötschau)

Die Ostseeregion ist eine Region mit einem ganz dynamischen Wachstum. Das führt mich zu der Frage - deshalb habe ich mich gemeldet -: Was kann Schleswig-Holstein zum Wohle der Ostseeregion und natürlich auch unseres Landes noch verstärkt tun, um sich in diese Wachstumsregion einzubringen?

Ich erlaube mir in dem Zusammenhang zwei Anregungen. Zum einen möchte ich wiederholen, was ich bereits vor einem Jahr an dieser Stelle sagte: Vernetzen wir unsere Arbeit noch stärker! Dann werden wir dadurch schlagkräftiger. Wir schaffen Synergieeffekte dadurch, dass wir unsere **Büros im Ostseeraum** gemeinsam mit Hamburg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern nutzen. Ich glaube, da steckt eine Menge gemeinsamer Möglichkeiten drin.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten die Büros auch noch stärker zur Positionierung unseres Landes dort nutzen, wo wir ganz spezielle Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen haben.

In den Bereichen Energiepolitik, Medizintechnik und Gesundheit sind bereits viele schleswig-holsteinische Firmen erfolgreich. Ich denke, wir haben sehr viele gute, kleinere Firmen, die sich dort einen Markt erschließen könnten und ein großes Marktpotenzial finden würden.

Ich möchte die Gesundheitskooperation mit Norwegen nur ansprechen. Sie entwickelt sich sehr positiv. Wie aber verhält es sich in diesem Bereich zum Beispiel mit den baltischen Staaten oder der Russischen Föderation? Ist da unser Potenzial ausgeschöpft? Ich meine, es ist nicht ausgeschöpft. Wir sind vielmehr am Anfang. Ich möchte anregen, dass wir hier verstärkt tätig werden, gerade in Richtung Osten. Da liegt nach meiner Meinung eine ganz große Perspektive für unser Land.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Erwähnen möchte ich die Land- und Ernährungswirtschaft sowie die Kommunikationstechnik. Damit möchte ich sagen: Wünschenswert ist nach meiner Meinung eine zielgerichtete Vermittlung konkreter Kontakte und Partner, die verstärkt von unserem Land, von Politik und Wirtschaft, ausgehen und wo unsere kompetenten Büros im Ostseeraum mit ihren Kontakten zu Kultur, Wirtschaft und Politik wertvolle Hilfe leisten können. Erfolge auf diesem Gebiet sind gut für unsere Partner im Ostseeraum und selbstverständlich auch gut für unser Land und seine wirtschaftliche Entwicklung.

Positionieren wir uns also noch stärker dort, wo wir unbestreitbare Stärken haben, und nutzen wir die vorhandene Kompetenz unserer Büros!

Ein gutes Beispiel - die Frau Ministerpräsidentin hat es angesprochen - ist das Büro in Tallinn, das mit kompetenten schleswig-holsteinischen und estnischen Partnern und Institutionen die Windenergie vorantreibt und energiepolitische Zeichen setzt. Das ist eine hervorragende Maßnahme, um auch unser Land weiterzubringen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein Wunsch und meine Bitte: eine noch stärkere Fokussierung der Arbeit unserer Büros auf unsere Stärken, auf die speziellen schleswig-holsteinischen Stärken und damit eine noch bessere Nutzung der Büros zu einer ganz zielgerichteten Positionierung unseres Landes!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag gemäß § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt dem Abgeordneten Manfred Ritzek.

Manfred Ritzek [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Wort zu Ihnen, Frau Kollegin Rodust, und zu Ihnen, Frau Dr. Kötschau. Ich weiß nicht, ob Sie zu Anfang meines Vortrags richtig zugehört haben. Vielleicht haben Sie sich etwas zu viel mit dem Fußball beschäftigt. Ich habe nämlich ausdrücklich gesagt, dass ich die Arbeit der Büros hoch schätze. Ich habe die 107.000 € nicht angezweifelt. Ich habe vielmehr gesagt: Sie sind angemessen.

Die Frage ist, was dafür geleistet werden kann. Hinter dieser Frage verbirgt sich auch, dass wir, wenn wir Geld hätten, dafür auch ohne weiteres mehr zur Verfügung stellen könnten, um in diesen Ländern noch mehr zu leisten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn Sie noch einmal etwas zum Fußball formulieren, dann sollten Sie sich das bitte vorher geben lassen, damit Ihre Aufmerksamkeit hier nicht leidet.

Herr Kollege Behm, Sie sind in dem Bericht nicht erwähnt worden. Sonst hätte ich Sie im Jahr 2002 bei

(Manfred Ritzek)

den Kaliningrader Aktivitäten natürlich mit aufgenommen.

(Beifall bei der CDU - Joachim Behm
[FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich gehe davon aus, dass beantragt worden ist, den Bericht der Landesregierung über die Schleswig-Holstein-Büros im Ostseeraum und über deren bisherige Tätigkeit in den Jahren 2001 bis 2003 sowie zur Weiterführung in den Jahren 2004 bis 2006 zur abschließenden Beratung an den zuständigen Europaausschuss zu überweisen. - Der Antrag ist also so gestellt worden. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das Haus ist einstimmig der Meinung, dass die Überweisung so geschehen soll.

Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 27 auf:

Zukunft des Ostseerates

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/2843

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich möchte darauf hinweisen, dass mit dem Antrag ein Bericht in dieser Tagung beantragt wird. Ich darf fragen, ob die Landesregierung dazu jetzt bereit ist. - Dann darf ich jetzt der Ministerpräsidentin, Frau Simonis, das Wort zu dem Bericht erteilen.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir zunächst zwei Bemerkungen zu der vorherigen Debatte. Frau Abgeordnete Dr. Kötschau, Sie wissen vielleicht, dass Hamburg und Schleswig-Holstein vereinbart haben, bei Ostseereisen jeweils einen Partner des anderen Bereichs mitzunehmen. So wird uns diesmal Herr Staatsrat Stuth begleiten. Ich glaube, man muss sich die Sachen erst einmal anschauen, ehe man entscheiden kann, ob man darüber hinaus ganz fest und institutionell zusammenarbeiten wird.

Zu Herrn Abgeordneten Ritzek möchte ich sagen, dass er doch eigentlich in Kaliningrad mit dabei war. Er weiß, dass ich das Büro nicht ungebührlich 365 Tage im Jahr mit Beschlag belege und mit Arbeit eindecke. Vielmehr ist dies nur einmal für drei Tage geschehen, und das seit 1993. Gönnen Sie mir doch

bitte diese drei Tage, an denen ich das Büro beschäftigt habe!

(Beifall bei SPD und FDP)

Sie sind bei der nächsten Reise ja wieder dabei. Ich denke, dann werden wir uns darüber aussöhnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am 10. und 11. Juni 2003 fand im finnischen Pori das 12. Ministertreffen des Ostseerates statt. Das ist an und für sich keine besondere Meldung. Dennoch stellt dies eine historische Zäsur dar. Es war das letzte Treffen, an dem die baltischen Staaten und Polen noch als Nicht-EU-Mitglieder teilgenommen haben. Uns ist klar, dass der **Ostseerat** nicht bei jedem Treffen Meilensteine setzen kann, auch wenn die Erweiterung jetzt durchaus ein Meilenstein ist.

Jetzt geht es darum, nicht Routine einreißen zu lassen, aber Alltagsarbeit zu bewältigen. Die Mühlen der Ebenen müssen tätig werden. Es geht um Themen wie den Ausbau der Transportinfrastruktur, Ausbau eines Energieverbundnetzes, Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung und so weiter. Das sind die Aufgaben für die Zukunft, die höchstwahrscheinlich nicht immer mit ganz großen, fulminanten Donnerschlägen eingeleitet werden, sondern wo man Stück für Stück arbeiten, wo man Geld finden und die Genehmigungen zusammenbekommen muss.

Enttäuschend war bei dieser Sitzung, dass die russischen Partner im Ostseerat erneut leider verhindert haben, dass in Sachen **Schiffssicherheit** auch nur ein deklaratorischer Fortschritt erzielt worden wäre. Das ist nun wirklich ein Thema, das rund um die Ostsee nicht nur die Fachleute, sondern auch die Menschen interessiert. Denn wir brauchen hier endlich handfeste Fortschritte. Was passiert eigentlich, wenn in der Kadettrinne so etwas passiert wie der Tankerunfall des Öltankers „Prestige“ vor der spanischen Küste? Wer darf dann als Erster was machen? Wer unterstellt sich wem? Dürfte beispielsweise die Bundeswehr nach Dänemark und dort helfen? Darf sich ein deutscher Feuerwehrbeamter dänischer Polizei unterstellen? Welcher Landrat ist dafür zuständig? Das müssen wir miteinander üben. Da wäre es wichtig, wenn die russische Seite mitmache, damit das rund um die Ostsee geht - zumal es häufig leider Gottes oft russische Schiffe sind, die nicht immer allen Standards entsprechen.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wir erwarten vom Ostseerat, dass er sich angesichts der geänderten Rahmenbedingungen ab dem 1. Mai 2004 Gedanken macht darüber, wie die Arbeit ange-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

passt werden kann. Wir werden die Zielsetzung unterstützen, dass es zu Strukturreformen kommt, zu mehr Effizienz und dass die Ostseekooperation im Grunde genommen als etwas betrachtet wird, das weit mehr als ein Vehikel der EU-Beitrittsfähigkeit ist. Sonst müssten wir am 1. Mai 2004 zu arbeiten aufhören. Das wollen wir nicht.

Es geht also nicht um ein regionales Dialogforum mit den Nicht-EU-Mitgliedstaaten Russland und Norwegen allein, sondern es geht auch um die bessere Zusammenarbeit innerhalb der EU-Staaten. Es geht um die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Nordens. Es geht darum, dass wir unsere Position, die wir ja haben, gegenüber dem Süden ausbauen können, und es geht darum, dass wir, wenn die EU erweitert wird und sich die ökonomischen Kräfteverhältnisse in Europa neu zurechtrütteln, nicht zu spät kommen.

Heute ist die Ostseeregion - wir wissen das - unter den europäischen Großregionen die mit der dynamischsten Entwicklung. Sie hat das Zeug, im aufkommenden Wettbewerb der informellen europäischen Großregionen bestehen zu können. Dies wollen wir gern aufbauen.

Wir werden die Diskussion im Ostseerat deswegen weiterhin mit großer Aufmerksamkeit verfolgen und nach unseren Möglichkeiten unsere Ideen zur Zukunft des Ostseerates mit in die Diskussion einbringen. Dazu gehören die Bündelung von Forschungs- und Bildungskapazitäten zu einer Wissensregion Ostsee, das Verarbeiten der ansteigenden Transportvolumina in einem neuen Konzept der transeuropäische Netze und nicht zuletzt die Einbeziehung Nordwestrusslands. Dazu gehört auch, die anstehende Nachentwicklung junger EU-Mitgliedstaaten zu unterstützen und mitzuhelfen - also eine Art Vorstellung davon, was wir im Gesamten erreichen wollen und welche einzelnen Schritte wir machen müssen. Das sind nur drei Stichworte. Es gibt durchaus mehr. Das alles kann nicht die Landesregierung, ja nicht einmal das Parlament allein machen. Da sind die Verbände, die Vereine, die Wirtschaftsvertreter, die Wissenschaftler, der Jugendaustausch und alle gefragt.

Anregungen aus diesem Haus, die in den vergangenen Jahren immer sehr hilfreich gewesen sind, was die **Ostseekooperation** anbetrifft, über die Reformdiskussion des Ostseerates bin ich gern bereit, mit in die Diskussion mit der Bundesregierung einzubringen beziehungsweise in die Diskussionen des Bundesrates.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich eröffne die Aussprache. Für den Antragsteller erteile ich für den SSW seiner Sprecherin im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, ich bedanke mich für Ihren Bericht. Zu Recht haben Sie auf die neuen Aufgaben verwiesen. Dennoch kann man die 12. Ministerratssitzung des Ostseerates auch unter anderen Gesichtspunkten betrachten. Auf dieser Ministerratssitzung im finnischen Pori wurden weitere Beschlüsse gefasst, die aus unserer Sicht weit reichende Folgen für unsere zukünftige Zusammenarbeit mit den Ostseeanrainern haben werden oder haben könnten. Die Aufmerksamkeit für diese Entscheidung steht aber im krassen Gegensatz zu Ihrer Bedeutung. Sie gehen zum Beispiel nur verklausuliert aus der Juli-Ausgabe des offiziellen Ostseerat-Newsletters Baltinfo hervor. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir uns hier im Landtag damit auseinandersetzen.

Die Außenminister haben in Pori beschlossen, dass die 1994 eingerichtete Stelle der Beauftragten des Ostseerates für demokratische Entwicklung, des so genannten CBSS Commissioner on Democratic Development, im Jahr 2003 ausläuft. Die Arbeit soll von einem Gremium auf Beamtenebene, der Working Group on Democratic Institutions mit Sitz in Stockholm, übernommen werden. In Stockholm ist auch der Sitz des Sekretariats des Ostseerates. Damit wird eine Institution abgeschafft, die erfolgreiche Arbeit geleistet hat und die auch zukünftig benötigt wird. Es hat im Jahr 1998 schon eine Änderung gegeben; damals wurde der Minderheitenbereich ausgeklammert. Demokratische Entwicklung aber ist auch Minderheitenpolitik.

Außerdem hat der Rat der Außenminister beschlossen, künftig nur alle zwei Jahre zu tagen. In den Jahren dazwischen sollen Konferenzen auf Beamtenebene stattfinden. Diese Neuregelung kann nur als Herabstufung des ganzen Politikbereiches gesehen werden.

(Beifall bei SSW, FDP und vereinzelt bei der SPD)

Zukünftig soll die Ostseezusammenarbeit vorwiegend auf EU-Ebene stattfinden, was eine Neuausrichtung der bisherigen regionalen Zusammenarbeit und mit Sicherheit einen Rückschritt bedeuten würde.

(Anke Spoorendonk)

Bei den geplanten Änderungen geht es also um wesentlich mehr als um organisatorische Korrekturen in der Arbeit des Ostseerates. Das heißt, es muss die Frage gestellt werden, wie wir mit diesen geänderten Rahmenbedingungen umgehen, die aus Sicht des SSW die Ostseezusammenarbeit politisch schwächen werden. Dabei rufe ich in Erinnerung, dass es bisher zu den besonderen Merkmalen der **Ostseekooperation** gehört hat, dass sowohl Regionen als auch Staaten sowie EU-Mitglieder und Nicht-EU-Mitglieder daran partizipierten.

Das gilt vor allem für die weitere Zusammenarbeit mit **Russland**, die bisher von der Arbeit des Ostseerates stark profitiert hat. Die erfolgreiche Annäherung an unseren großen Ostseebarn darf nicht durch eine Politik gefährdet werden, die angesichts der EU-Erweiterung die Ostseekooperation verdrängt. Es ist klar, dass die Erweiterung eine neue Definition der regionalen Zusammenarbeit mit sich bringen wird. Wie diese aussehen soll und wie die Nachbarschaft zu Russland gestaltet werden kann, ist allenfalls in Ansätzen diskutiert worden. Sie wird aber nicht die Ostseekooperation ersetzen können. Nicht ohne Grund ist es so, dass die so genannte Nördliche Dimension in der EU- oder in der Ostseezusammenarbeit auch auf der Zusammenarbeit im **Ostseerat** fußt.

Das gilt insbesondere für den Bereich der demokratischen Entwicklung. Bisher gibt es seitens der EU keine Haushaltsmittel und keine Politik für Demokratieentwicklung im Ostseeraum. Demgegenüber haben wir mit der Beauftragten des Ostseerates eine funktionierende echte Ombudsmann-Institution, die rege in Anspruch genommen wird. Helle Degn hat in ihrer Amtszeit viele Eingaben von Menschen in Russland erhalten, die in das Getriebe des Systems geraten sind. Für diese Menschen würde künftig nur der Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg zur Verfügung stehen. Das wäre aus unserer Sicht ein gewaltiger Rückschritt.

Schließlich ist vor dem Hintergrund der Ministerratsentscheidung auch unklar, wie es mit der Zusammenarbeit der Parlamente in der **Ostseeparlamentarierkonferenz** weitergehen soll. Für den SSW ist unvorstellbar, dass die parlamentarische Kooperation gedrosselt oder durch Beamte ersetzt wird. Wir können uns aber keine verschiedenen Geschwindigkeiten von Regierungen und Parlamenten in der Ostseezusammenarbeit leisten.

Wir haben es hier mit Strukturveränderungen zu tun, die weitgehend hinter verschlossenen Türen abgesegnet worden sind. Es hat meines Wissens keine öffentliche politische Debatte gegeben und die Parlama-

ntarier scheinen diese Entwicklung auf Regierungsebene verschlafen zu haben.

Deswegen hat der SSW diesen Antrag gestellt. Wir hoffen, dass es noch gelingen kann, einen Weckruf an die Kollegen rund um die Ostsee zu schicken, bevor es zu spät ist. Wir können die gefassten Beschlüsse nicht zurückschrauben, nicht wieder einsammeln. Wir können aber die Ostseeparlamentarierkonferenz auffordern, sie nicht einfach stillschweigend hinzunehmen. Ich denke auf jeden Fall, dass wir uns damit beschäftigen müssen, wie es weitergehen soll.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Rolf Fischer.

Rolf Fischer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke zunächst an die Ministerpräsidentin für den Bericht, der deutlich gemacht hat, dass der **Ostseerat** selbstverständlich zu den Instrumenten in der Ostseeregion gehört, die wir auf Dauer stärken sollten. Die Themenvielfalt, die wir dort zu besprechen haben, ist sehr groß.

Gestatten Sie mir aber trotzdem, auch den Punkt der Kollegin Spoorendonk aufzunehmen, denn es scheint doch so zu sein, dass diese Selbstverständlichkeit, die ich eingangs erwähnt habe, ein wenig verloren geht. Die Entscheidungen des Ostseerates im Juni dieses Jahres bewirken doch ganz eindeutig einen Macht- und Kompetenzverlust dieses Gremiums. Wenn sich ein Gremium nur alle zwei Jahre trifft und zentrale Funktionen abgeschafft werden, wie es die Demokratiebeauftragte Helle Degn erfahren muss, dann kommt das - ich sage das sehr deutlich und pointiert - fast einer politischen Selbstamputation gleich.

(Beifall bei SPD und SSW)

Denn ein Gremium, das nur alle zwei Jahre tagt, kann weder neue Impulse setzen noch die auf den Weg gebrachten Entscheidungen ernsthaft kontrollieren - vom häufigen Wechsel der Akteure, der damit verbunden ist, gar nicht zu reden. Das ist nicht im Interesse Schleswig-Holsteins, denn der Ostseerat, in dem die norddeutschen Länder vertreten sind, ist ein bedeutender Partner zur Durchsetzung unserer Interessen.

Ich erinnere daran, dass Schleswig-Holstein zurzeit des deutschen Vorsitzes vor wenigen Jahren sehr erfolgreich Positionen einbringen und auch durchset-

(Rolf Fischer)

zen konnte. Aber wir hätten natürlich hellhörig werden können, wenn wir eine Entschließung des Ostseerates vom Jahre 2002, dem Jahr seines zehnjährigen Bestehens, aufmerksam gelesen hätten, denn in der wurde betont - ich zitiere -, dass der Ostseekooperation auch über den Zeitpunkt der EU-Erweiterung hinaus eine besondere Rolle zukommen solle, um die Entwicklungschancen zu nutzen. Da ist ja ein Vorbehalt herauszulesen, dass der Ostseerat nach der Erweiterung, wenn also die Anrainerstaaten EU-Mitglieder sind, eine etwas weniger bedeutende Rolle einnimmt und durch Kooperationen auf EU-Ebene ersetzt wird. Das war eigentlich da schon zu lesen. Dieser Vorbehalt - hier stimme ich der Kollegin Spoorendonk zu - bedeutet tatsächlich eine Neuorientierung und diese Neuorientierung wäre nicht im Interesse unseres Landes und auch nicht im Interesse starker Regionen. Auch das **Europa der Regionen** braucht einen starken und funktionstüchtigen Ostseerat.

(Beifall im ganzen Haus)

Lassen Sie mich einen zweiten Punkt anfügen. Für uns ist die Streichung der Position von Helle Degn ohne Wenn und Aber ebenfalls ein herber Rückschlag. Wir konnten auf der Parlamentarierkonferenz in St. Petersburg 2002 unsere Minderheitenpolitik kurz vorstellen und wir waren uns mit ihr einig, dass unsere Erfahrungen in Schleswig-Holstein in den Demokratieprozess der neuen Partner einfließen sollen. Ich will noch einmal betonen: Gerade jetzt, da die neuen Staaten demokratische Strukturen schaffen und demokratisches Bewusstsein wecken wollen, ist diese Beauftragtenstelle besonders wichtig. Sie ist eine in die Zukunft orientierte und keine rückwärtige. Deswegen ist es tatsächlich ein herber Rückschlag, wenn diese Funktion abgeschafft werden soll.

(Beifall bei SPD und SSW)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einen dritten Punkt nennen. Wir müssen feststellen, dass die Strukturveränderungen im Ostseerat tatsächlich ohne politische Debatte stattgefunden haben. Damit sind Tatsachen geschaffen worden, die durchaus negative Konsequenzen für uns und für unsere **Ostseepolitik** haben können. Was können wir tun?

Wir brauchen eine Problemanalyse. Das wäre auch eine Bitte an die Landesregierung. Ich danke der Ministerpräsidentin, dass sie das am Ende ihrer Rede angeboten hat. Ich schlage vor, sich auf der anstehenden Parlamentarierkonferenz in Finnland mit dieser Frage zu befassen. Es gibt enge Beziehungen zwischen der Parlamentarierkonferenz und dem Ostseerat. Das wäre ein Punkt, den wir dort einbringen sollten.

Ich schlage drittens vor, dass wir als Europaausschuss versuchen, in Richtung Außenministerium Berlin eine entsprechende Nachfrage auf den Weg zu bringen. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, die EU-Erweiterung ist erst der Beginn einer neuen Kooperation und Konkurrenz in den europäischen Großregionen. Für beide, also Konkurrenz und Kooperation, brauchen wir eine starke Stimme, nämlich die eines starken Ostseerates.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der CDU erteile ich dem Herrn Abgeordneten Uwe Greve.

Uwe Greve [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als am 5./6. März 1992 in Kopenhagen der **Ostseerat** gegründet wurde, ahnte ja noch niemand, dass die baltischen Staaten und Polen ein Dutzend Jahre später Mitglied der Europäischen Union werden würden. Jetzt ist es so weit und die Zukunft dieser zweifelsohne nützlichen Einrichtung muss neu überdacht werden. Die Gedanken, die bisher geäußert worden sind, möchte ich nicht wiederholen. Die Ausführungen der Ministerpräsidentin entsprechen im Wesentlichen unseren Vorstellungen. Aber es wäre gut, wenn wir einmal darüber nachdenken würden, wie die Zukunft dieses Gremiums aussehen soll und insbesondere welche Schwerpunkte es zu setzen hat.

Die Frau Ministerpräsidentin hat einige dieser Schwerpunkte genannt, die wir mittragen würden. Ich möchte insbesondere bei den Aufgaben, die formuliert sind, betonen, dass eine zentrale Aufgabe immer wieder von uns aufgegriffen werden muss, nämlich - das haben auch Sie gesagt - die **Schiffssicherheit**. Wenn wir uns die Sicherheit der Ostseeschiffwege anschauen, dann wissen wir, dass es Glück ist, dass wir bis zum heutigen Tage von dem größtmöglichen Unglück verschont geblieben sind. Aber es kann jeden Tag und insbesondere im Winter geschehen. Wenn hier ein gemeinsames Havariekommando nicht zustande kommt, dann müssen wir eben nationale oder lokale Einrichtungen schaffen, die es ermöglichen, dass die schlimmsten Folgen eines solchen Unglückes zumindest nicht unser Land treffen. Das und nicht das Warten, was der Ostseerat vielleicht eines Tages tun wird, ist unsere heutige Aufgabe.

(Beifall im ganzen Haus)

Wir tragen ausgesprochen gerne den Gedankengang mit, den Minister Rohwer genannt hat, dass wir bisher

(Uwe Greve)

an Nord- und Ostsee von großen Schiffs- und Umweltkatastrophen wie an der spanischen Küste Gott sei Dank verschont geblieben sind. Der wachsende Schiffsverkehr und die steigende Zahl von Beinahekatastrophen bedeuten aber auch für uns eine Zeitbombe. Das sollten wir jeden Tag im Auge haben, denn diese Zeitbombe kann gerade im Herbst und Winter bei schlechten Wetterbedingungen explodieren. Auch der Untergang des chinesischen Frachters, den wir vor kurzem erlebt haben, hat ja gezeigt, wie schlecht die Probleme der Schiffswege in der **Ostsee** gelöst sind.

Natürlich gibt es weitere Aufgaben, die der Ostseerat verstärkt aufgreifen muss. Dazu erwähnte ich die Bekämpfung der internationalen Kriminalität und der Geldwäsche. Die Kooperation auf dem Gebiet der Energiewirtschaft haben Sie schon genannt. Ich betone aber auch die Zusammenarbeit in der Frage, wie das sensible ökologische System der Ostsee erhalten und die Schadstoffeinleitung - zum Beispiel insbesondere vonseiten Polens - verringert werden kann.

Eine besondere Aufgabe des Ostseerates muss mehr als je zuvor - das ist vielleicht eine zentrale Aufgabe der Zukunft - die Zusammenarbeit mit **Russland** sein. Ostseeanrainer sind die nordwestlichen Regionen Kaliningrad, Karelien, Pskow und St. Petersburg. Diesen Gebieten muss besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Da Russland in absehbarer Zeit nicht Mitglied der Europäischen Union werden wird, war es ein kluger Schachzug, es seinerzeit zum Mitgliedstaat des Ostseerates zu machen. Aus der Sicht Russlands wiederum bietet die Mitgliedschaft die Möglichkeit, sein Interesse gegenüber seinen Ostseeanachbarn wahrzunehmen. Eine russische Ostseeratspräsidentschaft hat ja gezeigt, dass die Russen durchaus konstruktive Beiträge geleistet haben und leisten können.

Mit Russland muss insbesondere die Entsorgung verrotteter atombetriebener U-Boote geklärt werden. Ich möchte nur dieses Problem als eines der bedeutendsten nennen. Ein weiteres Problem ist die Sicherheit von Kernkraftwerken.

Klug war es auch, der Europäischen Union neben den elf Ländern des Ostseerates die direkte Teilnahme als zwölfter Partner für die EU zu eröffnen. Es erleichtert die Finanzierung mancher Projekte. Die Europäische Investitionsbank fördert zum Beispiel die Umweltpartnerschaften auch unter Einbeziehung Russlands durch Darlehen. Das ist ein Problem, das wir gerade immer wieder im Norden haben, nämlich dass die Finanzen nicht so gestellt sind, wie wir es uns wünschen. Wenn die EU Gelder zur Verfügung stellt, kann das nur zu unserem gemeinsamen Vorteil sein.

Die drei nördlichen Bundesländer Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg haben über den Ostseerat die Möglichkeit, transnationale Zusammenarbeit im Ostseeraum zu beeinflussen und zu fördern. Dabei haben sie die Chance, sich auch mit ihren landespolitischen Eigenschaften zu profilieren. Wirtschaftliche Entwicklung und kultureller Austausch sollen dabei auch in Zukunft im Vordergrund stehen.

Der Ostseerat ist also eine sehr nützliche Einrichtung, die auch nach dem Beitritt der baltischen Länder und Polens zur EU ihre Bedeutung hat. Ich möchte sogar sagen, dass seine Bedeutung wächst.

Schleswig-Holsteins Aufgabe ist es, dieses Gremium mit Ideen und Impulsen zu versorgen und auch jene Themen aufzugreifen, die bisher immer wieder unter den Tisch gekehrt worden sind. Ich nenne hier als Beispiel nur die wachsende Problematik der nach dem Zweiten Weltkrieg in der Ostsee entsorgten Gasmunition. Das ist eine ganz wichtige Frage, die wir immer wieder schön vor uns herschieben, weil sie eine teure Frage ist.

(Glocke des Präsidenten)

Der Ostseerat ist also ein flexibles, manchmal auch schwieriges - wie wir gesehen haben -, aber lange nicht so schwerfälliges Gremium wie die EU.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Kollege Greve, die Redezeit!

Uwe Greve [CDU]:

Deshalb sollten wir diese Möglichkeit in Zukunft verstärkt nutzen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt Herrn Kollegen Joachim Behm.

Joachim Behm [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Ich stelle großes Einvernehmen fest. Trotz einiger kritischer Anmerkungen werden Sie sehen, dass ich mich nahtlos in die Reihe meiner Vorrednerinnen und Vorredner einreihen kann.

Wer hätte es 1992, als das multilaterale Gremium des Ostseerates auf Initiative der Außenminister Dänemarks und Deutschlands, Uffe Ellemann-Jensen und Hans-Dietrich Genscher, in Kopenhagen gegründet worden ist, für möglich gehalten, dass der **Ostseerat**

(Joachim Behm)

bei der **Erweiterung Europas** maßgeblich eine Rolle spielen könnte? Der Ostseerat hat sich mittlerweile zu einem Scharnier im Gefüge der europäischen Sicherheitsstruktur entwickelt, das neben der Sicherheitsinstitution der NATO auch andere Formen der Sicherheitsvorsorge entwickelt hat.

Deshalb war es ein guter Ansatz, dass sich die deutsche Präsidentschaft im Ostseerat im Jahr 2000/2001 das Ziel gesetzt hatte, die verschiedenen Aktivitäten und Foren der Zusammenarbeit im Ostseeraum stärker zu bündeln und den Ostseerat als eine Plattform zur Koordinierung der gesamten regionalen Zusammenarbeit zu nutzen. Leider hat es die Bundesregierung über das proklamierte Ziel hinaus während ihrer Präsidentschaft im Ostseerat versäumt, entscheidende Impulse zu setzen, um die Produktivität der **Ostsee-kooperation** für die Menschen zu steigern.

Derzeit hat man den Eindruck, dass der außenpolitische Aufmerksamkeitswert der Ostseekooperation und die Arbeit des Ostseerates nicht mehr im Mittelpunkt stehen. Deshalb wird es auf die ostseeebenen Länder im Norden Deutschlands ankommen, die Argumente für die nationalen Interessen Deutschlands in der Ostseekooperation zu formulieren und die überwiegend maritimen Interessen der norddeutschen Länder einzubringen.

(Beifall bei der FDP)

Umso wichtiger ist es deshalb für die drei norddeutschen Bundesländer Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg, sich intensiv an der transnationalen Zusammenarbeit im Ostseeraum zu beteiligen.

Frau Ministerpräsidentin, ich stelle mit Genugtuung fest, dass Sie in Ihrer Rede auch dem Thema **Schiffssicherheit** ein Kapitel gewidmet haben. Von dieser Stelle der Appell an unsere russischen Besucher, sich dem Thema Schiffssicherheit in der Ostsee vermehrt zu widmen. Denn im Wesentlichen sind die großen Tanker, die russisches Öl an unseren Küsten vorbei und durch unsere Flachmeere hindurch tragen, eine Gefährdung und Bedrohung für uns. Hier muss gehandelt werden.

Wir dürfen nicht vergessen: **Ostseepolitik** ist auch Standortpolitik. Und dazu gehört eben auch, dass sich Schleswig-Holstein dafür einsetzt, dass die Ostseeregion zu einer handlungsfähigen Großregion weiterentwickelt wird. Das reicht von der Entwicklung von Wirtschaftsräumen über den Ausbau transnationaler Ausbildungsverbände, transnationaler Verkehrsinfrastrukturen - wie beispielsweise die Fehmarnbeltquerung und die A 20 - bis hin zur Öffnung der Ar-

beitsmärkte oder der Erschließung neuer Handlungsfelder, zum Beispiel im Tourismus.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Denn stärker als bisher wird die Ostseeregion eine Zusammenarbeit in den Feldern entwickeln müssen, die bislang entweder einzelstaatlichem Handeln oder Entscheidungen auf EU-Ebene überlassen waren. Das gilt für Entscheidungen über gemeinsame Infrastrukturen ebenso wie für die Hochschulkooperation oder die Zusammenarbeit im Energiebereich.

Die Ostseekooperation braucht den Schirm der Außenpolitik. Denn natürlich wird zurzeit darüber diskutiert, welche Aufgaben mit der EU-Erweiterung künftig entfallen können, weil viele Aufgaben dann - zumindest für die meisten Ostseeanrainer - in den Ratsgremien in Brüssel behandelt werden können. Dennoch wäre es bei weitem zu kurz gedacht, mit der EU-Erweiterung die Aufgaben des Ostseerates auf die regionalen Beziehungen mit Russland zu reduzieren und ansonsten die Akte Ostseerat - CBSS - einfach zuzuklappen. Deshalb ist es kontraproduktiv, wenn einerseits das Gewicht des Ostseerates als regionales Gremium gestärkt werden soll und andererseits nur noch im zweijährigen Rhythmus Ostseegipfel stattfinden. Eine Ostseekooperation kann nur funktionieren, wenn wir die Vision nicht aus dem Blick verlieren, die hinter dieser Politik stand und steht.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD], Ulrike Rodust [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Ostseekooperation zu einem Berg von Papier und heißer Luft verkommt.

Das Land Schleswig-Holstein muss sein Gewicht im Sinne der bisher durchaus erkennbaren Erfolge einbringen, um den Ostseerat mit seinen Institutionen mit Leben zu erfüllen.

(Beifall bei FDP und CDU sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerpräsidentin, auch wir

(Detlef Matthiessen)

teilen den Standpunkt, dass die Strukturschwächung des Ostseerates Gegenstand intensiver Debatten sein muss. Wir sind damit nicht einverstanden. Ich sehe das vor allen Dingen auch inhaltlich so, dass die bisherige Ostseekooperationspolitik im Vergleich zur EU-Politik eine Vorreiterrolle inne hatte.

Die schleswig-holsteinische Initiative fand vor der Initiative im deutschen Außenministerium statt. Wenn ich die Beschlüsse auf den verschiedenen Ebenen durchdekliniere, kann ich da in unserem politischen Sinne fortschrittliche Tendenzen gegenüber dem erkennen, was auf EU-Ebene existiert. Ich nenne ein Beispiel, auch in Abgrenzung zum Beitrag von Herrn Greve. Wir haben in Danzig auf der Ostseeparlamentarierkonferenz das Ziel „phasing out atomic power as soon as possible“ beschlossen. Das heißt, es soll überwiegend ein regenerativer Energieweg im Baltikum beschritten werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD - Zuruf)

- Finnland hat noch nicht geplant, noch nicht bestellt und erst recht noch nicht gezahlt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Finnland, wenn weltweit keine **Atomkraftwerke** bestellt und gebaut werden, das machen wird. Das ist ein Vorratsbeschluss gewesen, ob der jemals verwirklicht wird, bezweifle ich. Aber wir können uns noch einmal am Rande über die Ökonomie von Atomkraft in der heutigen Zeit unterhalten. Weltweit findet zurzeit kein Neubau statt.

Hingegen klebt die Institution EURATOM der EU und dem Konventsprozess wie ein Klotz am Bein. Wenn Sie meinen, dass die EURATOM dort nur über die Sicherheitsdefizite von Atomkraftwerken im Baltikum oder auf russischem Gebiet entscheidet, nur Sicherheit akkreditiert, dann ist das verkehrt. Hier wird über den vordergründigen Aspekt der Sicherheitserhöhung der Zubau, der Neubau und die Ertüchtigung von Atomleistung in den Beitrittsländern und vor allen Dingen in den vorgelagerten Ländern finanziert.

(Uwe Greve [CDU]: Das habe ich nicht ge-
leugnet!)

- Ja, Herr Greve. Ich sehe auch das Problem, das Sie meinen. Das nehme ich sehr ernst, die Sicherheitsdefizite dort. Wir können aber über diese Brücke nicht zu einer massiven Subventionierung des atomaren Ausbaus im Osten gelangen. Wir lehnen zum Beispiel - dem ist auch der Schleswig-Holsteinische Landtag durch einen Beschluss, ich glaube, das war in der Januar-Sitzung, gefolgt - die beantragte Erhöhung der Kredite für EURATOM ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der ECOFIN-Rat, also die Finanzministerkonferenz der EU, ist dem auch gefolgt und da gab es auch ein Veto.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das heißt, Transport und Energie müssen als Hardware des Wirtschaftens im **Ostseeraum** ökologisch erfolgen und erzeugt werden. Daher liegt unser Fokus auf dem maritimen Transportwesen. Unser Energiefokus liegt auf regenerativen Energien. Dazu gehört aber auch durchaus ein Projekt, von dem man glauben könnte, es sei ein Projekt der etablierten Stromwirtschaft, wie zum Beispiel das Baltic-Green-Konzept, das wir sehr unterstützen. Dies sollte realisiert werden.

Anke Spoorendonk und der Kollege Fischer haben sich schon zur strukturellen Schwächung des **Ostseerates** geäußert. Wir teilen diese Besorgnis sehr. Wir sollten die jetzt anstehende parlamentarische Konferenz in Oulu in Finnland gemeinsam nutzen, um noch einmal zu versuchen, einen anderen Weg zu gehen. Wir werden die Beschlüsse sicherlich nicht rückgängig machen können, aber wir müssen dort ein deutliches Votum zugunsten einer Rücknahme dieser Schwächung des Ostseerates machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich gehe davon aus, dass beantragt worden ist, den Berichtsantrag für erledigt zu erklären. Ich frage nunmehr, ob der gegebene Bericht zu einer abschließenden Beratung an den Europaausschuss überwiesen werden soll. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Zunächst begrüße ich auf der Tribüne Gäste, und zwar Persönlichkeiten aus dem deutsch-dänischen Grenzland. Unter ihnen befinden sich Frau Schnack, Frau Kunsemüller, Herr Dr. Köhl, Herr Loske, Herr Dr. Johannsen, Herr Hansen, Herr Schultz, Herr Bendixen, Frau Kristensen, Herr Heesch, Herr Köhler, Herr Gammelgaard und Herr Christiansen. Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall im ganzen Haus)

Weiterhin begrüße ich Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer des Klaus-Harms-Gym-

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

nasiums aus Kappeln. - Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

(Beifall im ganzen Haus)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark

Landtagsbeschluss vom 9. Mai 2003

Drucksache 15/2620

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/2731

Für die Landesregierung erteile ich zunächst Frau Ministerpräsidentin Heide Simonis das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war eine eindrucksvolle Liste von Namen, die Sie gerade vorgelesen haben. Ich hoffe, es sind noch ein paar wichtige Leute zu Hause geblieben, damit die deutsche Minderheit vertreten werden kann, falls heute etwas Wichtiges passieren sollte. Es ist schön, dass Sie zu diesem Tagesordnungspunkt extra gekommen sind.

Auf den ersten Blick ist die grenzüberschreitende **Zusammenarbeit mit Dänemark** Ausdruck guter nachbarschaftlicher Kontakte in einem zusammenwachsenden Europa. Für uns im Norden ist sie allerdings weitaus mehr, und das zu Recht. Dänemark ist einer der wichtigsten Partner Schleswig-Holsteins. Deshalb haben wir auf Wunsch des Landtages gern schon zur Juni-Sitzung einen gesonderten Bericht über die Zusammenarbeit mit Dänemark vorgelegt, der normalerweise in den regelmäßigen über die Ostseeaktivitäten der Landesregierung integriert ist. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und seinen Nachbarn hat eine lange Tradition. Manchmal war sie überschattet, manchmal war sie fast auf dem Nullpunkt. In der letzten Zeit kann man aber eigentlich nur Positives darüber berichten.

Eine wirklich vollständige Darstellung werden Sie heute hoffentlich nicht von uns erwartet haben, denn das würde einer wissenschaftlichen Forschungsarbeit gleichen. Wir haben uns in unserem Bericht auf die Entwicklung der vergangenen Jahre beschränkt. Dieser Ausschnitt zeigt deutlich: Die Zusammenarbeit mit Dänemark ist nicht Aufgabe einer einzelnen Person oder der Ministerpräsidentin, deren Aufgaben auf europäischer Ebene angesiedelt sind. Sie ist vielmehr Teil der alltäglichen Arbeit aller Ressorts. Diese reicht vom Jugendaustausch über Schul- und Hochschulkooperationen, über kulturelle oder polizeiliche

Zusammenarbeit, über Umweltschutz, Technologie- und Verkehrspolitik sowie Gesundheitskooperation bis hin zur Zusammenarbeit in internationalen Foren und Projekten.

Diese gute und enge Zusammenarbeit hilft, die Interessen beider Regionen in einem zusammenwachsenden Europa abzusichern. Es gibt allerdings auch Fragen und Probleme, die wir auch bei bester Zusammenarbeit nicht lösen können. Dazu gehören zum Beispiel die Fragen der **Sozialversicherung** für Arbeitspendler zwischen Deutschland und Dänemark, der wechselseitigen Arbeitserlaubnis oder einer Harmonisierung der **Steuergesetzgebung**. Ich weiß nicht, wie viele Menschen sich schon die Zähne daran ausgebissen haben, eine Art Harmonisierung innerhalb der Sozialversicherungssysteme - und damit eine größere Beweglichkeit - hinzubekommen. Ich fürchte, es sind viele. Es werden auch noch viele folgen, weil die beiden Systeme nicht einfach zusammenzuhäkeln sind. Beide müssten geändert werden. Dabei ist die Frage, wer sich ändern würde.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sollten wir uns Dänemark anpassen!)

- Ich hätte nichts dagegen, aber das ist eine Frage, die man unter anderem in Berlin und Brüssel stellen muss.

Ich möchte Ihnen kurz einige Projekte vorstellen, insbesondere jedoch das Projekt STRING, das Schleswig-Holstein und die dänischen Partner einvernehmlich mit dem Ziel verfolgen, die südwestliche Ostseeregion zu einem Kraftzentrum zu entwickeln, das ein Gegengewicht zu den aufstrebenden Regionen im Nordosten der Region bilden kann. Diese Region hat sich auch zur Zusammenarbeit zusammengeschlossen. Mit der im Juni 2001 unterzeichneten gemeinsamen Erklärung über die Zusammenarbeit mit Sønderjyllands Amt besteht ein Rahmen, in dem zunächst eine politisch enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit aufgebaut werden konnte. Amtsborgmester Carl Holst hat darauf jüngst in einem Interview hingewiesen.

Einige von Ihnen werden zu Recht bemerken, dass es an einer längeren Liste von konkreten Projekten fehlt. Das ist richtig. Hier ist ein Stopp eingetreten, der vielleicht auch etwas mit gegenseitigen Ängsten zu tun hat. Er hat vielleicht auch etwas mit der Sozialversicherungsproblematik zu tun. Er hat aber auch etwas damit zu tun, dass im Moment in Dänemark das große Thema der Gebietsreform die Gemüter bewegt. Man konzentriert sich dort eher auf das Innere als auf das Äußere. Das soll aber kein Grund sein, sich nach

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

dem Motto, es bringt nichts außer ein paar schöne Treffen, zurückzusetzen. Im Gegenteil, es gilt abzuwarten, bis wieder ein guter Moment eintritt, in dem man Diskussionen über konkrete Projekte führen kann.

Wir wollen das, weil die Ostseeregion unverändert die wichtigste regionale Bezugsgröße für Schleswig-Holstein ist. Wir wissen, dass diese mit der EU-Erweiterung ihren Charakter wandeln wird und dass die Schwergewichte gen Nordosten verlagert werden. Deshalb müssen wir uns anstrengen, dass die guten Beziehungen zu Dänemark weiter aufrechterhalten bleiben. Wir wollen in der südwestlichen **Ostseeregion** mit unseren Partnern in Hamburg, Süddänemark und Südschweden ein wettbewerbsfähiges Kraftzentrum entgegensetzen. Ich bin froh, dass Hamburg inzwischen mit dabei ist.

Schwerpunktbereiche der Landespolitik wie Technologie, Gesundheitswirtschaft, Energie oder Hochschulen werden wir ohne internationale Partner kaum weiterentwickeln können. Hier gibt es gute Ansätze, zum Beispiel die virtuelle Universität Lund, die mit Kopenhagen und unter anderem mit Universitäten in Litauen zusammenarbeitet.

Der Handlungsbedarf im Bereich Transport, Verkehr und Logistik reicht weit über das viel diskutierte - mal fallen gelassene, mal hochgezogene - Thema der Fehmarnbeltquerung hinaus. Es bedeutet eine Modernisierung unseres Schienenverkehrs und zum Beispiel auch, die Brücke über den Kanal fitzumachen, sowie die Lösung anderer kleinerer und größerer Probleme, damit wir im Wettbewerb der Standorte bestehen können. Hier gibt es noch viel zu tun.

In diesem Szenarium hat die Zusammenarbeit mit Sønderjyllands Amt einen besonderen Platz. Wir haben bis jetzt vertrauensvoll miteinander und zusammengearbeitet. Keiner hat den Eindruck, dass der andere ihn über den Tisch ziehen will. Eine Aufgabe, die die zukünftige Zusammenarbeit vorantreiben wird, darf auch nicht davon abhängig gemacht werden, wie viel Geld wir von der Europäischen Union zur Verfügung gestellt bekommen oder welche Instrumente noch übrig bleiben werden. Im ureigensten Interesse der beiden Regionen sollten wir uns dieser Aufgabe stellen, die in den Jahren zunehmend an Dynamik gewinnt und die durch die weitere europäische Entwicklung - so glaube ich - in der Zwischenzeit quantensprungähnlich verlaufen wird.

Wir haben in Schleswig-Holstein die einmalige Chance, unmittelbare nachbarschaftliche Zusammenarbeit mit den Möglichkeiten der Kooperation mit anderen Partnern im Ostseeraum zu vernetzen. So

gibt es beispielsweise in Estland ein Twinning-Projekt mit Dänemark und Schleswig-Holstein in der Rechtsneuschreibung. Solche Initiativen wollen wir auch in Zukunft unterstützen. Wir würden uns freuen, wenn uns von dänischer Seite Unterstützung bei unserer Forderung nach einem gemeinsamen Ostseekonzept für Schiffssicherheit zukommen würde.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Nach dem Bericht der Ministerpräsidentin eröffne ich jetzt die Aussprache und erteile für die Fraktion der CDU dem Abgeordneten Manfred Ritzek das Wort.

Manfred Ritzek [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin, zunächst möchte ich mich sehr herzlich dafür bedanken, dass ich Sie auf der nächsten Reise nach Kaliningrad begleiten darf; Sie haben mich eingeladen. Ich habe Ihnen die dreitägige Reise des letzten Jahres sehr gegönnt, finde es aber etwas wenig, dass ausschließlich sie als Aktivität für das Jahr 2002 beschrieben wird.

(Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Seien Sie doch nicht so nickelig!)

Es ist schade, dass dieser Bericht auf fünf Minuten zusammengestrichen werden musste. Das ist sicherlich - ich glaube, darin stimmen wir alle überein - ausschließlich deshalb geschehen, weil wir in dieser Debatte so wenig Zeit haben. Es gäbe sicherlich mehr zu sagen, als das in fünf Minuten möglich ist.

Frau Ministerpräsidentin, ich begrüße es sehr, dass Sie in diesem Bericht auch die Probleme angeschnitten haben; denn ich denke, auch das ist die Aufgabe der Redner. Sie dürfen nicht nur auf die Erfolge, sondern sie müssen auch auf die Probleme hinweisen, um im Anschluss daran Maßnahmen zu ergreifen, damit bessere Lösungen erreicht werden können.

Der Bericht enthält eine Vielzahl von Daten und Ergebnissen, die interessant sind. Alle Erfolge sind ausdrücklich zu begrüßen. Dennoch möchte ich einige Dinge ansprechen, die etwas mehr Klarheit benötigen.

Es wäre wichtig zu wissen, ob alle aus dem EU-INTERREG-Programm genehmigten **Projekte** auch **realisiert** werden oder wurden oder ob es Projekte gibt, für die zwar EU-Mittel bereitgestellt wurden, die aber nicht zur Durchführung kommen, weil möglicherweise keine eigenen Landesmittel verfügbar sind.

(Manfred Ritzek)

Die Gründung des **Regionalrates** ist sehr zu begrüßen; das ist gar keine Frage. Allerdings ist - das hat die IHK Flensburg gesagt - mit dieser Maßnahme die Etablierung zahlreicher zusätzlicher Gremien, Ausschüsse oder Arbeitskreise einhergegangen. Damit verstricken sich die deutsch-dänischen Initiativen immer häufiger in bürokratische Strukturen, wenn es um die konkrete Umsetzung geht. Das hätte in dem Bericht vielleicht auch einmal erwähnt werden können.

Ein aktueller Schwerpunkt des Regionalrates ist die Entwicklung der **grenzüberschreitenden Hochschulkooperation** der Uni Flensburg mit der Syddansk Universität. Es wäre interessant, zu erfahren, von wie vielen Studenten das Angebot der deutsch-dänischen Studiengänge genutzt wird, wie sich diese Nutzung auf dänische und deutsche Studenten verteilt und welche weitere Entwicklung zu erwarten ist.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das wissen Sie doch alles!)

Auch über den Erfolg der STRING I- und II-Projekte könnte man vielleicht etwas detaillierter berichten.

Was ist zum Beispiel aus der Förderung des E-Business in kleinen und mittelständischen Unternehmen, aus der onlinebasierten Fort- und Weiterbildung und aus dem transregionalen Tourismusmarketing geworden, um nur einige Projekte zu nennen?

Einige sehr **positive Beispiele** seien hervorgehen. Da ist zum Beispiel der Jugendhof Knivsberg, der schulübergreifende Europazweig ab 2003 an den Gymnasien in Niebüll und Tondern, die Kooperation der Sicherheitsbehörden und Rettungsdienste und der gemeinsame Küsten- und Katastrophenschutz. Besonders erwähnt sei auch die Zusammenarbeit bei der Versorgung krebserkrankter Patientinnen und Patienten und das Abkommen mit der Ostseeklinik Damp für grenzübergreifende medizinische Aktivitäten.

Nun aber einige kritische Anmerkungen zu den ministeriellen Darstellungen. Der im Bericht genannte Anstieg des Exports nach Dänemark von 680 Millionen € in 2002 gegenüber circa 614 Millionen € in 2001 ist - bezogen auf einen länger zurückliegenden Zeitpunkt - leider nur die Darstellung einer Stagnation, ja, eines Rückgangs der **wirtschaftlichen Beziehungen**. Bereits in den Jahren 1997 und 1998 betrug die Ausfuhr nach Dänemark mehr als 700 Millionen €. Im Jahre 2002 - wir haben es gelesen - waren es nur 680 Millionen €.

Auch bei der Einfuhr hat sich nichts Bewegendes getan. Im Jahr 2002 betrug sie wie schon im Jahr 1998 1,3 Milliarden €. 1992 waren es sogar 2 Mil-

liarden €. Das ist keine dynamische Entwicklung, die in diesem Bericht vorgegaukelt werden sollte.

(Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: „Vorgegaukelt“ - was soll das denn?)

Selbstdarstellungen der Staatskanzlei haben hier wenig Substanz.

Im Zusammenhang mit Sønderjyllands Amt wird von der Notwendigkeit der Schaffung eines vertieften Verständnisses gesprochen - wie wahr. Was heißt das aber konkret?

Die Aussage im Bericht der Regierung bezüglich der Diskussion um eine **Reform der Regionalstrukturen** - Frau Ministerpräsidentin, Sie haben darauf hingewiesen, was ich sehr gut fand - in Dänemark, dass diesbezüglich ein kontinuierlicher Informationsaustausch stattfindet, ist zu wenig aussagefähig.

Der Hauptvorsitzende des Bundes der Nordschleswiger sagte im November letzten Jahres - ich zitiere -:

„Wir sind besorgt über die Folgen einer beabsichtigten Kommunalreform in der dänischen Kommunal- und Amtspolitik, die die Abschaffung der bisherigen Ämter und stattdessen die Bildung von Großregionen vorsieht, sodass Charakter und Identität der historisch gewachsenen Gebietseinheiten verloren gehen und die politische Vertretung und Präsenz der deutschen Minderheit gefährdet sind.“

Welche Berichterstattung erfolgte durch die Minderheitsbeauftragte an den Ministerpräsidenten zu diesem genannten Problem? - Darüber erfahren wir im Bericht nichts.

Von der Staatskanzlei hätten wir im Bericht auch eine Aussage zu den vier **Grenzverbänden** erwartet. Die Landeszuschüsse für die Grenzlandarbeit der Verbände wurde, wie bekannt, drastisch gekürzt. Ist die Angst um die deutsch-dänische Vielfalt im Grenzland mit der Gefahr des sozialen und kulturellen Aderlasses bei der Staatskanzlei nicht angekommen? Diese Angst haben die vier deutschen Grenzverbände noch im April deutlich formuliert.

Am Prozess der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark muss ständig weitergearbeitet werden. Daran besteht kein Zweifel. Das Parlament hat aber das Recht, regelmäßig, qualifiziert und vor allen Dingen auch tiefer über diese Arbeit unterrichtet zu werden.

(Manfred Ritzek)

Wir beantragen die Überweisung in den Europaausschuss.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt dem Abgeordneten Rolf Fischer das Wort.

Rolf Fischer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Ritzek, lassen Sie mich zu Ihren Ausführungen eine Bemerkung am Anfang machen: Wenn man so kritisch nach Kritikpunkten sucht und dann nur so wenige findet, dann muss der Bericht eigentlich gut sein. Das aber nur zum Einstieg.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Manfred Ritzek [CDU]:
Wenn ich zehn Minuten Zeit gehabt hätte, dann hätte ich auch mehr gefunden!)

Debatten über die Zusammenarbeit mit Dänemark - das zeigt sich auch jetzt wieder - haben in diesem Parlament Tradition. Wer einmal, wie ich das getan habe, die Protokolle nachliest, stellt fest, dass dieses Politikfeld seit der Landesgründung emotional, hochpolitisch und durchaus kontrovers diskutiert wurde. Deshalb gilt der Dank der Landesregierung und der Europaverwaltung für diesen ersten Bericht zur Zusammenarbeit mit Dänemark.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will mich in meiner Rede auf wenige grundsätzliche Anmerkungen beschränken. Details sind nachzulesen.

Für mich stellte sich zuerst die Frage, wie die **Beziehungen zu Dänemark** politisch qualifiziert werden können. Ich meine - damit gehe ich etwas über die Bewertung in dem Bericht hinaus -, es sind ausdrücklich besondere Beziehungen, die uns mit Dänemark verbinden. Ich benutze diesen Terminus, der ja aus der Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen stammt, ganz bewusst.

Zwei Gründe möchte ich dafür nennen:

Erstens. Uns verbinden mit Dänemark unverwechselbare, historisch gewachsene kulturelle und politische Beziehungen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Zweitens. Dänemark ist unser unmittelbarer Nachbar. In einem Europa, in dem Grenzen immer weniger Bedeutung haben, wird es umso wichtiger, mit den direkten Nachbarn zu kooperieren.

(Beifall bei SPD und SSW)

Beide Besonderheiten verpflichten uns in Schleswig-Holstein zu einer besonderen Politik gegenüber Dänemark, deren Vorteile Amtsborgmester Carl Holst, der durchaus für kritische Anmerkungen gut ist, sehr positiv auf den Punkt bringt: Was gut für den Nachbarn ist, ist auch gut für einen selbst.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Bericht sei INTERREG Dank. Die Projekte machen deutlich, dass die **Schwerpunkte** Bildung, Gesundheit, Wirtschaft und Forschung in allen drei Regionen unseres Landes, die sich mit der grenzüberschreitenden Kooperation mit Dänemark befassen, richtig gesetzt wurden. Ich nenne Sønderjyllands/Schleswig, Kern/Fünen und Ostholstein-Lübeck/Storström.

Diese Gesamtschau ist eindrucksvoll. Hier gilt mein Dank auch den regionalen Akteuren, die diese Projekte mit viel Fantasie und Einsatz realisiert haben.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Insofern freue ich mich, dass Sie hier sind. Ich danke Ihnen nicht nur, weil Sie hier sind und zuhören, sondern auch, weil Sie mit Ihrer Arbeit im Sinne der Region und im Sinne dieses Landes sehr viel gestalten.

(Beifall im ganzen Haus)

Der vorliegende Bericht ist nicht nur der erste seiner Art, er muss auch Auftakt für eine politische Diskussion über neue Strategien und Ziele der Europapolitik sein; denn wenn wir uns im Europa der Regionen behaupten wollen, benötigen wir Partner. Wie gesagt: Die unmittelbaren und direkten Nachbarn bieten sich an. Das sind für Schleswig-Holstein die norddeutschen Bundesländer und Dänemark im Norden.

Die vor einem Jahr geschlossene Vereinbarung über die **Zusammenarbeit** zwischen **Schleswig-Holstein und Sønderjyllands Amt** war ein wichtiger, ja, notwendiger Schritt. Ich will an dieser Stelle auch nicht verhehlen, dass ich mir durchaus eine stärkere Dynamik gewünscht hätte. Ich will aber auch selbstkritisch sagen, dass die Probleme, die es dort zu lösen gilt, nicht klein sind.

Lassen Sie mich nur drei ansprechen:

(Rolf Fischer)

Erstens. Eine mögliche **Reform der kommunalen Strukturen** auf dänischer Seite wird für die nördliche Grenzregion erhebliche negative Folgen zeitigen, auch für die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze. Bitte stellen Sie sich das einmal geopolitisch vor: Wenn sich auf dänischer Seite alles Richtung Norden orientiert und in Schleswig-Holstein möglicherweise alles in Richtung Hamburg oder Øresund, ist das für das nördliche Grenzland eine sehr schwierige Situation.

(Beifall im ganzen Haus)

Wir können es uns nicht leisten, dass die nördliche Grenzregion trotz offener Grenzen zu einer Art Niemandsland wird.

Zweitens. Der im Bericht genannte „**Runde Tisch Wirtschaft**“ ist ein richtiger erster Schritt zu einer gemeinsamen Wirtschaftsförderung. Hier geht der Dank auch an den Wirtschaftsminister, der sich gerade für dieses Projekt seit geraumer Zeit einsetzt. Was im deutsch-polnischen Grenzland offensichtlich klappt, sollte auch im deutsch-dänischen Grenzland möglich sein! Die Zahl der Pendler ist noch zu gering. Wir brauchen die Ansiedlung von innovativen Firmen in dieser Region, damit wir dort eine zukunftsweisende Entwicklung auf den Weg bringen können.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Drittens. Wir müssen die größte Barriere abbauen, die eine enge Kooperation bisher noch verhindert: Das ist die **Sprachbarriere**. Wir beschreiben das Problem zwar häufig, aber es ist an der Zeit, zu einer Lösung zu kommen. Hier sollten wir einen Schwerpunkt setzen. Wir sollten in dieser Legislaturperiode versuchen, dort mit neuen und weiteren Projekten die Sprachbarriere abzubauen.

(Lothar Hay [SPD]: Was ist mit Ihren Dänischkenntnissen, Herr Kollege?)

- Ich kann nur einen dänischen Satz und der ist unanständig.

(Heiterkeit und Zurufe)

Das nehme ich an dieser Stelle zurück. - Diese Hürde gilt es in einer gemeinsamen Anstrengung zu nehmen, mit den Lehrerinnen und Lehrern, mit den Schulen und Hochschulen im Grenzland und natürlich auch mit den Grenzverbänden diesseits und jenseits der Grenze.

Lassen Sie mich zum Abschluss sagen: 2005 feiern Deutschland und Dänemark den 50. Jahrestag der Bonn-Kopenhagener-Erklärungen. Spätestens dieses Datum muss auch den letzten Skeptiker überzeugen:

Die Zusammenarbeit mit Dänemark war, ist und bleibt eine besondere Beziehung für Schleswig-Holstein, die es weiter auszubauen gilt.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Joachim Behm das Wort.

Joachim Behm [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Fischer, hören Sie genau zu! Auch ich habe kritische Punkte gesucht. Achten Sie einmal darauf, ob ich welche gefunden habe!

Das Thema grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark beschäftigt den Schleswig-Holsteinischen Landtag und insbesondere den Europa-ausschuss bereits seit geraumer Zeit. Hatte sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Vergangenheit im Schwerpunkt auf die so genannten INTERREG-Programme konzentriert, ist zwischenzeitlich klar, dass sich die so genannte STRING-Region zu einer ernsthaften Konkurrenz zum nördlichen Grenzland etabliert hat. Auch die Ministerpräsidentin hat darauf hingewiesen. Das ist auch gut so.

Denn angesichts der Osterweiterung der Europäischen Union nimmt die gesamte Ostseeregion einen immer größeren Stellenwert in Europa ein. Dies ist insbesondere eine Chance für Schleswig-Holstein, die es zu nutzen gilt. Denn unser Land erhält dadurch die Möglichkeit, sich immer mehr zu einer Drehscheibe für das nördliche Europa zu entwickeln und damit von den Handelsströmen zu profitieren. - Diesen Satz habe ich übrigens schon einmal in meiner erster Landtagsrede gesagt.

(Zurufe)

Hier gibt es noch viel zu tun: Wir müssen aufpassen, dass wir mittelfristig nicht nur zu einem Transitland zwischen den Metropolregionen Hamburg und Kopenhagen degradiert werden.

Meine Damen, meine Herren, allein aufgrund unserer geografischen Lage gilt es deshalb, weitere Akzente zu setzen und gerade im Bereich des Außenhandels unsere traditionell guten Beziehungen zu Dänemark zu nutzen. Hier muss die Zusammenarbeit noch viel stärker intensiviert werden. Denn Dänemark exportiert nach Deutschland viel mehr, als wir zurzeit nach Dänemark exportieren.

Es ist zwar begrüßenswert, dass die Landesregierung ein großes strategisches Interesse an einer grenzüber-

(Joachim Behm)

schreitenden **wirtschaftlichen Zusammenarbeit** mit Dänemark bekundet. Leider wird der Eindruck erweckt - kritischer Punkt -, dass außer großen Ankündigungen für künftige Projekte bisher leider nicht sonderlich viel und Konkretes passiert ist.

Dass das Wirtschaftsministerium beispielsweise erst in diesem Sommer beabsichtigt, einen „Runden Tisch Wirtschaft“ mit dänischen und deutschen Unternehmen durchzuführen - was wir natürlich begrüßen -, ist zwar ein guter Ansatz, kommt aber leider etwas spät. Hier müssen endlich die seit langem bekannten und auch hier im Landtag diskutierten Vorschläge umgesetzt werden.

Neben Absichtsbekundungen auf offizieller Ebene ist deshalb der Ansatz, den das Projekt grenzüberschreitender Arbeitsmarkt - die Abkürzung dazu lautet „**GRAMARK**“ - verfolgt, ein Weg, um gerade die im Bericht genannten „weichen Hemmnisse“ eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes zu überwinden.

(Beifall bei der FDP)

Die geringe Zahl der vermittelten Personen zeigt dabei, dass hier noch sehr viel mehr getan werden muss, um unsere Wirtschaft noch viel stärker mit dem Wirtschaftspartner Dänemark zu verbinden.

Deshalb sollten wir endlich angesichts der gewaltigen Beschäftigungsprobleme bei uns in der Grenzregion - unter Einbeziehung der vorhandenen Kooperationsstellen - gerade für junge Menschen konkrete Lösungen zum Abbau dieser „weichen Hemmnisse“ herbeiführen. Eine Lösung dafür kann eine Verbesserung der **Sprachkenntnisse** in der deutsch-dänischen Grenzregion, angefangen bei Kindergärten bis hin zur Zusammenarbeit der Hochschulen, sein.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Ich gebe zu, dass dies zwar kein Allheilmittel ist, aber doch ein erster wichtiger Anfang.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wie steht es denn mit Ihren dänischen Sprachkenntnissen?)

- Ich könnte einige Sätze mehr, aber ich möchte das jetzt nicht auf die Probe stellen.

(Zurufe)

Meine Damen, meine Herren, wir haben jetzt die Chance, gemeinsam mit Dänemark die Attraktivität Schleswig-Holsteins innerhalb der europäischen Grenzregionen zu steigern.

Gerhard Poppendiecker, jetzt kommt ein Satz für dich. Umso mehr begrüßt die FDP-Fraktion, dass im Bereich der Verkehrsplanung eine **festе Fehmarnbelt-Querung** für die Landesregierung einen bedeutenden Stellenwert einnehmen und für die STRING-Region eine besondere Rolle spielen soll. Deshalb gehört für mich dazu, ein Konzept für die Insel Fehmarn unter Einbindung des Projektes Beltquerung zu erarbeiten, das der gesamten Region Zukunftsperspektiven aufzeigt.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Denn noch sind die Skeptiker auf Fehmarn und in der Region Heiligenhafen in der Überzahl, die ein Großprojekt der EU über ihre Köpfe hinweg befürchten, das letztlich nur zum Verlust von Arbeitsplätzen führt.

An diesem Projekt ließe sich ein praktisches Beispiel deutsch-dänischer Zusammenarbeit exemplarisch etablieren. Die Problematik ist auch in der Wirtschaft bekannt, wie ein kürzlich in den „Kieler Nachrichten“ veröffentlichter Bericht von Wolfgang Buhmann und ebenso eine Veröffentlichung in der Publikation WNO 7/2003 von Dirk Nicolaisen von der Industrie und Handelskammer zu Kiel ausweisen.

Im Europaausschuss sollten wir den Bericht der Landesregierung weiter begleiten.

(Beifall bei der FDP sowie vereinzelt bei SPD und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen!

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass Handys im Plenarsaal auszuschalten sind.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gibt es dafür eine Regel? Das stört doch keinen.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Die habe ich Ihnen gerade mitgeteilt.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Zunächst einmal möchte ich feststellen und begrüßen, dass in diesem Hause bei der Europapolitik und Ostseekooperation große Einigkeit besteht. Bis auf gewisses Störfeuer von der CDU oder die Ausführungen der FDP zum Fehmarnbelt war ich mit den meisten Dingen sehr einverstanden.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, die Grenzregion zu Dänemark ist eine große Chance für Schleswig-Holstein, natürlich auch umgekehrt. Vielleicht in Abgrenzung zu den Beiträgen der CDU sage ich: Das muss ein Win-Win-Geschäft sein und darf nicht nur aus unserer Perspektive betrieben werden.

Hier kommen Kultur, Forschung, Wissen, Wirtschaftskraft und Naturräume zweier Länder zusammen und von den Möglichkeiten profitieren insbesondere Schleswig-Holstein und Sønderjylland. Zahlreiche Synergiepotenziale werden schon intensiv genutzt. Das zeigt uns der Bericht der Landesregierung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Frau Ministerpräsidentin, wir möchten uns an dieser Stelle bei Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herzlich für den Bericht bedanken.

(Vereinzelter Beifall)

Gute Arbeit leistet die Landesregierung beim Ausbau der deutsch-dänischen Kooperation, wie die lange Liste der Projekte und der gemeinsamen Foren zeigt. Hilfreich sind hierbei natürlich auch nicht zuletzt die INTERREG-Programme, die die EU für diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Verfügung stellt.

Es ist aber auch nicht alles in rosaroten Farben zu zeichnen, was zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein oder Dänemark und Deutschland stattfindet. Ich erinnere nur an die Schwierigkeiten, die wir mit der Pallas hatten, was uns letztlich die mangelnde Kooperation in der Schiffssicherheit auf dänischer Seite an die Küste gespült hat. Das sind Dinge, die überwunden werden müssen.

Es sind auch nicht **wirtschaftliche Konkurrenzsituationen** zu leugnen. Ich denke etwa an die Bewerbung von Esbjerg oder der dänischen Windindustrie um unsere Off-shore-Windmüller. Die sagen: Kommt doch mal nach Esbjerg! Vergesst Husum und Brunsbüttel! Bei uns kriegt ihr alles von der Stange. - Das sind Dinge, die man in einer Debatte, wo freundschaftliche Zusammenarbeit im Vordergrund steht, nicht ganz außen vor lassen sollte.

Was die Sprache anlangt, gibt es noch große Defizite.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bei den Dänen!)

- Was die Dänen betrifft, so können Sie ja mal eine Eintrittskarte für ein Freibad kaufen. Sie werden dort auf Deutsch bedient. Sie können natürlich auch versuchen, dort Dänisch zu sprechen. Wenn Sie dort in ein Schuhgeschäft gehen, werden Sie feststellen, dass man perfekt Englisch spricht. Ich glaube, es gibt tatsächlich auch ein großes Problem auf unserer Seite, was den **Spracherwerb** betrifft. Jeg var tre gange som sommerkursist på en dansk folkehojskole og lærte der dansk sprog og kultur.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Präsidium wäre darauf erpicht, zu wissen, was das heißt.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich stehe dem Protokoll nachher zur Verfügung.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Vielleicht liefern Sie jetzt gleich die Übersetzung.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, noch heute bestehen in den Köpfen der Menschen zahlreiche Barrieren. Die Überwindung der Grenze beinhaltet mehr als das physische Überqueren einer weißen Linie. So werden in dem Bericht der Flensburger Oberbürgermeister Stell und Sønderjyllands Amtsborgmester Holst zitiert. In der Tat scheinen auch heute noch die **sprachlichen, kulturellen und ideologischen Hemmnisse** die wichtigsten Hindernisse für einen gut funktionierenden grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt zu sein. Das sind die so genannten „**weichen Barrieren**“; die Ministerpräsidentin hat in ihrem Bericht ja auch darauf abgehoben. Ich denke, hier fügt sich tatsächlich ein kritischer Punkt in das positive Bild ein. Eigentlich lässt die sehr engagierte und positive Minderheitenpolitik auf beiden Seiten der Grenze eine wesentlich vitalere Zusammenarbeit erwarten, als wir sie im Moment schon erleben können. Hier sind sicherlich noch Verbesserungen notwendig. Sie können teilweise von der Landesregierung angegangen werden.

Für die Beseitigung der „weichen Barrieren“ spielt unter anderem die **Kooperation zwischen den Hochschulen** der beiden Länder eine wichtige Rolle. Nicht zuletzt unter diesem Gesichtspunkt begrüßen wir auch die Beibehaltung der deutsch-dänischen Studiengänge an der Universität Flensburg. Sie ermöglicht es den Studierenden, sich mit den Gepflogenheiten und der Sprache des anderen Landes vertraut zu machen so-

(Detlef Matthiessen)

wie von den unterschiedlichen Unterrichtsstrukturen in Deutschland und Dänemark zu profitieren.

Viele Bereiche, die eine Zusammenarbeit über die Grenze hinweg als natürlich erscheinen lassen, gibt es. So kann die **Tourismusbranche** der Region unabhängig von der Nationalität mit den gleichen Vorzügen werben und tut dies dann vielleicht effizienter und effektiver gemeinsam, auch in Abgrenzung zu anderen Tourismusgebieten.

Attraktiv scheint in diesem Zusammenhang natürlich auch der **grenzüberschreitende Verkehr** der **Wanderwege** und der **Radwege** zu sein. Ich selber habe damit positive Erfahrungen gemacht. Ich bin mit meiner Familie und einer befreundeten Familie in Eckernförde mit dem Schiff nach Sonderburg gestartet. Dann sind wir mit dem Fahrrad auf dem Gendarmenstieg gefahren. Wir haben Quartier gemacht und uns von der dänischen Seite her die Ochseninsel in der Flensburger Förde angesehen.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Achten Sie bitte auf die Redezeit, Herr Kollege. Sprechen Sie jetzt bitte Ihren letzten Satz.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir begrüßen die Aktivitäten zur Stärkung der deutsch-dänischen Zusammenarbeit. Auf das Thema der Zusammenlegung kommunaler Gebietskörperschaften bin ich jetzt nicht so sehr eingegangen. Ich erwarte von dem Beitrag von Anke Spoorendonk, dass wir noch nähere Informationen darüber bekommen, wie der Stand der Dinge ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt der Sprecherin Frau Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich für den Bericht der Landesregierung bedanken. Ich mache einige Bemerkungen vorweg.

Auf der politischen Agenda des SSW hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit seit jeher einen sehr hohen Stellenwert, nicht nur weil wir oft direkt davon betroffen sind, wenn es um Kontakte über die Grenze hinweg geht, sondern auch weil eine Vertiefung dieser Zusammenarbeit im ureigensten Interesse des

dänischen Bevölkerungsteils des Landesteils Schleswig ist.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf den unterschiedlichsten Gebieten sehr weit entwickelt. Das muss man einmal sagen. Darüber freuen wir uns zu Recht.

Es ist auch nicht von der Hand zu weisen, dass hierbei die **Europäische Union** mit ihren verschiedenen **INTERREG-Programmen** seit Anfang der 90er-Jahre eine wichtige Rolle gespielt hat. Sowohl die Zusammenarbeit zwischen dem Landesteil Schleswig und Sønderjyllands Amt, Ostholstein und Stosdems Amt sowie zwischen der Kernregion und Fünen haben von den genannten Programmen profitiert. Allerdings gilt es aufzupassen, dass diese erfolgreichen INTERREG-Programme nach 2006 nicht neuen EU-Programmen weichen, die künftig nur eine Zusammenarbeit fördern, wenn drei Staaten grenzüberschreitend zusammenarbeiten. Hier ist wirklich Lobbyarbeit in Brüssel seitens aller regionalen Akteure erforderlich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Gründung der **Region Schleswig/Sønderjylland** und die Etablierung eines gemeinsamen Büros waren eine gemeinsame Initiative der kommunalen Akteure vor Ort. Das wurde aber von der Landesregierung positiv begleitet und unterstützt.

Die hohen Erwartungen an diese Zusammenarbeit, besonders von deutscher Seite, sind heute einer gewissen Ernüchterung gewichen. Der SSW war von Anfang an der Meinung, dass es neben dieser formalisierten Zusammenarbeit in der Grenzregion zu einer verstärkten Kooperation zwischen dem Land Schleswig-Holstein und Sønderjyllands Amt kommen muss. Wenn sich aus dieser grenzüberschreitenden Zusammenarbeit tatsächlich eine **strategische Perspektive** für die gesamte Region entwickeln soll. Es gilt - mit anderen Worten -, gemeinsame wirtschaftliche Potenziale zu fördern, bevor wir durch eine mögliche Fehrmarnbelt-Querung verkehrspolitisch abgehängt werden. Dazu braucht man aber das Land als aktiven politischen Partner.

Wir begrüßen daher, dass die Ministerpräsidentin und Amtsborgmester Carl Holst im Juni 2001 auf den Ochseninseln feierlich eine gemeinsame Erklärung über die **regionale Zusammenarbeit** zwischen Schleswig-Holstein und Sønderjyllands Amt unterzeichneten. Durch diesen Kooperationsvertrag erhofften wir uns, dass frischer Wind in die deutsch-dänische Zusammenarbeit kommen würde. Sicherlich gibt es auch einige Erfolge aufzuweisen, beispiels-

(Anke Spoorendonk)

weise in der Krankenhauszusammenarbeit und - das wurde zu Recht hervorgehoben - in der Hochschulzusammenarbeit. Die deutsch-dänischen Studiengänge sind ein Erfolg.

Lieber Kollege Ritzek, wenn Sie sich mit Ihren bildungspolitischen Sprechern unterhalten, dann werden die Ihnen das bestätigen und Ihnen auch zur Genüge Zahlen liefern. Aber entscheidende Fortschritte hat es seitdem nicht gegeben.

Aus dem vorliegenden Bericht geht leider nicht genau hervor, wie sich die Landesregierung die **weiteren Perspektiven** in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vorstellt. Nur darauf zu verweisen, dass diese Zusammenarbeit ein wichtiger Teil der Ostseepolitik Schleswig-Holsteins ist, reicht aus der Sicht des SSW nicht aus. Wir stehen vor einer wichtigen Weichenstellung und müssen auch konkrete Fortschritte für die Bürgerinnen und Bürger der Region erreichen. Dabei haben sich nicht so sehr die unterschiedlichen Steuer- und Sozialsysteme als Hemmschuh erwiesen - auch darüber gibt es genügend Analysen -, sondern vielmehr die **Kultur- und Verwaltungsunterschiede** in der Grenzregion.

Der SSW fordert daher einen weiteren Abbau der kulturellen und bürokratischen Hemmnisse in der deutsch-dänischen Grenzregion, zum Beispiel durch einen **Ausbau des Dänischunterrichts** in den öffentlichen Schulen des Landesteils Schleswig und durch die Entwicklung eines **gemeinsamen Leitbildes** für die zukünftige grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Joachim Behm [FDP])

Übrigens, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind das konkrete Forderungen an die Landesregierung, die der Schleswig-Holsteinische Landtag im letzten Jahr einstimmig verabschiedet hat. Wir bedauern, dass bisher nicht mehr passiert ist. Wir können nur sagen: Wir müssen uns alle zusammenreißen, uns alle einen Ruck geben, damit wir alle zusammen das Klassenziel noch erreichen.

Allerdings gibt es auch auf dänischer Seite - das wurde schon angesprochen - eine Entwicklung, die aus unserer Sicht nicht ganz unproblematisch ist. Alles deutet daraufhin, dass wir in wenigen Jahren nördlich der Grenze eine **Kommunalreform** bekommen und dass diese Kommunalreform dazu führen wird, dass wir **größere Einheiten** erhalten. Eine Zusammenlegung von Sønderjyllands Amt mit anderen Regionen im südlichen Teil Jütlands könnte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in dem Sinne beein-

trächtigen, dass sie in einer großen Einheit kaum noch dasselbe politische Gewicht haben wird.

(Rolf Fischer [SPD]: Natürlich!)

Der SSW hofft daher, dass die Politiker in Dänemark diese Aspekte bei den anstehenden Reformen ausreichend berücksichtigen. Wir haben in Gesprächen schon darauf aufmerksam gemacht. Wir haben auch auf die Sorgen der deutschen Minderheit aufmerksam gemacht.

Ebenso entscheidend für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist, dass die dänischen Kommunen **gleichwertige Kooperationspartner** in Schleswig-Holstein vorfinden. Südlich der Grenze müssen wir uns fragen, ob unsere Gemeinden wirklich handlungsstarke Partner darstellen. Das 5,3-Millionen-Einwohnerland Dänemark hat heute 271 Kommunen und will diese Zahl weiter reduzieren. In Schleswig-Holstein leben gut 2,8 Millionen Menschen in über 1.100 Kommunen. Das ist auf Dauer keine gute Basis für eine verstärkte Zusammenarbeit.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fasse zusammen: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark hat eine andere Qualität als andere Formen von regionaler Zusammenarbeit. Deutschland war über Jahrhunderte das größte außenpolitische Problem Dänemarks. Wir haben in Teilen eine unvereinbare Geschichte gehabt.

Ziel einer verstärkten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sollte daher sein, die besonderen Stärken der Region zu nutzen - zum Wohl der Menschen in der Grenzregion und zum Wohl der beiden Länder Deutschland und Dänemark, Schleswig-Holstein und Sønderjyllands Amt.

(Beifall bei SSW, SPD und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Wortbeitrag von Herrn Kollegen Ritzek hat mich bewogen, hier noch einiges zu sagen. Ich fand einige Anmerkungen im Hinblick auf das schwierige deutsch-dänische Verhältnis - Anke, du hast darauf hingewiesen -, dass über Jahrhunderte angedauert hat, zumindest ein wenig kleinlich, in Teilen auch falsch. Sie waren aus folgendem Grund falsch: Sie monieren,

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

dass die Regierung zu der **Gebietsreform**, die in Dänemark ansteht, nichts gesagt hat. Ich halte es für richtig, dass wir an dieser Stelle auch als Interessenwahrer der deutschen Minderheit in Dänemark darauf hinweisen, dass es hier Probleme geben wird, dass Dinge verwischt werden und es in einem größeren Zusammenhang in der Tat Gefahren für die deutsche Minderheit und das Bewusstsein eines Grenzlandes überhaupt in Dänemark geben wird. Das ist sicherlich richtig. Das kennen wir auch von uns selber. Wir, die wir aus dem Grenzland kommen, haben recht große Schwierigkeiten, unseren Kollegen südlich der Eider klarzumachen, wie schwierig die Grenzlandsituation ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Insofern sehe ich dieser Entwicklung in Dänemark durchaus mit Sorge entgegen.

Ich halte es aber auch für richtig, dass sich die Regierung dazu nicht exponiert. Das ist nicht Aufgabe der Regierung. Das Parlament kann das als Interessenwahrer sagen, aber die Regierung sollte es nicht sagen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Die Regierung sollte sich nicht in auswärtige Angelegenheiten einmischen. Ich kann der Regierung nur sagen: Das hat sie richtig gemacht. Ich weiß nicht, welche Gespräche hinter den Kulissen geführt werden. Hier aber sollte sie öffentlich nichts dazu sagen.

Der Grenzfriedensbund wird sich dazu natürlich noch artikulieren, Herr Vorsitzender. Das ist richtig. Hier sollten wir die Regierung wirklich in Schutz nehmen. Ansonsten sollten wir uns alle dort, wo wir es können, an dieser Grenzarbeit beteiligen.

Auch dort muss man immer wieder vor hochtrabenden Plänen warnen. Natürlich wird die Region Sønderjylland/Schleswig so schnell keine besonderen, hervorragenden Ergebnisse zeitigen. Aber auch dort ist der Weg das Ziel, die Zusammenarbeit, der ständige Austausch, immer wieder das Bewusstsein, auf die andere Seite hinzuweisen, übrigens auch auf die gemeinsame Geschichte. Das ist wichtig. Das sollten wir jeder da, wo wir aufgerufen sind, auch tun.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, die Drucksache 15/2731, zur abschließenden Beratung in

den zuständigen Europaausschuss zu überweisen. Wer dem so zustimmen will, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Dann ist das vom Haus einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Erste Lesung des Entwurf eines Gesetzes über die Sonn- und Feiertage (SFTG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 15/2802

Ich erteile zunächst Herrn Innenminister Klaus Buß das Wort zu Begründung.

Klaus Buß, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Gesetzentwurf beabsichtigt die Landesregierung, ein Gesetz, das in seinen Grundzügen seit 50 Jahren unverändert geblieben ist, zu ersetzen. Das geltende Gesetz ist in einzelnen Passagen aus heutiger Sicht schwer verständlich und entspricht nicht mehr den Anforderungen an einen **zeitgemäßen Sonn- und Feiertagsschutz**.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben wir seit einiger Zeit gesagt!)

Durch die zum Teil nicht praktikablen Vorschriften wird der Schutz von Sonn- und Feiertagen ausgehöhlt, weil er von den Behörden nicht mehr konsequent vollzogen wird. Dem soll entgegengewirkt werden, indem der Zweck der Sonn- und Feiertagsruhe in § 3 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes konkretisiert wird. Den Menschen soll an diesen Tagen die Möglichkeit gegeben werden, innerlich zu Ruhe zu kommen, sich physisch zu erholen, mit Familienangehörigen und Freunden zu kommunizieren sowie sich auf die christlichen und humanistischen Grundwerte zu besinnen.

Die Konkretisierung dient den Ordnungsbehörden zukünftig als Maßstab für die Beurteilung von Handlungen an gesetzlichen Sonn- und Feiertagen. Darüber hinaus ist die Notwendigkeit einer Novellierung des Sonn- und Feiertagsgesetzes durch die **Änderung der gesellschaftlichen Anschauungen** über den Sinn und Zweck der Sonn- und gesetzlichen Feiertage begründet. Der Erholungscharakter ist deutlich in den Vordergrund getreten. Aus vielen Eingaben weiß ich, dass immer weniger Bürgerinnen und Bürger das Verbot bestimmter Handlungen akzeptieren. In dem Zusammenhang sei an die erfolgreiche Volksinitiative zur Sonntagsöffnung von Videotheken erinnert; die

(Minister Klaus Buß)

Initiative hat mehr als 50.000 Unterschriften gesammelt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Aus dem Wandel der gesellschaftlichen Anschauung hat die Landesregierung die notwendigen Folgerungen gezogen. So wird unter anderem die Öffnung von automatischen Waschanlagen für Kraftfahrzeuge sowie Münz- und Selbstbedienungswaschsalons zugelassen - auch Gegenstand eines FDP-Antrags. Voraussetzung ist allerdings, dass damit keine unzumutbare Beeinträchtigung der Sonn- und Feiertagsruhe in der Nachbarschaft verbunden ist. Ebenso können die örtlichen Ordnungsbehörden marktähnliche Veranstaltungen wie zum Beispiel private Flohmärkte zulassen. Damit wird endlich eine Benachteiligung gegenüber den gewerblichen Flohmärkten beseitigt, die wegen des Vorrangs der bundesrechtlichen Gewerbeordnung grundsätzlich stattfinden dürfen - eine Sache, die immer wieder besonders auf das Unverständnis der Menschen gestoßen ist.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Insbesondere bei der Ministerpräsidentin!)

Der Gesetzentwurf wurde von den Verbänden im Rahmen der Anhörung überwiegend positiv aufgenommen. In Gesprächen unter anderem mit dem Bischofskollegium der Nordelbischen Kirche sowie Herrn Weihbischof Dr. Jaschke ist es gelungen, einen weitgehenden Konsens zu erzielen. Darüber habe ich mich sehr gefreut; das möchte ich ausdrücklich betonen.

Eines ist für mich klar. Der Gesetzentwurf hebt nicht, wie Herr Kayenburg dies in einer Pressemitteilung der CDU-Fraktion vom 8. Juli 2003 befürchtet, den Sonn- und Feiertagsschutz aus. Der Ausnahmeharakter der Sonn- und Feiertage bleibt auch im zukünftigen Gesetz erhalten. Der **verfassungsrechtlich geschützte Wesenskern** des Sonn- und Feiertagsschutzes bleibt unangetastet. Ich bin überzeugt, dass gerade durch die grundlegenden Formulierungen der gesetzgeberischen Zielvorstellung in § 3 Abs. 1 des Gesetzentwurfs einer weiteren schleichenden Aushöhlung des Kerngehaltes des Sonn- und Feiertagesetzes vorgebeugt wird. Ich würde mit sehr freuen, wenn Sie zustimmten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Nach dem Bericht der Landesregierung eröffne ich die Aussprache. Das Wort erteile ich dem Oppositi-

onsführer und Vorsitzendem der CDU-Landtagsfraktion, Herrn Abgeordneten Martin Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erst kürzlich haben wir hier mit großer fraktionsübergreifender Mehrheit die Aufnahme des Gottesbezuges in die europäische Verfassung gefordert. Wir bekennen also, dass wir unsere Politik, wenn auch nicht in jedem Detail, aber doch grundsätzlich an christlichen Wertvorstellungen ausrichten wollen.

Was ich hier vortrage, beruht auch auf einem Entwurf des Kollegen Wadephul, der gerne heute zu diesem Punkt geredet hätte, aber leider heute einen anderen Termin wahrzunehmen hat.

Herr Minister, in dem vorliegenden Gesetzentwurf - das sollte man hier einmal feststellen - werden die **christlichen Grundwerte** meiner Meinung nach nur verschämt in der Begründung und nicht im § 3 des Gesetzes selbst erwähnt. Ich frage Sie, warum nicht im Gesetzestext selbst gesagt wird, dass Sonn- und Feiertage der Besinnung auf die Grundwerte einer christlichen, humanen und demokratischen Gesellschaft dienen.

(Beifall bei der CDU)

Dass Sie hier etwas geändert haben, wird auch daran deutlich, dass in der ursprünglichen Begründung des Gesetzentwurfes weder „human“ noch ein anderes Beiwort gestanden hat und in der jetzigen Begründung die Worte „christlich“, „human“ und „demokratisch“ erscheinen. Das zeigt doch, dass Sie etwas geändert, aber nicht den Mut gehabt haben, das Wort „christlich“ in den § 3 mit aufzunehmen. Im Übrigen würde dies, Herr Minister, dem schleswig-holsteinischen Schulgesetz in seinen Bildungs- und Erziehungszielen entsprechen. Wenn wir es also mit unserem Bekenntnis zu den christlichen Wertvorstellungen ernst meinen, dann muss es uns auch mit dem Schutz des Sonntages, des siebten Tages der Woche, und den Feiertagen ernst sein.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ernst sein heißt nicht, Herr Kubicki, dass man nicht fröhlich sein darf und soll. Aber die Gesetzesbegründung geht meines Erachtens fehl, wenn sie meint, dass neuerdings nur der Erholungscharakter der Sonn- und Feiertage im Vordergrund stünde. Erholung gab es immer und war immer gewollt, übrigens auch in der Bibel, Herr Minister. Ob allerdings das Autowaschen in diesem Sinne Erholung ist oder der Besuch

(Martin Kayenburg)

des Waschsalons zum Freizeitvergnügen wird, das soll jeder für sich selber entscheiden.

Unabhängig von dieser individuellen Fragestellung müssen wir fragen, ob diese Form der Erholung, nämlich das Autowaschen, anderen möglicherweise die Erholung nimmt, also dass sie sich vielleicht dadurch in ihrer Sonntagsgestaltung belästigt fühlen. In diesem Sinne bekennen wir uns zum verfassungsrechtlich geschützten Sonntag und stehen einem so genannten **zeitgemäßen Sonn- und Feiertagsschutz** eher etwas skeptisch gegenüber, weil dies im Kern auf eine Aushöhlung des Sonntagsschutzes hinausläuft.

(Beifall bei der CDU)

Damit will ich allerdings nicht sagen, Herr Minister, dass alles so bleiben muss, wie es ist. Wir sind in den Ausschussberatungen durchaus bereit, Änderungen mit Ihnen zu besprechen und den Gesetzentwurf an den eingangs genannten Maßstäben zu messen, zum Beispiel zu fragen, ob es richtig ist, dass Tankstellen und Videotheken an Sonn- und Feiertagen praktisch zu Kristallisationspunkten intensiver Kommunikation werden. Wir werden auch fragen, wie wir zwischen den nachbarschaftsstörenden und den nicht nachbarschaftsstörenden Aktivitäten unterscheiden wollen. Hier scheint mir eine Prozessflut vorprogrammiert zu sein.

Auch der **Schutz der stillen Feiertage** wird eingeschränkt. Der Gesetzentwurf scheint mir in diesem Punkt wenig justiziabel zu sein. Welche Sportveranstaltung, Herr Minister, widerspricht denn nach der ratio des Gesetzes dem Charakter des Karfreitages und welche widerspricht ihm nicht? Und ist die untersagte Musik an diesen Tagen denn wirklich störender als mancher Sportlärm? - Ich glaube also, dass viele Fragen noch offen sind und dass wir in sorgfältigen Ausschussberatungen diesen Gesetzentwurf mit Ihnen diskutieren sollten, um zu akzeptablen Änderungen zu kommen und das Gesetz einer, wie Sie sagen, modernen, zeitgemäßen Sonntagsruhe anzupassen. Insofern beantrage ich die Überweisung in den Ausschuss.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Eichstädt.

Peter Eichstädt [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Kayenburg, das Problem mit Reden, die

man vorher geschrieben hat - das passiert uns ja allen einmal -, ist, dass sie plötzlich nicht mehr zu dem passen, worauf man eigentlich erwidert.

(Beifall bei SPD und FDP)

Denn ich konnte das, woran Sie in Ihrer Kritik anknüpften, nicht in dem wiederfinden, was der Herr Minister hier ausgeführt hat. Im Übrigen muss ich Sie wohl nicht daran erinnern, dass nicht der Minister das gesetzgebende Organ ist, sondern das Parlament. Wir sind jetzt in der ersten Lesung, und der Gesetzentwurf wird auch mit Ihrer Hilfe weiter beraten und gegebenenfalls vielleicht sogar verbessert werden. Wir sind sehr gespannt, was von Ihnen kommt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Schleswig-Holsteinische Landtag hat vor einem Jahr das letzte Mal über das Sonn- und Feiertagsgesetz beraten. Damals gab dazu ein Antrag der FDP Anlass, das Gesetz so zu ändern, dass Autowaschanlagen in Gewerbegebieten zukünftig auch an diesen bisher geschützten Tagen betrieben werden können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gott sei Dank!)

Wir haben Ihnen schon damals erklärt, dass wir neben grundsätzlicher Zustimmung zu Ihrem Detailanliegen einen anderen Weg gehen wollen als Sie. Wir wollen nicht eine weitere Ausnahme in das Gesetz einfügen, nämlich nach Videotheken und anderer Handlungen nun auch die Autowaschanlagen. Wir wollten stattdessen - das haben wir Ihnen damals gesagt - eine **umfassende Novellierung des Sonn- und Feiertagsgesetzes**, die der veränderten gesellschaftlichen Rolle von Sonn- und Feiertagen Rechnung trägt und eine flexiblere Ausgestaltung mit weniger Gängelung von Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht. Dabei sollte der grundsätzliche Charakter - das haben wir bereits damals betont - von Sonn- und Feiertagen als Tage der religiösen Besinnung, Herr Kayenburg, der inneren Einkehr und der Ruhe vom Wochenalltag nicht beeinträchtigt werden.

Der Innenminister hat seinerzeit angekündigt, eine Novellierung des Sonn- und Feiertagsgesetzes vorzulegen, die im Kern Abkehr von einem fiktiven Störungsbegriff nimmt und stattdessen von einem tatsächlichen Störungstatbestand beim Schutz von Sonn- und Feiertagen ausgeht.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dies ist mit dem heute hier vorgelegten Gesetzentwurf geschehen. Dieser Entwurf - das sage ich für meine Fraktion - erfüllt die Erwartungen und Anforderungen, die wir an ihn gestellt haben.

(Beifall bei der SPD)

(Peter Eichstädt)

Konkret heißt das:

Erstens. Das **Ziel** des Schutzes von Sonn- und Feiertagen wird präzisiert. Die Zulässigkeit von Handlungen an Sonn- und Feiertagen wird nicht mehr abstrakt, sondern an der konkret von ihnen möglicherweise ausgehenden Störung ausgerichtet.

(Unruhe)

- Auch wenn Sie mich jetzt stören, werde ich darüber hinwegsehen, weil wir noch keinen Sonntag haben.

Zweitens. Automatische Autowaschanlagen und Selbstbedienungswaschsalons, unabhängig davon, ob sie in Gewerbegebieten sind oder nicht, sowie Videotheken - ohne Zeitfenster - dürfen betrieben werden. Entscheidend ist nur, dass sie in konkreten Einzelfällen die nachbarschaftliche Ruhe des Sonn- und Feiertages nicht stören.

Drittens. Zukünftig können marktähnliche Veranstaltungen wie private Flohmärkte durchgeführt werden. Es gibt keine bestimmten Veranstaltungen mehr, die erlaubt oder verboten sind. Entscheidend soll sein, ob von der Veranstaltung selbst eine Störung ausgeht, die mit dem berechtigten Sonntagsruhebedürfnis unvereinbar ist.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Tanzveranstaltungen an Vorabenden des Karfreitags, Samstag vor Ostern sowie am Heiligabend sind möglich. Andere besondere Feiertage wie Karfreitag, Volkstrauertag, Totensonntag bleiben aber weiterhin unter einem besonderen Schutz. Dies ist unter anderem ein Ergebnis der ernsthaften **Verhandlungen mit den großen Kirchen** in unserem Land.

Fünftens. Die Entscheidung, ob **Ausnahmegenehmigungen** erteilt werden, soll zukünftig die **zuständige Ordnungsbehörde** treffen, also die Bürgermeister, Bürgermeisterinnen oder die Amtsvorsteher, Amtsvorsteherinnen direkt vor Ort - individuell und aus bester Kenntnis der einzelnen Situation und der möglichen Beeinträchtigung heraus. Wir haben das Vertrauen wie in anderen Bereichen auch, dass dies funktionieren wird. In diesem Sinne ist das durchaus auch ein kleines Stück Funktionalreform.

Sechstens. Wichtig war uns - das ist vom Minister ebenfalls betont worden; das gilt für meine Fraktion auch -, dass dieses neue Gesetz in einem **weitestgehenden Konsens mit den großen Kirchen** unseres Landes zustande kommt. Deshalb hat es umfangreiche Gespräche gegeben, und es scheint, als wenn der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf auch von den großen Kirchen als hilfreich akzeptiert wird. Außerdem wur-

de die bisher vorhandene zeitliche Begrenzung von Verboten auf die Hauptgottesdienstzeit aufgehoben.

Die Erfahrung zeigt: Ein Gesetzentwurf verlässt das Parlament nicht so, wie er hineingekommen ist. Aber da im Vorfeld eigentlich von fast allen Fraktionen Zustimmung signalisiert wurde, gehe ich davon aus, dass die Beratungen zu einem einvernehmlichen Ergebnis führen werden. Die Sorgen, Herr Kayenburg, Ihrer Fraktion, die religiösen Aspekte könnten nicht ausreichend Berücksichtigung finden, scheinen aus unserer Sicht unberechtigt, und ich bin guter Hoffnung, dass wir Ihnen das in den anschließenden Beratungen im Innen- und Rechtsausschuss und sicherlich im Rahmen einer Anhörung deutlich machen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, Sie von der FDP müssten ja schon deshalb begeistert sein, weil die Autowaschanlagen nun endlich auch an Sonntagen die Bürsten rotieren lassen dürfen. Das hatten Sie, Frau Aschmoneit-Lücke, damals ja in Ihrer Rede als einen bedeutenden Beitrag zur Belebung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft bezeichnet.

(Beifall bei der SPD)

Also dann los: Autowaschen für Schleswig-Holstein! Ich denke, wir haben mit diesem Gesetz deutlich gemacht, dass damit mehr für die Menschen erreicht wird als ein sauberes Auto am Sonntag.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Eichstädt, ich darf vielleicht darauf hinweisen, dass ich kein persönliches Interesse an der Sonntagsöffnung der Waschanlagen habe, weil ich mit meinem Auto gar nicht in eine Waschstraße rein fahren darf. Das hat der Kollege Geerds mir eben auch noch einmal bestätigt. Also, es war ein rein allgemeines Interesse, weshalb ich damals dieses Gesetz eingebracht habe.

Herr Minister, wir freuen uns natürlich, dass Sie heute - nach knapp einem Jahr - den Gesetzentwurf vorgelegt haben, den Sie ja im September letzten Jahres, als wir mit unserem Kompromissvorschlag kamen, auch schon angekündigt hatten.

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Sie haben nicht zu viel versprochen, so viel kann ich Ihnen heute schon sagen. Sie hatten damals bemängelt, dass unser Gesetzentwurf, der FDP-Entwurf, zu eng und nicht weit genug gedacht sei und Sie selbst noch andere Probleme ansprechen und eine komplette Regelung vornehmen wollten.

Sie bemängelten, dass gewerbliche **Flohmärkte** - Sie haben es heute wieder angesprochen - wegen des Vorrangs der bundesrechtlichen Gewerbeordnung an Sonn- und Feiertagen grundsätzlich stattfinden dürfen, private aber nicht. Diesem Problem haben Sie nun mit Ihrem Gesetzentwurf abgeholfen. Nun dürfen also auch private Flohmarktler am Sonntag ihre Stände aufbauen. Wir begrüßen das genau wie Sie und sicherlich auch die Ministerpräsidentin.

(Heiterkeit)

Die **Videotheken** sollen nun sonntags vor 13 Uhr ihre Pforten öffnen dürfen und damit dazu beitragen, dass an verregneten Herbstsonntagen bei schlechtem Fernsehprogramm auch vormittags der Familienfrieden gewahrt bleibt. Auch dafür hat die Landesregierung unsere Zustimmung.

(Beifall bei der FDP)

Bis dato sind organisierte **Sportveranstaltungen**, also nicht etwa das private Joggen im Wald, an Karfreitagen verboten, nun sollen sie stattfinden dürfen - laute Showeinlagen und laute Musik müssen dabei allerdings unterbleiben. Fraglich ist - Herr Kollege Kayenburg, Sie haben das schon angesprochen -, ob lärmintensive Sprechchöre des Publikums zulässig sind. Wir werden das im Ausschuss klären; im Grundsatz ist aber auch dies aus unserer Sicht eine gute Regelung.

Die FDP-Fraktion begrüßt ebenso ausdrücklich die Regelung, die die Landesregierung bezüglich der **Autowaschanlagen** getroffen hat. Sie geht sogar noch weit über unseren damaligen Vorschlag hinaus. Wir hatten seinerzeit ja gefordert, die Sonntagsöffnung nur in Gewerbe- und Industriegebieten zuzulassen. Was Sie jetzt vorschlagen, findet selbstverständlich auch unsere Zustimmung.

(Beifall bei der FDP)

Nun soll also das Autowaschen auch außerhalb von Gewerbegebieten an Sonntagen möglich sein. Eine solche Flexibilität hatten wir der Landesregierung gar nicht zugetraut, meine Damen und Herren. Wir sind überrascht und erfreut.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin beim Thema Waschen angelangt. Wer keine eigene Waschmaschine besitzt, nutzt gern - soweit

vorhanden - so genannte **Selbstbedienungswaschsalons**. Auch hier wird durch den Gesetzentwurf der Landesregierung mehr Flexibilität geschaffen. Zukünftig dürfen Selbstbedienungswaschsalons auch sonn- und feiertags geöffnet haben. Und das ist gut so, auch wenn Herr Kollege Kayenburg zu Recht darauf hinweist, dass selbstverständlich jedem selbst überlassen werden muss, ob er dies als erholsame Beschäftigung ansieht. Ich persönlich sehe es nicht als erholsame Beschäftigung an, obgleich auch ich häufig an Sonn- und Feiertagen waschen muss.

Dennoch halten wir - das möchte ich hier auch sagen - den vorgelegten Gesetzentwurf nicht für vollkommen gelungen. Der Grund hierfür findet sich in **§ 3 des Entwurfes**. Dort steht in Abs. 1 und 2 Folgendes:

„(1) Die Sonntage und die gesetzlichen Feiertage sind Tage allgemeiner Arbeitsruhe. Sie dienen der Erholung, der Festigung zwischenmenschlicher Beziehungen und der Besinnung auf die Grundwerte einer humanen und demokratischen Gesellschaft.“

(2) Öffentlich bemerkbare Handlungen, die dem Wesen der Sonn- und Feiertage widersprechen, sind verboten.“

- So weit so gut. Wer sich also an Sonn- und Feiertagen öffentlich bemerkbar nicht erholt oder aber eine öffentlich bemerkbare Handlung begeht, die der Festigung zwischenmenschlicher Beziehungen und der Besinnung auf die Grundwerte einer demokratischen Gesellschaft widerspricht, tut offensichtlich etwas Verbotenes. Und dabei bleibt es nicht. Diese verbotene Handlung ist nach § 9 des Gesetzentwurfs auch noch mit einer Geldbuße von bis zu 5.000 € bedroht.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

Herr Minister, ich habe mir das eben bei Ihren Ausführungen noch einmal angeguckt. Das steht tatsächlich so da drin. Ich mache also einen anderen Vorschlag: Wir belassen es bei der bestehenden Regelung, die lediglich besagt, dass Sonn- und gesetzliche Feiertage Tage allgemeiner Arbeitsruhe sind. Wer am Sonntag alleine spazieren gehen möchte, ohne sich der Festigung zwischenmenschlicher Beziehungen zu widmen, oder mit der Familie einen Ausflug machen möchte, ohne sich auf die Grundwerte einer humanen und demokratischen Gesellschaft besinnen zu wollen, der soll dies ohne schlechtes Gewissen auch tun können.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Haus)

Im Prinzip ist das ein ordentlicher Gesetzentwurf und ich bin - wie Sie, lieber Herr Kollege Eichstädt - ganz

(Christel Aschmoneit-Lücke)

davon überzeugt, dass wir gemeinsam zu einer guten Regelung kommen werden. Ich freue mich in dem eben genannten Sinne auf die Ausschussarbeit.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe eine sehr schön geschriebene Rede von meinem Referenten bekommen, nachdem wir das vorher besprochen hatten. Aber ich muss nach dem Verlauf der Debatte, die wir hier gehabt haben, und nach dem wirklich ausgezeichneten Beitrag meiner Vorrednerin von der FDP feststellen, dass es überflüssig wäre, noch einmal alle Einzelheiten des Gesetzentwurfes zu wiederholen und darzustellen,

(Beifall der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

insbesondere da über den großen Teil der Regelungen weitgehender Konsens herrscht. Ich freue mich auch über das Lob, das der Minister bekommen hat, weil er eine **weitgehende Liberalisierung** ermöglichen will und gleichzeitig mit den Kirchen zu einem Konsens kommen will, sodass wir über die **Bewahrung des Sonntages**, dass der Gottesdienst weiterhin geschützt bleibt, im Einverständnis mit den Kirchen sind. Er bleibt jedoch nicht durch alle möglichen Einzelregelungen geschützt, die mit dem Gottesdienst überhaupt nichts zu tun haben, sondern er wird durch konkrete Regelungen geschützt, die sich jeweils auf einzelne Ereignisse und auf die einzelnen Störungen beziehen.

Ich finde, das ist ein sehr vernünftiger Gesetzentwurf. Natürlich werden wir die Anregungen, die gekommen sind, im Ausschuss gern aufgreifen - darüber wird zu reden sein. Ich hoffe, dass wir dann zu einer Regelung kommen, bei der viele Menschen im Land sehen, dass unnötige Regulierungen, die wir in der Vergangenheit hatten, bei denen sich jeder gefragt hat, was das soll - warum ist das möglich, das wiederum aber nicht; warum kann man Fußballtore schießen und einen unheimlichen Lärm machen, der den ganzen Ort belästigt, aber andere Dinge, wie zum Beispiel das Autowaschen, sind nicht erlaubt -, wegfallen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Ich glaube, dass wir da zu vernünftigen Regelungen kommen werden, die für alle Menschen einsichtig und deshalb auch gut für unser Land sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Hinrichsen.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben uns bereits öfter hier im Landtag über das Freizeitverhalten der Bürgerinnen und Bürger unterhalten, und zwar im Zusammenhang mit der Sonn- und Feiertagsregelung, den Öffnungszeiten von Videotheken und Autowaschanlagen. Hierbei haben auch wir uns grundsätzlich positiv hinsichtlich einer **Lockerung der Sonn- und Feiertagsregelungen** ausgesprochen. Der nun von der Landesregierung vorgelegte Entwurf beinhaltet unter anderem die eben genannten Punkte, mit denen wir dem **neuen Freizeitverhalten** der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden können. Ob nun aber das Autowaschen oder das Gucken eines Videofilms an einem Sonntag der seelischen Erhebung dient, das möchte ich doch dahingestellt lassen und auch jedem selber überlassen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung geht darüber noch hinaus. Das Gesetz soll jetzt gänzlich neu gefasst und vereinfacht werden. Das begrüßen wir.

Deshalb möchte ich abschließend sagen: Wir sehen in dem Gesetzentwurf der Landesregierung einen Beitrag zur **Verwaltungsvereinfachung**, der auch positive Auswirkungen auf Teile der privaten Wirtschaft haben wird. Das geschieht unter Berücksichtigung und Stärkung der stillen Feiertage und Sonntage sowie der Gottesdienste. Das halte ich für ganz wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Im Rahmen der Redezeit der Regierung hat Herr Minister Buß das Wort.

Klaus Buß, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke zunächst für die sehr sachliche Debatte und gestatte mir im Rahmen meiner Redezeit noch zwei Anmerkungen zu einigen Hinweisen.

Zunächst einmal - damit gehe ich auf das ein, was Herr Kayenburg hier vorgetragen hat -: **Eine Aushöhhlung des Schutzes der Sonn- und Feiertage** ist im geltenden Recht ständig betrieben worden und droht auch weiterhin. Das zeigt einmal der FDP-

(Minister Klaus Buß)

Antrag, aber unter anderem kann ich das auch aufgrund meiner früheren beruflichen Tätigkeit sagen.

(Zuruf von der CDU)

- Ja, der basierte ja auf dem geltenden Recht. Aufgrund meiner früheren beruflichen Tätigkeit kann ich sagen, dass ich selbst an der Aushöhlung mitgewirkt habe, weil Sie den Menschen zum Beispiel nicht verständlich machen können, dass ein Flohmarkt von Kindern an einem Sonntag nicht stattfinden kann, aber ein riesiger gewerblicher Markt schon.

Auch den Kirchen ist es schwer verständlich zu machen, warum sie - ich habe viele Anträge bekommen - an Sonntagen keine Basare abhalten dürfen. Das beißt sich auch.

Ganz wichtig ist mir § 3 Abs. 1 Satz 2. Frau Aschmoenit-Lücke und Herr Kayenburg haben dazu etwas gesagt. Jeder, der den Satz vernünftig liest, weiß natürlich, dass sie der Erholung dienen. Das heißt aber nicht, dass sie ausschließlich der Erholung dienen. Das wurde wunderschön dargestellt, war kabarettreif und nett anzuhören. Das gebe ich gern zu. Sie wissen natürlich genau, dass diese Auslegung so nicht geboten ist. Man könnte - um Ihnen entgegenzukommen - hineinschreiben, dass sie unter anderem der Erholung dienen. Ich denke, das würde es genau treffen.

Ich sage Ihnen jedoch: Ich habe persönlich intensive Gespräche mit dem Bischofskollegium und dem Weihbischof Dr. Jaschke geführt. Satz 2 habe ich persönlich formuliert. Dieser Satz war für die Zustimmung der Kirchen zu diesem Gesetz entscheidend, weil die Frage, ob eine Veranstaltung an Sonn- und Feiertagen - oder auch an stillen Feiertagen - erlaubt ist oder nicht, den Ordnungsbehörden als Maßstab dient. Das ist verstanden worden. Es ist meine feste Überzeugung, dass das eine Hilfe ist, und ich sage das aus meiner langjährigen Praxis heraus. Daher bitte ich Sie ganz herzlich, diesen Satz, über dessen Einzelheiten man streiten kann, vom Prinzip her so zu akzeptieren, weil er vielen gesellschaftlichen Gruppen - unter anderem den Kirchen - wichtig ist.

Herr Kayenburg, mit den Kirchen wurde genau dieser Punkt erörtert, den Sie angesprochen haben. Gerade die Kirchen sagten: Nein, wir wollen die christlichen Grundwerte nicht im Text haben, weil wir wissen, wir haben Mitbürgerinnen und Mitbürger, die eine andere Religion haben, die jedoch auch von dem Gesetz betroffen sind. Ich erzähle Ihnen nichts Falsches. Das ist intensiv so diskutiert worden. Von daher wurde abgesprochen, dies in die Begründung, nicht aber in den Text aufzunehmen. Das wollte ich Ihnen gern erläutern. Ich freue mich auf die Ausschussarbeit. Herzlichen Dank für die sehr sachliche Debatte.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landespressegesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2835

Zur Begründung erteile ich Herrn Innenminister Buß das Wort.

Klaus Buß, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Änderung des Landespressegesetzes werden mehrere Ziele verfolgt. Erstens. § 8 Abs. 3 wird durch die Änderung des **Impressums** die Transparenz in der schleswig-holsteinischen Zeitungslandschaft verbessern. Zeitungen, die regelmäßig ganze Seiten des redaktionellen Teils von anderen fertig übernehmen, müssen künftig im Impressum den Verleger und verantwortlichen Redakteur des übernommenen Teils angeben.

Zweitens. Die Verlage periodischer Druckwerke sind nach § 8 Abs. 4 künftig verpflichtet, die **Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse** offen zu legen. Leserinnen und Leser sollen wissen, welche Geldgeber und Interessen hinter ihrer Zeitung stehen, um sich eine Meinung bilden zu können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die verlegerische Freiheit wird dadurch nicht tangiert, denn das Impressum muss nur die Angaben enthalten, die bereits im Handelsregister stehen, das ohnehin jeder einsehen kann.

Drittens. Das Gesetz wird an das vom Bund geänderte **Medienprivileg** in § 41 Bundesdatenschutzgesetz angepasst. In § 10 a wird auf die bundesrechtlichen Regelungen über die Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten von Presseunternehmen verwiesen. Daten über Personen, die die Presse ausschließlich zu eigenen publizistischen Zwecken verarbeitet, sind durch die ausdrückliche bundesrechtliche Regelung geschützt. Die Presse ist damit im Ver-

(Minister Klaus Buß)

gleich zu anderen privaten Unternehmen und öffentlichen Stellen hinsichtlich des Datenschutzes privilegiert. Durch die Neuregelung in § 10 a werden Auslegungsschwierigkeiten und eine Ungleichbehandlung der Presseunternehmen in den Ländern vermieden.

Viertens. Durch bundeseinheitlich übereinstimmende Verjährungsregelungen soll bei **Presseinhaltsdelikten** eine effektivere Verfolgung von politisch extremistisch und menschenverachtend motivierten Straftaten erreicht werden. Daher werden die **Verjährungsvorschriften** vereinheitlicht. In § 24 werden Delikte wie Verbreitung von Propagandamitteln und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Verbreitung von Schriften volksverhetzenden Inhalts und von pornografischen Schriften sowie Gewaltdarstellungen in Schriften und Verbreitung von Kennzeichen von verbotenen Vereinen und Parteien in periodisch erscheinenden Druckwerken aus der kurzen Verjährungsfrist von Presseinhaltsdelikten ausgenommen.

Ich denke, diese Regelungen sind insgesamt sehr vernünftig. Sie kommen den Leserinnen und Lesern der Zeitung entgegen. Ich hoffe, dass wir auch hier eine große Übereinstimmung finden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Kayenburg, das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Offenbar erhofft sich der Innenminister mit der Offenlegung der Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse und mit der erweiterten Impressumspflicht mehr **Transparenz**, die für eine demokratische Willensbildung notwendig sei. Dem kann man im Grundsatz zustimmen; das will ich begründen. Die örtliche Tageszeitung gehört für viele von uns schon morgens beim Frühstück dazu. Gleiches gilt für die Lokalsender. Die Medien berichten, kommentieren und informieren; jedenfalls sollten sie das tun. Sie sind in jedem Fall einflussreich. Nicht von ungefähr werden die Medien in der modernen Demokratie als **vierte Gewalt** bezeichnet. Umso wichtiger ist es, dass Medien politisch fair sind. Nur aufgrund einer neutralen und überparteilichen Berichterstattung können sich die Bürgerinnen und Bürger ihre eigene Meinung bilden.

Ich frage mich aber, ob die **Medienmacht** der SPD diesen fairen Wettbewerb und die Unabhängigkeit nicht doch ein Stück in Gefahr bringt. Über die **Me-**

dienholding DDVG hält die SPD immerhin Anteile an über 60 Printmedien, unter anderem an mehr als 30 Tageszeitungen, an vielen Anzeigenblättern und fünf Magazinen sowie am „Vorwärts“. Diese Zeitungen haben eine Gesamtauflage von 8 Millionen Exemplaren und erreichen 16 Millionen Leser. Darüber hinaus hat die Partei Beteiligungen an drei TV-Produktionsgesellschaften und an fast 20 Radiosendern mit über 7,5 Millionen Hörern. Fazit: Die SPD ist also ein regelrechter Medienkonzern. Dabei sollen die Medien als vierte Gewalt die Parteien doch eigentlich kontrollieren und nicht umgekehrt.

Nicht genug damit. Die **Medienbeteiligungen** zahlen sich für die **SPD** auch finanziell aus, was ich persönlich in einem marktwirtschaftlichen System nicht für vorwerfbar halte. Ich will aber feststellen, dass fast 10 Millionen € in die Kassen der Sozialdemokraten - und damit natürlich auch in den Wahlkampf - fließen. Deswegen ist die Union der Auffassung: Insbesondere für Zeitungen sollte dasselbe gelten wie für Lebensmittel. Es muss drauf stehen, was drin ist.

(Beifall bei der CDU)

Da hilft Ihre erweiterte Impressumspflicht auch nicht annähernd, denn natürlich weiß jeder, wer Springer, Burda und die landläufigen Verlage sind. Wer aber kennt DDVG? Wer weiß, wer oder was Madsack ist? Das Problem ist, dass mit Ihrer **Impressumspflicht** zwar Begriffe offen gelegt werden, die Inhalte jedoch nicht deutlich werden. Das mögen die Politiker wissen. Der normale Bürger weiß es nicht. Ich bin der Auffassung, dass der Bundeskanzler auch deshalb der Aufforderung des Journalistenverbandes noch nicht nachgekommen ist, angesichts der **Konzentration** auf dem Zeitungsmarkt die Besitzverhältnisse für die Leser transparenter zu machen. Herr Minister, deshalb glaube ich, dass der heutige Gesetzentwurf, den ich nicht in Bausch und Bogen kritisieren will und der sich an dem bayerischen Beispiel orientiert, ein erster Schritt in die richtige Richtung und ein Weg zu mehr Transparenz ist.

Ich habe die Verhältnisse erwähnt, da wir als Politiker und Demokraten schon aus grundsätzlichen Erwägungen heraus die Fragen klären müssen, ob Medienbeteiligungen von **Parteien** überhaupt demokratisch sind und inwieweit dadurch die Pressefreiheit gefährdet beziehungsweise eingeschränkt wird. Einen guten Vorschlag für noch mehr Transparenz hat der bayerische Kollege von Redwitz gemacht. Er schlägt vor, dass **mittelbare Medienbeteiligungen** von Parteien explizit mit dem Namen der Partei im **Impressum** erscheinen müssten, weil Parteien im demokratischen Meinungsbildungsprozess eine besondere Rolle spie-

(Martin Kayenburg)

len. Darüber sollten wir im Ausschuss miteinander diskutieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das gilt auch für die Frage, warum Sie mit Ihrem Gesetzentwurf keine Gesamtlösung beispielsweise entsprechend dem saarländischen Mediengesetz anstreben. Dann hätten wir nämlich die Chance gehabt, auch die anderen Medien zu berücksichtigen und den technischen Fortschritt einfließen zu lassen. Ich denke, auch dies kann ein Thema für den Ausschuss sein.

Dass an der einen oder anderen Stelle allerdings auch oberflächlich gearbeitet wurde, zeigt sich für mich an den persönlichen Anforderungen an den verantwortlichen Redakteur. Offenbar haben Sie vergessen, die Volljährigkeit von 21 auf 18 Jahre anzugleichen. Dort heißt es nämlich wörtlich unter drittens: Als verantwortlicher Redakteur kann nicht tätig sein und beschäftigt werden, wer das 21. Lebensjahr nicht vollendet hat. Anscheinend haben Sie diesen Passus von 1964 ohne jegliche Prüfung übernommen. Damals lag die Volljährigkeit nämlich noch bei 21 Jahren.

Herr Minister, sollte das beabsichtigt gewesen sein, dann würde mich das allerdings sehr wundern;

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er will die Schülerzeitungen kaputtmachen!)

denn bisher galten ja eher wir als die Konservativen. Meine Forderung, die Altersgrenze an dieser Stelle herabzusetzen, wäre dann geradezu revolutionär. Auch dies sollten wir im Ausschuss beraten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Böhrk das Wort.

Gisela Böhrk [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Ich möchte mich auf zwei Punkte des Landespressegesetzes konzentrieren, und zwar auf die Impressumspflicht und auf die Offenlegung der Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse.

Bezüglich der erweiterten **Impressumspflicht** wird mit dem Gesetz auf eine Entwicklung reagiert, die viele noch gar nicht richtig mitbekommen haben, dass nämlich immer mehr Zeitungen ganze Rubriken und Seiten extern, also von fremden Zeitungen oder Mediendienstleistern, aufkaufen, um eigene Redaktionskapazitäten einzusparen.

Inzwischen wird zum Beispiel die Medienseite der „Kieler Nachrichten“ nicht mehr selbst gemacht. Bei anderen Zeitungen wird darüber nachgedacht, ob zum Beispiel die Bunte Seite komplett übernommen werden kann. Die dpa und andere **Mediendienstleister** bereiten sich darauf vor, ganze Zeitungsseiten, ja, fast vollständige Zeitungen, anzubieten. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. Hier geht publizistische Vielfalt Stück für Stück verloren.

Natürlich gab es in der Vergangenheit bereits eine ähnliche Entwicklung. Dies geschah allerdings in einem viel geringeren Umfang. Ich denke an die so genannten Maternseiten. Dies bezog sich im Wesentlichen aber eher auf kleinere Zeitungen. Der wirtschaftliche Druck, dem die Verlage ausgesetzt sind, ist groß. Ich denke zum Beispiel an die eingebrochenen Anzeigenmärkte: Die Stellenmärkte, der Automarkt und viele Kleinanzeigen sind zum Teil fast vollständig in das Internet abgewandert und kommen auch nicht wieder.

Man reagiert darauf, indem der Kultur- oder Medienredakteur abgeschafft und die Fachredaktionen ausgedünnt werden. Damit verändert sich auch das Berufsbild des Redakteurs. Gefragt ist eben nicht mehr ausschließlich oder überwiegend der Spezialist und Sachkenner, sondern im Zweifel die Eier legende Wollmilchsau, nämlich derjenige, der flexibel in allen Sparten einsetzbar ist und der jede Seite zusammenschustern kann. Dieser hat aber von nichts eine richtige Ahnung.

Hier werden die Pressevielfalt und die **publizistische Vielfalt** bedroht. Natürlich kann die erweiterte Impressumspflicht diese Entwicklung nicht abbremsen. Sie ermöglicht es aber, dass die Menschen ein Stück genauer wissen, wer verantwortlich ist. Das Impressum muss aber gefunden werden können. Vielleicht sollten wir uns einmal darüber unterhalten, ob es auch eine Vorschrift geben sollte, in der steht, wo das Impressum jeweils zu finden sein muss. Mitunter sucht man sich wirklich tot. Das Impressum muss redaktionelle Abhängigkeitsverhältnisse deutlich machen. Jeder, der will, muss erfahren können, ob er sein Regionalblatt oder bundesdeutsche Fertigware liest.

Nun komme ich zur Offenlegung der **Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse**. Herr Kayenburg, ich finde es sehr komisch, dass Sie ein Thema, welches eigentlich schon längst in der Mottenkiste verschwunden ist, wieder ausbuddeln.

Als die CDU Probleme mit der Parteipendenauffäre hatte, hat sie nach einem Thema für einen Gegenangriff gesucht. Sie suchte in den Medienbeteiligungen der SPD. Einige Journalisten haben davon gespro-

(Gisela Böhrk)

chen - dem schließe ich mich an -, dass es quasi eine späte Rache an „Enteignet Springer“ war. Sie malen die SPD als Medienmogul an die Wand, der seine publizistische Macht heimlich über Deutschland ausbreitet.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch richtig!)

- Es fehlte nur noch, dass Sie das aufgegriffen hätten, was ein CDU-Mediensprecher gesagt hat. Er verstieg sich nämlich zu der Vision einer „Berlusconisierung“ der Zeitungslandschaft von links.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich weiß, wo ich aufhöre!)

Ich finde das wirklich peinlich. Die SPD hält über die DDVG Anteile in Höhe von 1,9 % der veröffentlichten Zeitungen. Dies sind **Minderheitsanteile**. Allein die „Bild“-Zeitung hat einen Marktanteil von 17 %. Der Kanzler zeigt immer wieder, dass es für ihn mehr Sinn macht, sich darüber zu artikulieren, als über die „Frankenpost“ oder die „Peiner Allgemeine Zeitung“, die beide von der DDVG mit besessen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, es würde wirklich Sinn machen, hier im Landtag und auch im Ausschuss über die Qualität von Journalismus unter veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu debattieren. Dies gilt aber nicht für Popanz. Wir Politiker müssen mit der Entwicklung leben, dass auch die Zeitungen immer mehr dazu neigen, auf die zünftige Überschrift, die schnelle Vermarktung und Effekthascherei aus zu sein, damit die Aufmerksamkeit des Konsumenten, also des Lesers, gefesselt wird und er sich diese Berichte anschauen will.

Wir Politiker und auch die Journalisten sind Täter und Opfer in einem Veränderungsprozess,

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie sind mehr Täter!)

in dem gar nicht mehr genügend Zeit für Aufklärung bleibt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Täter?)

- Ja, auch Täter, Herr Kubicki, Sie müssten darüber besonders gut Bescheid wissen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Würden Sie das freundlicherweise mal erläutern? Ich verstehe das nicht!)

- Ich will es Ihnen gern erläutern und mache es Ihnen anhand eines Zitats von Günter Gaus klar, der unter

der provozierenden Überschrift „Warum ich kein Demokrat mehr bin“ Folgendes gesagt hat:

„Das Funktionieren einer Demokratie aber gründet sich auf die Bereitschaft des Souveräns, sich gelegentlich beim Gewinnen von Einsichten in das politische Tun und Lassen und dessen Konsequenzen anzustrengen. Schneller als gedacht wird die Verflachung der Politik in den Massenmedien ein bisschen amüsieren, schließlich langweilen und abstumpfen - und in jedem Falle das gleiche und allgemeine Wahlrecht aushöhlen. ... Wie einst das Drei-Klassen-Wahlrecht bestimmte Interessen begünstigte, so wird die Wahlausübung des bei Laune gehaltenen Fernsehpublikums“

- darauf bezieht er sich im Wesentlichen -

„interessengesteuert sein von gesellschaftlichen Gruppen, die selber wenig fernsehen.“

Gaus fährt fort:

„Ich bin vor allem deswegen kein Demokrat mehr, weil aus dem gesellschaftlichen Zusammenwirken von Wählern und Gewählten mehr und mehr eine Schauveranstaltung geworden ist.“

Mit diesem Thema, mit der Orientierung auf Events, auf die flotte Schlagzeile und auf den Zehn-Zeilen-Roman, den nach Aussagen der „Zeit“ der Chefkolumnist von Springer, Franz Josef Wagner, erfunden hat, haben auch Printmedien und nicht nur die elektronischen Medien zu tun.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

Gisela Böhrk [SPD]:

Ich komme zum Schluss. - Das Medium Tageszeitung hat nach meiner Auffassung nur eine Chance, wenn es anderes bietet als flüchtige elektronische Medien. Statt also schnell, flach und kurz, muss es gründlich, vertieft und hintergründig sein. Daneben dürfen die historische Einbettung, Regionales und Vielfalt nicht fehlen.

Ich komme zu meinem letzten Satz: Da wir in unseren politischen Aktivitäten auf Vermittlung und - wenn es gut geht - Aufklärung angewiesen sind, würde es sich, so denke ich, lohnen, diese Entwicklungen

(Gisela Böhrk)

in den Printbereichen durch öffentliche kritische Debatten zu beleuchten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es würde sich in der Tat lohnen, einmal eine interessante medien- und demokratietheoretische Debatte zu führen, allerdings nicht anhand des Gesetzentwurfs, der uns hier vorliegt, Frau Kollegin Böhrk, weil ich tendenziell antidemokratische Tendenzen in den Aussagen erkenne. Soll künftig nur noch der wählen, der die „Blechtrommel“ gelesen hat? Gilt das Prinzip „one man one vote“ nicht mehr? Wohin kommen wir eigentlich, welche Gruppierung, welche Behörde, welcher Staat soll sich erdreisten festzustellen, wann jemand qualifiziert genug ist, am demokratischen Prozess teilzunehmen, und wann nicht? Sie stellen sich hin und sagen: Es gibt eine Verflachung der Medienlandschaft.

(Lothar Hay [SPD]: Ja!)

Das mag sein, das mag deine oder Ihre Wertung sein. Es gibt mit Sicherheit Tausende von Menschen, die das anders sehen, Tausende von Menschen, die sich abwenden, nicht nur von einer nicht unterhaltenden, sondern auch relativ sinnlosen Veranstaltung, die sich bei uns Politikprozess nennt, und die andere Prioritäten setzen als die, die ich möglicherweise habe, die Herr Buß möglicherweise hat, die Frau Böhrk möglicherweise hat. Aber zu erklären, die seien dann nicht demokratiereif, die dürften dann nicht mehr teilnehmen, weil sie nicht die tiefgründigen, philosophischen Erkenntnisse haben, die Sie haben, führt in der Tat zu der Frage, wer zukünftig an Wahlen noch teilnehmen soll.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ach, Frau Fröhlich, das ist ja das Gute mit Ihnen und Ihren guten Reden. Es ist für mich wieder einmal beeindruckend zu sehen: Ich verstehe davon nichts, ich bin aber innerlich beeindruckt und begeistert, dass ich mit Ihnen jemand im Parlament habe, der davon so viel versteht, dass er mir das hier gelegentlich deutlich machen kann.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

Es soll vorbei sein mit der Anonymität am Frühstückstisch. Es soll Schluss damit sein, dass man bei seiner allmorgendlichen Lektüre der Tageszeitung nur darüber informiert wird, was es Neues in der Welt oder in der eigenen Gemeinde gibt beziehungsweise welche Kommentare der eine oder andere Journalist zu diesem oder jenem Thema hat.

Nein, die schleswig-holsteinische Zeitungslandschaft soll mehr Transparenz bieten. Zeitungsleser sollen in Zukunft unmittelbar aus ihrem Blatt erfahren können, wem diese Zeitung - damit ist nicht die einzelne Ausgabe gemeint - gehört und wer sie finanziert. Darüber hinaus müssen Zeitungen, die regelmäßig ganze Seiten des redaktionellen Teils von anderen fertig übernehmen - und davon gibt es in Schleswig-Holstein die eine oder andere -, im **Impressum** den Verleger und verantwortlichen Redakteur des übernommenen Teils angeben. Wir sollten das noch auf die Rundfunksender ausweiten. Auch die sollten in ihrem Programm regelmäßig ausstrahlen, wer Anteilseigner der Rundfunksender ist.

Wie Innenminister Buß in seiner Pressemitteilung vom 21. August 2003 mitteilte, sollen die **Offenlegungspflicht** der Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse und der erweiterte Impressumszwang dafür sorgen, dass bei zunehmender Presseverflechtung die notwendige Transparenz erhalten bleibt. Minister Buß wörtlich:

„Für eine freie und demokratische Willensbildung ist es wichtig, dass die Leserinnen und Leser wissen, welche Geldgeber und Interessen hinter ihrer Zeitung stehen.“

Eine darüber hinausgehende Erklärung, warum es für die freie und demokratische Willensbildung der Leserinnen und Leser von Bedeutung sei zu erfahren, welcher Geldgeber hinter einer Zeitung steht, erfolgt nicht. Ich bin bisher davon ausgegangen, dass wir wollen, dass Zeitungen Meinungen machen, dass wir durch die Vielfalt der Meinungen in Zeitungen und Zeitschriften gerade eine Grundlage dafür haben, am demokratischen Willensbildungsprozess teilzunehmen. Jetzt habe ich vom Oppositionsführer gehört, Zeitungen sollten demnächst nur noch objektiv berichten. Ich stelle mir vor, wie es aussehen soll, dass Zeitungen nur noch objektiv berichten - unabhängig von der Frage, wer das festlegt.

Die Leserinnen und Leser wissen doch, welche Meinung, welche Farbe ein Blatt hat. Sie und ich und auch die Leserinnen und Leser wissen, dass die „Bild“-Zeitung kein linksradikales Kampfblatt ist. Wir wissen auch, dass der „Vorwärts“ mit Rechts nichts zu tun hat. Die spannende Frage ist doch nicht,

(Wolfgang Kubicki)

wem was gehört, sondern was an Informationen und Meinungen transportiert wird und ob wir durch unser Presserecht die **Vielfalt der Meinungen** garantieren, das heißt die Möglichkeit jedes einzelnen Bürgers dieses Landes, aus der Vielfalt der Meinungen das herauszusuchen, was er für richtig und wesentlich hält.

Herr Minister, ich unterstelle der Sozialdemokratie nicht, dass deshalb eine tendenziöse Berichterstattung in den Zeitungen erfolgt, an denen die Sozialdemokraten beteiligt sind, weil sie beteiligt sind. Ich bin sicher, dass viele Redaktionen, nicht nur Chefredaktionen, sondern auch Redakteure - Kollege Kalinka wird das möglicherweise aus seiner eigenen beruflichen Erfahrung bestätigen können -, sich im Hinblick auf die Pressefreiheit dagegen verwahren, dass die Anteilseigner wesentlichen Einfluss auf die redaktionelle Gestaltung der Zeitung nehmen. Das kann man nicht immer ausschließen. Dafür sind das die Eigentümer. Aber dass es eine durchgreifende tendenzielle Berichterstattung wegen der Eigentumsverhältnisse gibt, ist bisher nicht erklärt worden.

Den Verlagen, die dem Gesetzentwurf vorhalten, dass die Neuerungen einen weiteren **Eingriff in die verlegerische Freiheit** darstellten, wird entgegengehalten, dass die zusätzlich verlangten Angaben im Impressum bereits heute für jedermann im **Handelsregister** nachlesbar sind. Diese Aussage ist zutreffend. Aber auch sie erklärt nicht die Notwendigkeit der neuen Regelung. Ebenso wenig reicht der Hinweis aus, dass alle Bundesländer bis auf Hessen und Schleswig-Holstein entsprechende Inhalte in ihren Pressegesetzen kodifiziert haben. Es soll bei einem föderalen Staatsaufbau durchaus vorkommen, dass Länder unterschiedliche Regelungen treffen.

Zum Schluss bietet der Gesetzentwurf sogar noch eine bemerkenswerte Alternative zur anscheinend so wichtigen Offenlegung der wirtschaftlichen Beteiligungsverhältnisse von Zeitungen an, nämlich den Verzicht. So steht auf Seite drei des Gesetzentwurfs, dass auf die **Offenlegungspflicht** auch verzichtet werden könnte, „weil die bestehenden Regelungen ausreichen, die für eine freie demokratische Meinungsbildung wichtige Transparenz des Pressewesens zu gewährleisten“.

Wenn ich die Regierung mit ihrem Anspruch ernst nehme, nichts Überflüssiges zu schaffen, stelle ich mir die Frage, warum wir von der Regierung selbst als überflüssig erklärte Regelungen schaffen sollen. Deshalb werden wir im Ausschuss noch etwas intensiver beraten müssen.

In vielen Bereichen - Sie haben es gehört - war das Presserecht in Schleswig-Holstein anzupassen. Das ist auch gut so. Wir werden das im Ausschuss weiter beraten. Ich möchte noch eine kurze Anmerkung machen. Sie laufen mit Ihren Regelungen schon wieder der technischen Entwicklung hinterher und berücksichtigen sie nicht. Früher war es so, dass von dpa in die Redaktion Meldungen kamen, die man übernehmen oder einkürzen konnte oder musste. Heute ist es so, dass ganze Berichte hineinkommen, die am Tisch verändert werden können.

Nun stellt sich folgende spannende Frage: Wenn die ganze Berichte, ganze Seiten oder auch nur einzelne Artikel in ihre Rechner hineingespielt bekommen, die vom Redakteur am Tisch geändert werden mit ein oder zwei Sätzen, welche der Regelungen, die Sie vorschlagen, greift dann bei der Offenlegung? Was soll dann offen gelegt werden?

Herr Minister, wir werden noch sehr deutlich debattieren müssen, ob die technische Entwicklung in vielen Bereichen nicht bereits die gesetzlichen Regelungen, die jetzt von Ihnen angestrebt wurden, überholt hat.

Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss. Ich freue mich vor allen Dingen auf die Begründung der Offenlegungspflicht im Impressum der Zeitung.

(Beifall der Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP], Werner Kalinka [CDU] und Heinz Maurus [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Jahren hat sich die Medienpolitik in erster Linie mit dem Internet beschäftigt. Dieses neue Medium hat viele neue und bisher noch nicht gestellte Fragen aufgeworfen, auch im Zusammenhang mit dem Rundfunkrecht. Darüber dürfen wir aber nicht vergessen, dass auch die gute alte Zeitung einem rasanten Wandel unterworfen ist. Das ist hier schon mehrfach dargestellt worden.

Fast alle **Zeitungsverlage** sind aufgrund von Leserinnen- und Leser- sowie Anzeigenrückgängen zu Sparmaßnahmen gezwungen und kaufen daher komplette Zeitungsteile ein. Dies verstärkt die ohnehin vorhandene **redaktionelle Presseverflechtung**. Diese zunehmende redaktionelle Verflechtung erfordert also auch mehr wirtschaftliche Transparenz.

(Irene Fröhlich)

Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein berechtigtes Interesse daran zu wissen, wer hinter dem von ihnen gewählten Produkt mit welcher wirtschaftlichen Macht steht. Im Rundfunkrecht haben wir das sehr deutlich ausgedrückt. Das gilt umso mehr, wenn dies aus Informationen besteht, deren Wahrheitsgehalt die Hersteller selber nicht mehr in jedem Fall überprüfen können und manchmal vielleicht auch gar nicht wollen. Das Vertrauen in ein Medienprodukt entsteht unter anderem dadurch, dass Transparenz darüber besteht, welche Menschen hinter dem Programm oder der Zeitung stehen.

Die Presseverflechtung und die zunehmende Konzentration auf wenige Akteure in der Medienwirtschaft erschweren den Normalverbrauchern den Durchblick. Der vorliegende Entwurf zur Änderung des Presserechts schafft hier - zumindest für den Bereich der Printmedien - mehr Klarheit und das begrüßen wir.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der zweite wichtige Punkt des Gesetzentwurfs betrifft die **Datenschutzvorschriften** für Medienunternehmen. Hier ist das Landesrecht an das veränderte Bundesdatenschutzgesetz angepasst worden. Das **Medienprivileg** ist gegenüber dem alten Bundesdatenschutzgesetz weitestgehend erhalten geblieben. So wichtig auch das Grundrecht der Pressefreiheit ist: Von den Presseorganen geht eine große Gefahr für die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen aus. Daher ist es für mich doch fraglich, ob in Datenschutzfragen eine rein **freiwillige Selbstkontrolle** des Deutschen Presserats ausreichend ist. Das werden wir im Auge behalten müssen.

Ich denke, alles in allem haben wir eine gute Vorlage für eine produktive Ausschussberatung. Die sollten wir nutzen, um weitere, möglicherweise auch technische Fragen zu klären. Daher ist es sehr wichtig, eine gute Anhörung zu organisieren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

„Die Journalistik ist die treuherzige und unverfängliche Kunst, das Volk von dem zu un-

terrichten, was in der Welt vorfällt. Sie ist eine gänzliche Privatsache und alle Zwecke der Regierung, sie mögen heißen, wie man wolle, sind ihr fremd.“

So schreibt Heinrich von Kleist 1809 in seinem „Lehrbuch der französischen Journalistik“, in dem er die staatliche Einflussnahme des Staatsmannes Talleyrand auf die Zeitungen anprangert. Heute ist das Problem der staatlichen Einmischung nicht mehr so groß; die folgenden zwei Jahrhunderte haben uns letztlich mit Demokratie und Pressefreiheit gesegnet.

Es geht aber heute noch um weitere Problemfelder, zum Beispiel um den **Lauschangriff**. Es gibt immer noch Machthaber, die die Berichterstattung kontrollieren möchten. Aber unsere Rechtsordnung respektiert die journalistische Freiheit. Diese ist ein so hohes Gut, dass andere Grundsätze, wie der des Datenschutzes, dagegen aufgehoben werden müssen. Deshalb ist es richtig, die Anforderungen an den Datenschutz in den Redaktionen den Bedürfnissen einer freien Berichterstattung anzupassen.

Aber es hat sich auch ein anderes Problem entwickelt, das mindestens genauso viel Beachtung verdient wie der Einfluss staatlicher Macht auf die Medien. Medienmacht ist bei Menschen konzentriert, die nicht unbedingt ein politisches, mit Sicherheit jedoch ein ökonomisches Interesse haben. Auch dieses Phänomen ist nichts Neues.

Ferdinand Lassalle schrieb schon 1863 in einem Anfall gegen die Kommerzialisierung der Presse:

„Wenn jemand Geld verdienen will, so mag er Cotton fabrizieren oder Tuche oder an der Börse spielen. Aber dass man um schnödes Gewinnes willen alle Brunnen des Volksgeistes vergifte und dem Volke den geistigen Tod täglich aus tausend Röhren kredenze, es ist das höchste Verbrechen, das ich fassen kann.“

(Beifall bei der SPD)

Heute haben wir zwar ein anderes Bild von der Pluralität privater Unternehmen in der Medienlandschaft, aber wir leben in einer Mediengesellschaft, die Lassalle vermutlich in den Selbstmord getrieben hätte.

Trotzdem gilt es heute umso mehr, aufmerksam die **Einflüsse** zu beachten, die die **Medienlandschaft** prägen. Die wirtschaftliche Konkurrenz ist enorm. Die Interessenlagen sind verworren. Und die aufklärerischen journalistischen Ideale eines von Kleist oder eines Lassalle lassen sich in vielen privaten Medien nicht einmal mehr ansatzweise erkennen.

(Silke Hinrichsen)

Ich finde, es ist eine bedenkliche Entwicklung, dass es mittlerweile schon möglich ist, in nahezu allen Printmedien **fremdproduzierte Nachrichten** und Berichte unterzubringen, ohne dass diese gekennzeichnet oder erkennbar wären. Es ist das Mindeste, dass solche Zeitungen, die regelmäßig ganze Seiten von Dritten beziehen, dies kenntlich machen müssen.

Angesichts der Tatsache, dass Schleswig-Holstein dies erst als vorletztes Bundesland in sein Presserecht einführt, muss man auch sagen: Endlich. Ob das dann wirklich ausreichend ist, können wir an anderer Stelle diskutieren.

Ich nenne noch das Problem, zu dem vorhin Kollege Kubicki etwas ausgeführt hat: Was sind geringfügige redaktionelle Änderungen? Und von wem stammt ein so geänderter Bericht letztlich?

Ebenso richtig und wichtig ist, dass die Zeitungen und Zeitschriften zukünftig im **Impressum** veröffentlichen müssen, welche **Inhaber und Beteiligungen** hinter dem Medium stehen. Die starke Konzentration, die auf diesem Markt stattgefunden hat und gegenwärtig noch stattfindet, stellt nach unserer Ansicht eine Bedrohung der Vielfalt von Meinungen und Themen dar. Deshalb ist es notwendig, dass solche Verflechtungen öffentlich gemacht werden, um auf mögliche Interessenlagen eines Presseorgans hinzuweisen.

Auch hier hat Schleswig-Holstein nach Bekunden der Landesregierung einen im Ländervergleich eher moderaten Weg gewählt. Auch hier gilt: Das ist wohl das Mindeste.

Diese und die anderen Regelungen des Gesetzentwurfs stellen eine Verbesserung dar. Wir werden im Ausschuss aber sicherlich noch weiter darüber diskutieren, welche Auswirkungen sie haben werden. Viele Probleme sind ja eben genannt worden. Jedenfalls freue ich mich auf eine hoffentlich konstruktive Ausschussberatung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag gemäß § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es sind zwei Bemerkungen gefallen, auf die einzugehen sich lohnt.

Frau Böhrk hat das Thema der mengenmäßigen Anteilsverhältnisse angesprochen. Ich glaube, es ist weniger ein Problem, dabei die bundesweite Statistik zu Rate zu ziehen. Denn hier geht es um die tatsächliche Monopolsituation, die in einer Region besteht. Hier liegt eine Schwierigkeit, die wir zu diskutieren haben.

Bundesweit mag der statistische Wert bei nur 3 % liegen. Aber wenn man in einem bestimmten Einzugsbereich praktisch eine **Monopolsituation** hat, dann liegt hier das eigentliche Problem mit Blick auf die Pressefreiheit.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

- Ach, wissen Sie, bleiben Sie in Lübeck und bei der Sozialpolitik und lassen Sie hierzu andere sprechen! Hier geht es um das Thema, in welchem regionalen Einzugsbereich man welche Monopolsituation mit welchen Anteilen hat. Diese Diskussion gilt für alle Bereiche. Es geht nicht um die Frage, wie man mengenmäßig bundesweit organisiert ist. Man muss es auf den **Einzugsbereich** beziehen.

(Widerspruch des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

- Wolfgang, wir haben Regionen, in denen bestimmte Verlage heute bei 70 oder 80 % stehen. Als Beispiele nenne ich Leipzig und Verlage im Norden. Da gibt es Monopolsituationen; das kann man nicht bestreiten.

Meine zweite Bemerkung mache ich zu dem Verhältnis von **Abhängigkeit** und Macht; das richtet sich an Wolfgang Kubicki. Mein Eindruck ist, dass wir ein inneres Problem zwischen Journalisten und Politikern haben. Nach meiner Beobachtung und Erfahrung sind es eigentlich weniger die Verlagsspitzen oder die Verleger, die sich einmischen. Heute sind die tatsächlichen Macher in den Redaktionen diejenigen, die an den Mikrofonen das Sagen haben. Das verengt sich manchmal auf ganz wenige Meinungsbildner, die in einem Land selber die Meinung machen können. Diese Situation ist tatsächlich vorhanden. Wir müssen uns damit auseinandersetzen.

Wenn man in einem Land nur ganz wenige, monopolausgerichtete Konzernbereiche hat und sich die tatsächliche Meinungsbildung auf wenige reduziert, dann stellt sich die Frage, wer wirklich etwas zu sagen hat.

Darüber hinaus haben wir heute eine Situation, in der häufig Themen nicht vorhanden sind, sondern gemacht werden. Der Journalismus lebt heute davon, dass man die Informationen vom nächsten Tag hat. Häufig gibt es aber gar keine Probleme. Aber am nächsten Tag muss auf der Zeitungsseite ordentlich

(Werner Kalinka)

etwas stehen. Deswegen werden heute häufig Themen gemacht, obwohl sie gar nicht da sind.

An diesem Zustand - das soll die letzte Bemerkung sein - sind natürlich beide Seiten, also auch die Politiker, schuld. Wir haben eine Abhängigkeit zwischen Politik und Journalismus. Sie definiert sich in eigenen Spielregeln. Da ist zu überlegen, was unter welchem Abschnitt gesagt wird. Viele haben ein Herrschaftswissen. Dessen Grundlagen reichen ein Stück zurück. Wer sich aber im richtigen Augenblick outet, läuft keine Gefahr, nachher deshalb angegriffen zu werden.

Diese Frage der eigenen Spielregeln in dem Verhältnis zwischen Politik und Journalismus ist das eigentliche Problem der Abhängigkeit, die heute bei den Medien besteht.

(Beifall bei der CDU sowie vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Um 15 Uhr fahren wir mit Tagesordnungspunkt 20 fort. Ich wünsche Ihnen eine gute Mittagspause.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:07 bis 15:01 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Nachmittagsitzung.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen

Antrag der Fraktion CDU
Drucksache 15/2833

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2851

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schwarz.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In Vertretung von Frau Eisenberg!)

Caroline Schwarz [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe treue Kolleginnen und Kollegen, die Sie hier sind!

(Beifall)

Frau Fröhlich hat es eben schon gesagt: Ich rede für Frau Eisenberg, deren Tochter heiratet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es darf nicht sein, dass wieder einmal am Parlament vorbei schleichend Fakten geschaffen werden, die dieses Mal im Bereich der Berufsschulen zu einer strukturellen Veränderung der beruflichen Bildung im Land führen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ulf von Hiemcrone [SPD])

- Lieber Ulf, es wird gleich wieder nett. - Der Entwurf eines Konzeptes zur vermehrten **Einrichtung** von **Bezirksfachklassen** und **Landesberufsschulen**, der dem Finanzausschuss im März 2003 vorgelegt wurde, verstärkt diese Vermutung und veranlasst uns, die CDU-Landtagsfraktion, dieses Thema heute zum Thema im Landtag zu machen. Selbstverständlich sind wir der Auffassung, dass die Ressourcen gerade im Bildungsbereich sachgerecht und effizient eingesetzt werden müssen.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Aber!)

- Nicht aber! - Wir sind auch der Auffassung, dass zu kleine Fachklassen diesem Ziel widersprechen. Allerdings sind nicht nur ökonomische Kriterien anzulegen, sondern auch die bildungspolitischen und die wirtschaftlichen Fragen für die jeweilige Region müssen bedacht werden.

Wenn Fachklassen in Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen konzentriert werden, steht zu befürchten, dass das bisherige gemeinsame Ziel der **wohnortnahen Beschulung** im schulischen Teil der Berufsausbildung über Bord geworfen wird, wie es sich bereits jetzt bei der Konzentration der Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen zeigt. Eine besondere Konzentration findet in Lübeck und in Kiel statt. Diese Entwicklung vernachlässigt bereits jetzt die strukturschwachen Regionen. Man muss befürchten, dass diese Entwicklung durch die Absicht der Landesregierung, vermehrt Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen einzurichten, verstärkt wird - zum Nachteil der strukturschwachen Regionen.

Jetzt noch zur Ausbildung bereite Betriebe werden keine Bereitschaft zur Ausbildung mehr zeigen, wenn sie ihre Auszubildenden in einen 100 km oder weiter entfernten Ausbildungsort schicken müssen, vom Zeitverlust und dem notwendigerweise zu erstattenden Fahrgeld einmal ganz zu schweigen. Deshalb

(Caroline Schwarz)

muss zunächst eine genaue **Analyse der Auswirkungen** bestehender und zukünftiger Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen **auf die Ausbildungsbereitschaft** der Betriebe in den Regionen geprüft werden. Weiter ist eine genaue Analyse der Möglichkeiten einer ortsnahen Beschulung notwendig. So sollte zum Beispiel die Zusammenfassung der ersten Ausbildungsstufe mehrerer Berufe bei überwiegend gleichen Inhalten - ich nenne im Baubereich Tischler und Holzmechaniker oder im Bereich Nahrung Hotelfach und Restaurantfach - geprüft werden. Eine notwendige Differenzierung könnte dann in der zweiten oder dritten Fachstufe erfolgen.

Außerdem muss gerechnet werden. Welche Einsparungen gibt es im Bereich Lehrkräfte? Welche Einsparungen haben die Schulträger im Abgleich zu den erheblichen Mehrkosten, die auf die Schulträger durch den Schullastenausgleich und den erhöhten Verwaltungsaufwand zukommen?

Leider ist davon auszugehen, dass Sie diese dringend notwendigen Analysen und Prüfungen gar nicht wollen - so nach dem Motto: Augen zu und durch! Wenn das so ist, bleibt der neue Organisationsplan der Landesregierung wieder einmal ein konzeptionsloses Stückwerk, das einzelne Regionen benachteiligt und nicht dazu beiträgt, die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe in den einzelnen Regionen zu verbessern, sodass damit letztlich die Wirtschaftskraft der ohnehin schon strukturschwachen Regionen verringert wird.

Mit unserem Antrag, auf der Basis einer genauen Analyse des Istzustandes und des Sollzustandes ein Gesamtkonzept zu entwickeln, wollen wir genau dies verhindern. Deshalb bitte ich, auch wenn ich von einer anders lautenden Beschlusslage bei der SPD-Fraktion und den Grünen gehört habe, herzlich um Überweisung in den Fachausschuss.

(Beifall bei CDU und FDP - Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Jedem Dorf seine Berufsschule!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Jacobs das Wort.

Helmut Jacobs [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Mai hat das Bildungsministerium im Auftrag der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ des Finanzausschusses einen Bericht zur **Einrichtung von Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen** vorgelegt. Es geht dabei um die Umsetzung der schulgesetzlichen Verpflichtung, Frau Schwarz, nicht am

Parlament vorbei - das steht so im Schulgesetz - und darum, Personal- und Sachmittel so effizient wie möglich zu verwenden, indem statt zu kleiner Berufsschulklassen regionale oder landesweite Einheiten gebildet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in diesem Konzept ausführliche Informationen und Daten über Ausbildungsberufe und Berufsschulstandorte in Schleswig-Holstein erhalten, über Schülerzahlen, bestehende Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen, über das Verfahren zu ihrer Einrichtung, über Planstellenbemessung, Schulkostenbeiträge und Klassenbildung. Außerdem wurden Standorte und Berufe aufgelistet, die nur geringe Schülerzahlen haben. Im Ergebnis sind die Schulleitungen dem Auftrag zur Bildung von jahrgangs- und berufsübergreifenden Klassen nachgekommen. Das sei hier lobend hervorgehoben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Das vom Ministerium mit dem Landkreistag, dem Städteverband und einzelnen Schulträgern erarbeitete **Konzept** sieht vor, im Herbst in einem mehrstufigen Verfahren Vorschläge für die Konzentration von Berufsschulstandorten für Berufe mit wenigen Auszubildenden für das Schuljahr 2004/2005 zu entwickeln. Ausbildungsbetriebe und -einrichtungen sollen frühzeitig eingebunden werden. Vor der endgültigen Festlegung der Standorte erfolgt das **Anhörungsverfahren**.

Ziele sind Sicherung und Steigerung der Unterrichtsqualität, effizienter Lehrereinsatz, zumutbare Schulwege, vertretbare Sachkosten und ein fairer Wettbewerb zwischen den Schulstandorten.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und - das ist vielleicht der wichtigste Punkt -: Die **Ausbildungsbereitschaft der Betriebe** soll nicht beeinträchtigt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Caroline Schwarz [CDU]: Wie wollen Sie das denn hinkriegen?)

- Weil es - das sage ich ja gerade - eine Rückkopplung mit den ausbildenden Betrieben vor Ort geben wird.

(Martin Kayenburg [CDU]: Prinzip Hoffnung!)

Jede Einzeleinrichtung von Bezirksklassen musste auch in der Vergangenheit individuell geregelt wer-

(Helmut Jacobs)

den. Dort sind stets flexible Lösungen gefunden worden. Auch die CDU kennt dieses schlüssige Konzept seit drei Monaten. Nun hat sie festgestellt, dass die Landesregierung Stückwerk plant. Sicher ist es das gute Recht der Opposition, alles schlecht zu finden, was aus dem Bildungsministerium kommt,

(Zurufe von der CDU)

und deswegen möglichst viel Sand ins Getriebe zu streuen. Deshalb wird wieder einmal ein weiteres Gesamtkonzept gefordert, das nur nach langwierigen wissenschaftlichen Untersuchungen erstellt werden kann.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Das würde nicht nur Zeit, sondern auch eine Menge Geld kosten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist ein Ding! Das Ministerium arbeitet ohne Gesamtkonzept!)

- Wir haben es ja. Es gibt ein Gesamtkonzept, Herr Kayenburg. Ich habe gerade gesagt: Es liegt seit drei Monaten vor. Sie aber wollen noch mehr. Vielleicht haben Sie es nicht verstanden. Sie wollen wissenschaftliche Untersuchungen, Gutachter einschalten und Geld ausgeben, das wir angeblich haben.

(Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Und dann beschweren Sie sich über die Kosten!)

Im Antrag ist mehrfach von genauen Analysen und Prüfungen sowie von Stärken- und Schwächenanalysen die Rede, die doch ohnehin selbstverständlich sind und regelmäßig von den betroffenen Schulen in die Abstimmungsprozesse eingebracht werden. Außerdem wird eine Zusicherung verlangt, dass die eingesparten Stunden an den Berufsschulen verbleiben. Einer solchen Zusicherung bedarf es nicht, weil es im Konzept ausdrücklich heißt, dass die Umsetzung des Konzeptes die **Unterrichtsversorgung** der Berufsschulen verbessern soll. Außerdem wäre eine Verlagerung von ersparten Stunden auf die allgemeinbildenden Schulen schon deshalb kontraproduktiv, weil die duale Ausbildung immer stärker in die Berufsschulen verlagert wird. Die Zahl der berufsvorbereitenden Klassen und berufsqualifizierenden Vollzeitbildungsgänge wächst stetig. 1992 gab es in Schleswig-Holstein rund 400 berufsvorbereitende Vollzeitsklassen; jetzt sind es bereits mehr als 500. Dieser Verschiebung zulasten des Landes lässt sich durch die Einrichtung von Bezirksfachklassen gegensteuern.

Wir lehnen den CDU-Antrag ab, weil in ihm Forderungen aufgestellt sind, die bereits Bestandteil des im

Mai herausgegebenen Konzepts der Landesregierung sind. Unser Antrag setzt sich für einen effizienten Einsatz von Ressourcen in der beruflichen Bildung ein und bestärkt die Landesregierung darin, bei der Einrichtung von Bezirksfachklassen der Ausbildungsbereitschaft höchste Priorität einzuräumen. Ich bitte, über die Anträge heute im Parlament abzustimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vorab eine Bitte an die Kollegen der anderen Fraktionen und insbesondere der beiden Koalitionsfraktionen: Ich möchte Sie dringend darum bitten, die beiden Anträge an den Bildungsausschuss zu überweisen, damit wir über einige Punkte im Zusammenhang mit dieser sehr ins fachliche Detail hineingehenden Materie noch einmal reden können.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Ich glaube, dass es auf diese Weise möglich wäre, bestimmte Fehlentwicklungen zu verhindern, ohne dass Sie den zugegebenermaßen mit einem relativen Aufwand verbundenen Antrag der Union mittragen. Ich finde, dass man in der Sache über einige Dinge reden muss und dass es Verbesserungen am bisher vorliegenden **Konzept** der Landesregierung **über die Einrichtung von Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen** geben kann und geben muss.

Vordergründig klingt es natürlich sehr plausibel, wenn man sagt, es sollen aus Gründen der **Wirtschaftlichkeit** vermehrt Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen dort eingerichtet werden, wo man sozusagen in kleinen Ausbildungsberufen nur geringe Schülerzahlen hat, also eine Konzentration an Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen. Mit starren Vorgaben geht das Konzept der Landesregierung jedoch an der Realität im Bereich der Berufsschulen schlichtweg vorbei. Das betrifft insbesondere die Tatsache, dass Bezirksfachklassen immer dann einzurichten sind, wenn in den ersten beiden Jahren in einem Ausbildungsberuf die Mindestzahl von 30 Berufsschülern nicht erreicht werden kann. Es wird hier also praktisch eine **Mindestklassenstärke** von 15 Schülern vorgeschrieben. Weshalb das auch im Sinne eines wirtschaftlichen Mitteleinsatzes, Frau

(Dr. Ekkehard Klug)

Kollegin Heinold und die anderen Kollegen aus der Haushaltsprüfgruppe, nicht unbedingt eine sinnvolle Vorschrift ist, will ich Ihnen kurz an einem Beispiel erläutern, das nicht fiktiv ist, sondern das Sie in der Realität der Berufsschulen dieses Landes wieder finden können. Schule A erreicht in einem Ausbildungsberuf die Mindestklassenstärke 15. Weil die Schüler dort aber sehr unterschiedliche Bildungsvoraussetzungen mitbringen, muss der fachpraktische Unterricht zum Teil differenziert erteilt werden. Das heißt vom Lehrerstundeneinsatz her: Acht Berufsschulstunden werden gemeinsam unterrichtet, und zweimal vier Stunden berufspraktischer Unterricht werden in getrennten Lerngruppen erteilt. Dies bedeutet, für diese 15 Berufsschüler werden 16 Lehrerwochenstunden eingesetzt. In einer anderen Berufsschule gibt es in der Klasse des gleichen Ausbildungsberufs 12 Schüler. Weil diese jedoch ähnliche Bildungsvoraussetzungen mitbringen, können sie alle gemeinsam unterrichtet werden. Das heißt, für 12 Schüler werden 12 Lehrerwochenstunden eingesetzt.

Ich denke, für jeden, der rechnen kann, dürfte klar sein, dass es Unsinn wäre, der zweiten Schule ein solches Bildungsangebot zu verbieten, und zwar mit dem Argument der Wirtschaftlichkeit. Ich finde, dass auch die hochgeschätzten Mitglieder der Haushaltsprüfgruppe des Finanzausschusses, wenn man etwas tiefer in die Materie einsteigt, erkennen müssten, dass man bei den Bestrebungen des Landes zu einem wirtschaftlichen Mitteleinsatz eine etwas größere Flexibilität zugrunde legen sollte und dass mit diesen starren Vorschriften das Gegenteil von dem erreicht werden könnte, was eigentlich angestrebt wird, nämlich ein wirtschaftlicher Mitteleinsatz.

Meine Damen und Herren, mit dem Instrument des **Personalbemessungsverfahrens**, das ja die Lehrerstellenzuteilung an die Kopffzahlen der Schüler bindet, haben wir ein Instrumentarium, das die Schulen von vornherein dazu zwingt, mit den ihnen zugeteilten Ressourcen möglichst wirtschaftlich umzugehen. Sonst könnten sie ja überhaupt nicht über die Runden kommen. Die Schulen haben dies - das ist schon von Herrn Jacobs erwähnt worden - in der Praxis in der Vergangenheit dadurch bewiesen, dass sie in kleinen Ausbildungsberufen, wo immer das möglich ist, Ausbildungsberufe zusammenlegen oder - darauf haben Sie hingewiesen - dass jahrgangsübergreifend unterrichtet wird. Die berufsbildenden Schulen haben sich also sehr verantwortungsvoll verhalten. Das ist durch die Praxis in der Vergangenheit bewiesen. Sie haben mit dem Konzept der regionalen Berufsbildungszentren den Weg einer größeren Eigenverantwortung der Schulen beschritten. Wenn jetzt wieder für alle berufsbildenden Schulen sozusagen durch eine Verord-

nung des Landes ein sehr starres Raster, das möglicherweise in der Praxis das Gegenteil dessen verursacht, was eigentlich angestrebt ist, nämlich Wirtschaftlichkeit, eingeführt wird, dann widerspricht das auch dem Ansatz eines eigenverantwortlichen sinnvollen Umgangs mit den vom Land nach bestimmten rationalen Kriterien zugewiesenen Ressourcen.

Man sollte darüber nachdenken, ob das so, wie es angedacht ist, also in dieser Vorschriftenstruktur, wirklich sinnvoll ist. Deshalb bitte ich noch einmal um Überweisung in den Bildungsausschuss. Ich weise auch darauf hin - das ist bereits erwähnt worden -, dass natürlich für die Schulen vor Ort, und nicht nur für die Schulen, die Präsenz eines regionalen Ausbildungsangebotes ein großer Wert ist. Wenn in einem Ausbildungsberuf durch Bildung einer Bezirksfachklasse ein Angebot erst einmal aufgelöst worden ist, dann wird das so schnell nicht wieder eingerichtet. Möglicherweise haben die Schulträger dann für die Ausstattung ihrer Berufsschule Investitionen - in manchen technischen Berufen auch relativ kostspielige Investitionen - in den Sand gesetzt. Wenn Unterricht in dem Bereich nicht mehr stattfindet, ist das im Grunde genommen eine Investition, die man in den Sand gesetzt hat. Es kann auch durchaus für das Ausbildungsplatzangebot allen Versicherungen zum Trotz vor Ort zu einem Problem werden, weil sich mancher Auszubildende sagt, dass er sich einen Ausbildungsplatz dort sucht, wo man ein Berufsschulangebot findet. Das wäre eine Entwicklung, die gerade für den ländlichen Raum in Schleswig-Holstein nicht sinnvoll wäre.

Mit anderen Worten: ein klares Bekenntnis zu einem wirtschaftlichen Mitteleinsatz aber bitte mit vernünftigen Instrumentarien und mit der Flexibilität, die dem Verantwortungsbewusstsein, das unsere berufsbildenden Schulen im Lande in einem hohen Maße in der Vergangenheit an den Tag gelegt haben, gerecht wird.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde, wir führen im Moment eine sehr konstruktive Debatte. Es handelt sich um ein ernstes Problem. Wir haben die Situation, dass wir eine zunehmende Zahl von Berufen, abnehmende Schülerzahlen und gleichzeitig einen wachsenden Anteil von Vollzeitschülern

(Karl-Martin Hentschel)

an den Berufsschulen, wie Herr Klug bereits ausgeführt hat, haben. Hier entsteht natürlich die Situation, dass, wenn man die Strukturen so lässt, wie sie sind, immer kleinere Klassen entstehen. Dies ist dann sehr teuer und nicht sinnvoll. Von daher ist es logisch, dass sich das Ministerium überlegt, wie man mit den **Ressourcen wirtschaftlich umgehen** und Ausbildungsgänge zusammenführen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hierbei ist eine ganze Reihe von Punkten zu beachten, zum Beispiel - das hat Herr Klug bereits angesprochen - die Entwicklung der beruflichen Schulen hin zu **autonomen Berufsbildungszentren**. Dies finde ich einen wunderbaren Weg, den wir alle gemeinsam beschritten haben, der natürlich auch besagt, dass die Berufsschulen mehr Regelungskompetenzen erhalten sollen. Das Problem ist natürlich, wenn Sie nur fünf Schüler für einen Berufsschulzweig haben, dann stellt sich die Frage, was Sie mit denen anfangen wollen.

Der zweite Punkt ist die Frage der ständigen **Differenzierung unserer Ausbildungsgänge**. Wir müssen grundsätzlich darüber nachdenken, ob wir nicht in wesentlich weniger Berufen ausbilden und die Berufe mehr zu Berufsfelder zusammenfassen sollten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte das auch deshalb unbedingt für erforderlich, weil Untersuchungen zeigen, dass drei Jahre nach Abschluss der Lehre nicht einmal mehr 50 % der ausgebildeten Gesellen in ihrem Beruf arbeiten. Das macht deutlich, wie weit die Berufsausbildung mit dem, was nachher im Beruf stattfindet, auseinander klafft und dass unsere Berufsbilder viel zu eng sind, um sich auf das tatsächlich viel flexiblere und viel variantenreichere Berufsleben vorzubereiten. Das ist der zweite Grund. Wenn wir weniger Berufe und mehr Berufsfelder hätten, hätten wir auch weniger Probleme mit der Größe der Klassen.

Die Differenzierung nimmt noch weiter zu, wenn wir Berufe anschauen, wo es unterschiedliche Längen einer Ausbildung gibt. Beispiele dafür sind der Versicherungsbereich und der kaufmännische Bereich. Da gibt es zweijährige Ausbildungsgänge für Abiturienten und da gibt es zweieinhalbjährige und dreijährige Ausbildungsgänge. Wenn die Schule entsprechende Klassen bildet, können Sie sich vorstellen, dass sie dann bereits für ein Berufsfeld drei verschiedene Klassen einrichten muss. Das ist eine Verrücktheit, gegen die man meines Erachtens nur ankommt, wenn man zu neuen Konzepten kommt. Und das **neue Konzept** heißt: **Modularisierung von Lerneinheiten**. Das bedeutet aber wiederum, dass die Berufs-

schule das testifizieren kann. Das kann sie zurzeit nicht, denn als Testat entscheidend für den Abschluss der Berufsausbildung ist nicht die Berufsschule, sondern sind ganz allein die Innungen beziehungsweise die Berufsverbände. Das ist auch ein Problem, über das geredet werden muss. Die Berufsschullehrer klagen seit langem, dass das, was sie den Schülern beibringen, für die Schüler nachher völlig irrelevant für ihren Abschluss ist und es deshalb bei den Schülern oft auch an Motivation fehlt. Das ist auch ein Problem, mit dem wir es auf dem Felde der Berufsbildung zu tun haben.

Es bleibt weiter die Frage: Hat **Zentralisierung** Sinn oder nicht? - In vielen Bereichen ist die Zentralisierung sowieso schon gegeben, denn die Innungen mit ihren überbetrieblichen Ausbildungszentren haben häufig schon von sich aus ihre Lehrgänge zentral angelegt. Man braucht nur einmal nach Lübeck oder nach Itzehoe zu gehen. Da kommt halb Schleswig-Holstein zusammen. Die Auszubildenden fahren dorthin und machen dort ihren Blockunterricht. Wenn das die überbetrieblichen Ausbildungszentren machen, frage ich mich, warum das nicht auch die Berufsschulen machen sollten. Noch schlauer wäre es - wie es in einigen Berufen auch schon passiert -, wenn sie es gemeinsam machen würden. Das heißt, die überbetrieblichen Ausbildungszentren und die Berufsschulen könnten **abgestimmte Lehrpläne** haben, die zusammen durchgeführt werden, wie es an einigen Berufsschulen schon gemacht wird und wie es auch Sinn der überregionalen Bildungszentren ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dadurch werden dann auch die Stundenpläne aufeinander abgestellt. Und auch die Betriebe haben dann nicht das Problem, dass die Auszubildenden ein oder zwei Tage in der Woche fehlen, sondern die Auszubildenden fahren zwei Wochen zum Blockunterricht und nehmen dort sowohl am überbetrieblichen Unterricht als auch an dem Unterricht der Berufsschule teil und kommen dann wieder in den Betrieb und stehen dem Betrieb für den nächsten Arbeitsauftrag wieder voll zur Verfügung. Das ist viel sinnvoller.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch einmal zu den beiden Anträgen: Ich finde, das Ministerium hat einen notwendigen und richtigen Weg beschritten. Deshalb bin ich dagegen, dass das Verfahren jetzt gestoppt wird. Und die vielen Fragen des CDU-Antrages zielen ganz eindeutig darauf ab, diesen Prozess zu stoppen und zu sagen: Jetzt, wo es konkret wird, fangen wir wieder alle noch einmal von

(Karl-Martin Hentschel)

vorne an nachzudenken. Wenn man so Politik macht, wird man nie zu einem Ergebnis kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Henning Höppner [SPD])

Das kann nicht funktionieren. Deshalb bin ich dagegen, den CDU-Antrag an den Ausschuss weiter zu schicken. Ich bin vielmehr dafür, den CDU-Antrag jetzt abzulehnen und klarzumachen, dass wir dem Ministerium die Freiheit geben, jetzt mit den Anhörungen zu beginnen und mit dem Prozess loszulegen. Trotzdem hat Herr Dr. Klug Recht, dass es sinnvoll ist, diesen Prozess im Ausschuss zu begleiten und im Ausschuss intensiv über diese Fragen zu reden und dass auch die Probleme, die die Abgeordneten vor Ort erleben, angesprochen und in den Prozess eingebracht werden. Insofern schlage ich vor, dass wir unseren Antrag jetzt nicht verabschieden, sondern in den Ausschuss überweisen, sodass im Ausschuss dann über die Behandlung des Antrages genau die Diskussion, die Herr Dr. Klug gefordert hat, durchgeführt werden kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung stellt in ihrem Bericht das **Gesamtkonzept zur vermehrten Einrichtung von Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen** vor. Dieses Konzept hat sie in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern des Landkreistages, des Städteverbandes und einzelner Schulträger erarbeitet. Ziel des Gesamtkonzeptes ist die Gewährleistung der Qualität des Unterrichts, der effiziente Lehrereinsatz, zumutbare Schulwege für die Auszubildenden, vertretbare Sachkosten, die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und ein fairer Wettbewerb der Schulstandorte. Grundsätzlich unterstützt auch der SSW dieses Ziel.

Dem Bericht ist zu entnehmen, dass eine Analyse der Schulstatistik des Schuljahres 2001/2002 deutlich gemacht hat, dass es an 33 von 39 Berufsschulstandorten in Schleswig-Holstein zu geringe Schülerzahlen gegeben hat. Hier wurden die Zielgrößen von 15 Auszubildenden pro Klasse und 45 Auszubildenden pro Ausbildungsberuf für einen Berufsschulstandort unterschritten.

Deshalb müssen nun Wege gefunden werden, um künftig allzu kleine Klassen an allzu vielen Standorten zu vermeiden. Daher strebt die Landesregierung die Streichung zu kleiner Berufsschulklassen an. Die Auszubildenden sollen dann in Berufsfachschulen oder Landesberufsschulen zusammengeführt werden. Dass diese Nachricht zur Verunsicherung an vielen beruflichen Schulen im Land geführt hat, dürfte niemanden verwundern. Daher ist es wichtig, dass die Landesregierung bei der künftigen Gestaltung der Berufsschullandschaft das Gespräch mit allen Beteiligten sucht und sie mit ins Boot holt. Der Bericht hat deutlich gemacht, dass diese Bestrebungen bereits von der Landesregierung geleistet werden. Das ist auch gut so. Nur wenn sie die notwendige Einigkeit mit den Beteiligten erzielt, lassen sich die Pläne zur vermehrten Einrichtung von Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen verwirklichen.

Besonders hervorheben möchte ich, dass es bei der künftigen Auswahl von Bezirksfachschulen und Landesberufsschulen insbesondere darauf ankommen muss, dass es zu einem zwischen den ländlichen und städtischen Standorten ausgewogenem Verhältnis kommt. Der bisherige Trend zu den Oberzentren darf sich nicht fortsetzen. Die **ländlichen Standorte** dürfen nicht als Verlierer aus der Neugestaltung hervorgehen. Deshalb müssen bei der Auswahl der Standorte transparente Qualitätskriterien zugrunde gelegt werden. In diesem Zusammenhang ist der Dialog mit der Wirtschaft, nicht zuletzt mit den Ausbildungsbetrieben, ganz besonders wichtig. Die Landesregierung muss deutlich machen, dass die Qualität des Unterrichts gewährleistet bleibt, auch wenn dies auf Kosten einer ortsnahen Beschulung geht. Das gilt auch für die Auszubildenden, auf die ein längerer Schulweg zukommt. Hier müssen anfallende Transport- und Unterbringungskosten berücksichtigt werden.

Das Konzept, kleinere dezentrale Berufsschulklassen zu Bezirksfachschulen oder zu Landesberufsschulen zusammenzuführen, ist aus ökonomischer Sicht durchaus attraktiv. Doch scheint die **Finanzierungsfrage** noch ungeklärt und solange sind alle Lösungsversuche zum Scheitern verurteilt. Das geht deutlich aus dem Bericht hervor. Damit kein falsches Bild entsteht: Der SSW steht dem Gesamtkonzept ganz offen gegenüber. Aber mir scheint, dass es bis zur Umsetzung des Konzeptes noch einiger Bemühungen der Landesregierung bedarf. Es gibt noch offene Fragen, die mit den Beteiligten geklärt werden müssen. In der Debatte heute wurden diese Fragen auch noch einmal umrissen.

Aus unserer Sicht wäre zum Beispiel zu klären, wie sich denn dieses Konzept zum Konzept der regiona-

(Anke Spoorendonk)

len Berufsbildungszentren verhält - um nur ein Beispiel zu nennen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Daher bin ich der Auffassung, dass es gut wäre, beide Anträge im Bildungsausschuss zu beraten. Ich wiederhole: Es sollte so sein und es wäre für das weitere parlamentarische Verfahren redlich, wenn beide Anträge in den Bildungsausschuss überwiesen würden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Von daher sind wir heute nicht bereit, nur den einen Antrag zu überweisen. Wir würden uns dann gegebenenfalls der Stimme enthalten.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Wir meinen, dass es vom parlamentarischen Verfahren her richtiger wäre, den anderen Weg zu wählen.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU] und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil ein paar Unmutsäußerungen vonseiten der Opposition kamen.

(Zuruf der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

Ich möchte noch etwas zum Konzept der Bezirksfachklassen sagen. Frau Kollegin Schwarz, wir haben bereits heute 132 Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen bei 155 Berufsfelder, die in Schleswig-Holstein unterrichtet werden. Das ist die Mehrzahl.

(Caroline Schwarz [CDU]: Das ist mir nicht verborgen geblieben!)

Ich darf Sie erstens daran erinnern, dass die Gründung der bisherigen Fachklassen - und das wird auch in Zukunft so sein - nach den Regeln des Schulgesetzes erfolgt ist. Das heißt, das ist eine **einvernehmliche Entscheidung** der Schulträger, der Kreise und kreisfreien Städte, die sogar im Zusammenwirken mit den Dualpartnern erfolgt. Ich sehe hier überhaupt

keine Probleme. Alle, die dies notwendigerweise wollen, sind beteiligt.

Zweitens. Fachräume sind für die Schulträger, die Landkreise und die kreisfreien Städte ausgesprochen teure Investitionen. Wir wünschen uns natürlich, dass unsere Auszubildenden dem aktuellen Stand der Technik entsprechend ausgebildet werden. Nur so kann die Ausbildung wirklich qualitativ sein.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Sie müssen sich einmal in den Kreistagen oder den kreisfreien Städten umhören. Vieles ist für die Kreise nicht mehr leistbar. Wir müssen uns auf diejenigen Standorte konzentrieren, an denen es eine **Fachraumausstattung** gibt, die dem aktuellen Stand der Technik entspricht. Nur so kann Ausbildung qualitativ sein.

Drittens. Lieber Kollege Dr. Klug, eine Bemerkung zur **Mindestklassengröße**: Sie haben den Vorschlag zum jahrgangsübergreifenden Unterricht gemacht. Ich sage Ihnen: Aus Sicht des Handwerks und des Handels, also aus Sicht der Ausbildungsbetriebe, ist jahrgangsübergreifender Unterricht immer viel schlechter als jahrgangsbezogener Unterricht. Deshalb sagt uns auch das Handwerk, dass eine vernünftig geordnete Bezirksfachklasse, in ordentlichen Fachräumen und mit Jahrgangunterricht ausgestattet, sehr viel besser ist als das, was wir aus Klassen kennen, in denen Schülerinnen und Schüler des ersten Lehrjahres zusammen mit dem Gesellenjahrgang in einer Klasse sind. Der Unterricht muss dann entsprechend gestaltet werden. Ich glaube, Sie sollten Ihre Bedenken gegenüber den Bezirksfachklassen deutlich zurückstellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Ministerin Erdsiek-Rave hat das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Schwarz, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört, aber ich habe nicht wirklich verstehen können, welche Ihre Kritikpunkte in der Sache sind, oder wessen Interessen Sie hier artikulieren. Vielleicht können Sie das noch einmal zusammenfassen?

(Caroline Schwarz [CDU]: Die der Betriebe zum Beispiel!)

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

- Dann komme ich dazu. Zur Illustrierung dieses Themas zitiere ich eine kurze Passage aus einem Artikel, der vorgestern in den „Lübecker Nachrichten“ zu lesen war. Unter der Überschrift: „Lübeck, die Tortenstadt“ steht dort:

„Wir sind froh, dass wir es endlich geschafft haben,“ erklärte Landesinnungsmeister Peter Steinhusen, der lange für eine zentrale Ausbildung gekämpft hatte. „Wir sind zwar nur ein kleines Handwerk, aber dafür eines mit hohen Qualitätsansprüchen“, so Steinhusen... Mit der Einrichtung als Landesberufsschule wird zudem ein Missstand aufgehoben. Ob der geringen Anzahl von Auszubildenden im Konditor-Handwerk wurde in Kiel und Meldorf der Konditor-Nachwuchs gemeinsam mit den Bäckerlehrlingen unterrichtet. „Die gemischten Klassen auf der Grundlage von Mehl zu unterrichten, ist alles andere als sinnvoll“, meinte Oberstudiendirektor Gerd Dunker. Insbesondere im Bereich der Mentalität gebe es zwischen den beiden Berufen gravierende Unterschiede, so Dunker.“

Das sieht auch eine Auszubildende so: „Die Bäcker wollen Masse schaffen. Unsere Arbeit sehen sie oftmals als Spielerei an.“ Entsprechend gerne nimmt auch sie in Zukunft lieber eine Berufsschulwoche im Monat in Lübeck in Kauf.“

Das illustriert sowohl die Frage der **Berufsfeldthematik** als auch den Wunsch derjenigen, die die Ausbildungsberufe vertreten, nämlich die Innungen, zu solchen übergreifenden Ausbildungsstellen zu kommen. Das gilt gerade für die kleinen Handwerke.

Ich komme noch einmal auf die Kriterien zurück. Das Verfahren ist hinreichend dargestellt worden. Gleiches gilt für die Frage, wie wir zu dem Konzept gekommen sind. Die Kriterien müssen doch noch einmal genannt werden: Erstens. Erhalt eines differenzierten Angebotes in der Fläche. Zweitens. Erhalt der Ausbildungsbereitschaft, Frau Schwarz. Drittens. Berücksichtigung des regionalen Ausgleichs. Diese Kriterien sind eigentlich eindeutig. Sie werden bei jeder Entscheidung zugrunde gelegt. Im Augenblick werden - moderat durch die Schulaufsicht - die **Standorte** und die Umfänge überprüft, wobei insbesondere auch der Ausgleich zwischen den Kreisberufsschulen und den städtischen Berufsschulen zu berücksichtigen ist. Beachtet werden muss auch, dass wir gerade im Bereich der Bezirksfachklassen - vor dem Hintergrund rückläufiger Ausbildungszahlen - so viel Flexibilität wie möglich sichern müssen. Herr Dr. Klug, es ist eben gerade nicht ein starres Konzept,

sondern es sind Richtwerte und Anhaltswerte, die man vorgeben muss. Natürlich wird in jeder einzelnen zu treffenden Entscheidung flexibel agiert werden müssen.

Die Zahl der Auszubildenden, die in Schleswig-Holstein eine Berufsschule besuchen, ist innerhalb von zehn Jahren um 9.100 Schülerinnen und Schüler zurückgegangen. Das will ich gern zu Protokoll geben. Das entspricht einem Minus von 14 %. Ich weiß nicht, wie wir in 15 bis 20 Jahren über diese Thematik diskutieren werden. Ich werde es dann nicht mehr tun. Einige von Ihnen werden es aber vor dem Hintergrund weiter rückläufiger Schülerzahlen und dem Erhalt einer qualifizierten Ausbildung in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein wohl tun. Bei der Bildung dieser Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen setzen wir auf **Zentren** mit entsprechenden Schwerpunkten. Damit ist auch die Rolle der regionalen Berufsbildungszentren definiert, und zwar in enger Abstimmung mit den Vertretern der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern, der Innungen und so weiter.

Unsere Partner unterstützen diese Entwicklung ausdrücklich. Fragen Sie doch einmal bei den Landesinnungen oder den Kammern nach! Diese Entwicklung fördert die **Qualität des Unterrichts**, das ist eindeutig und wurde hier an mehreren Beispielen belegt. Sie ermöglicht auch die Entwicklung differenzierter Ausbildungsangebote. Sie fördert damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen; das wird von den Unternehmen ausdrücklich so definiert.

(Unruhe)

Sie führt zu einem effizienteren **Lehrereinsatz**. Das ist klar und es ist auch legitim. Sie hält die Sachkosten für die Ausstattung im Rahmen. Das ist gerade an dem Beispiel der Konditoren Ausbildung belegt. Sie berücksichtigt auch regionale Standortinteressen von Schulträgern und unseren Partnern im dualen System.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Ministerin, einen Moment bitte! Der Geräuschpegel ist inzwischen so hoch, dass es Schwierigkeiten macht, zuzuhören. Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Ja, das ist ausgesprochen unangenehm. Die Kollegen, die ständig reden, müssten eigentlich wissen, wie sehr das stört, wenn man hier steht. Diese Konzentration bringt natürlich auch Veränderungen mit sich. Mögli-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

cherweise werden die Wege zu den Berufsschulen länger. Das ist klar. Das ist ein deutlicher Nachteil, den auch niemand verschweigt. Unter Umständen tritt an die Stelle wöchentlicher Schultage ein verblockter Unterricht, der auch mit Übernachtungen verbunden sein kann. Das ist so. Die Erfahrungen haben aber gezeigt, dass in jedem einzelnen Fall - zusammen mit den Kammern, den Innungen und den Verbänden - akzeptable Lösungen gefunden wurden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

- Ja, das ist wirklich so. Wer hier das Gegenteil behauptet, muss Beispiele nennen. Bisher habe ich hier davon kein einziges gehört. Ich habe nur allgemeine Vermutungen und Unterstellungen gehört. Frau Schwarz, dazu braucht es auch kein Gesamtkonzept in Form einer Schulentwicklungsplanung für Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen, wie Sie es fordern. Das würde den Zielen zuwider laufen. Wir wollen keine starren Regelungen und mehr Bürokratie, sondern wir wollen flexible und effektive Lösungen, die jeweils auf hohem Niveau an die Situation angepasst sind. Wir wollen Lösungen, die im Bezug auf die Ausbildungszahlen bedarfsgerecht gestaltet sind, und die auf die Erwartungen unserer Partner Rücksicht nehmen. Wir wollen also Lösungen, die qualitative, quantitative und ökonomische Gesichtspunkte gleichermaßen verbinden. Das ist Ziel dieses Konzepts, das dem auch entspricht.

Der Bildungsausschuss kann sich jederzeit wieder mit diesem Thema befassen, dazu bedarf es nicht der Überweisung von Anträgen. Ich stelle jedoch anheim, im Ausschuss auch einmal Fachleute aus den Kammern oder den Innungen einzuladen, um mit ihnen darüber zu diskutieren. Das, was wir einleiten, ist ein wesentlicher Punkt für die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mir ist sehr daran gelegen, dass man dies im größtmöglichen Konsens macht. Ich rate dazu, dieses Thema noch einmal im Bildungsausschuss aufzueröffnen. Wenn Sie uns nicht ausreichend trauen, dann rate ich dazu, sich noch genauer zu informieren und noch andere Stimmen zu hören. Ich glaube, dann wird hier im Hause ein Konsens darüber herauskommen, dass dieser Weg der richtige ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist zum einen für beide Anträge Ausschussüberweisung beantragt worden. Zum anderen sind die Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU und die Überweisung des Antrags von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie eine Abstimmung beider Anträge in der Sache beantragt worden.

Zunächst lasse ich über den weitestgehenden Antrag abstimmen, nämlich über die Ausschussüberweisung beider Anträge. Wer dafür ist, beide Anträge an den Bildungsausschuss zu überweisen, den bitte um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag auf Ausschussüberweisung ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und der Stimmen des SSW abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung in der Sache über den Antrag der Fraktion der CDU. Wer dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Stimmen des SSW abgelehnt.

Beantragt worden war weiterhin die Überweisung des Antrags von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an den Bildungsausschuss. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dies mit den Stimmen aller Fraktionen mit Ausnahme der Stimme des Herrn Oppositionsführers, Herrn Abgeordneten Kayenburg, angenommen. Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Haus der Geschichte

Antrag der Fraktion der CDU und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/2841

Das Wort zur Begründung wird erkennbar nicht gewünscht.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Schwarz.

Caroline Schwarz [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie alle erinnern sich sicherlich an das Jahr 2001. Am 22. Februar 2001 nahm die Diskussion um ein Haus

(Caroline Schwarz)

der Geschichte in und für Schleswig-Holstein einen verheißungsvollen Anfang.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Darf ich um etwas mehr Ruhe bitten? Es ist wirklich sehr unangenehm, wenn man bei dieser Geräuschkulisse reden muss.

Caroline Schwarz [CDU]:

An dieser Stelle möchte ich noch einmal die Initiative der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte dankbar erwähnen, die im Internet unter www.geschichte.schleswig-holstein.de ein Bürgerforum einrichtete.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Henning Höppner [SPD])

Dieser verheißungsvolle Anfang geschah mit unserem gemeinsamen Antrag, mit der eingesetzten Kommission, mit der intensiven Beteiligung der historischen Fachwelt im Land, mit den engagierten Bewerbungen von Kiel, Rendsburg/Büdelndorf und Schleswig als künftiger Standort eines Hauses der Geschichte, mit der hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion des Bildungsausschusses, Herr Vorsitzender, die von einer großen Anzahl interessierter und fachkundiger Menschen besucht wurde und auf die wir sehr stolz waren, und last but not least damit, dass der Kollege Ulf von Hielmcrone schon anfang, Exponate zu sammeln, indem er dafür sorgte, dass unser ehemaliger Plenarsaal gescannt und ein Teil der Einrichtung für das Haus der Geschichte gerettet wurde. Vielen Dank, lieber Ulf. Das war prima.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Kurzum: Das Vorhaben, die schleswig-holsteinische Geschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart in einem **Haus der Geschichte** darzustellen, war nicht nur von allen im Landtag vertretenen Parteien gemeinsam gewollt, sondern wurde und wird von einer breiten Öffentlichkeit auch nach wie vor getragen.

Dann kam die Pressemitteilung des Kollegen Jürgen Weber am 20. Mai.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Hört! Hört!)

Wir schienen vor einem Scherbenhaufen oder, um im Bild zu bleiben, vor einem Haufen aus Steinen und Mörtel zu stehen, der nie die Chance bekommen sollte, zu einem Haus zusammengefügt zu werden. Ein Haus der Geschichte sei jetzt nicht finanzierbar. Dar-

über könne erst in der nächsten Legislaturperiode wieder beraten werden, hieß es von Herrn Weber als Sprachrohr der SPD-Landtagsfraktion. Ich erinnere daran: Es war derselbe Herr Weber, der sich in der Landtagssitzung am 22. Februar 2001 ausdrücklich - Herr Weber, Sie erinnern sich bestimmt ganz besonders daran - nicht in die Reihe der Bedenkenträger hinsichtlich der Finanzierbarkeit stellen wollte. Schauen Sie sich das Protokoll einmal an.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Hört! Hört!)

Dazu wollten Sie nicht gehören.

Damit war die Beerdigung 1. Klasse des Hauses der Geschichte eigentlich eine beschlossene Sache der SPD. Ich resümiere: Haus der Geschichte und SPD - Nein.

Dann kam am 15. Juli dieses Jahres der absolute Hammer. Frau Simonis versprach der Kieler Oberbürgermeisterin das Haus der Geschichte für Kiel. Immerhin ist Frau Simonis auch SPD-Abgeordnete. Der Landtag hatte bis dahin zwar weder über das Ob noch über das Wo entschieden, aber Frau Simonis versprach Kiel das Haus der Geschichte. Ich resümiere: Haus der Geschichte und SPD - Ja.

Am 7. August stellten Anke Spoorendonk und ich der Presse vor, wie ein Haus der Geschichte trotz der Finanznot des Landes schrittweise verwirklicht werden könnte. Damit riefen wir sofort Herrn Hay auf den Plan, der im Augenblick leider nicht anwesend ist. Dieser vertrat unter anderem die Ansicht, dass, wie er sagte, frei schwebende Organisationsstrukturen wenig sinnvoll seien. Ich resümiere: Haus der Geschichte und SPD - Nein.

Ich wollte Herrn Hay etwas fragen, aber leider ist er nicht da. Vielleicht hört er das ja über den Lautsprecher. Ich wollte ihn fragen, wieso das Schleswig-Holsteinische Musikfestival so gut funktioniert. Dieses hat eine Struktur, die mit der in unserem Konzept vorgesehenen Struktur absolut vergleichbar ist. Diese müsste dann ja auch frei schwebend und wenig sinnvoll sein.

Vorhin lag eine Pressemitteilung von Frau Simonis in meinem Fach. Darin hat sie besonders gelobt, wie erfolgreich das Schleswig-Holsteinische Musikfestival in diesem Jahr gewesen ist - und das, obwohl es doch auch eine frei schwebende und wenig sinnvolle Struktur hat: Na ja.

Die Geschichte geht noch weiter. Vor kurzem schossen die Kollegen Weber und Fischer den Vogel ab. Diese haben trotz ihres Fraktionsbeschlusses die Oberbürgermeisterin von Kiel presseöffentlich beschimpft, dass sie den Standort Kiel für ein Haus der

(Caroline Schwarz)

Geschichte verschenke und lieber das Science Center nach Kiel holen wolle. Ich resümiere und freue mich natürlich: Haus der Geschichte und SPD - Ja.

Zickzack, zackzick - das Chaos in der SPD bezüglich des Hauses der Geschichte ist nun offensichtlich perfekt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir bieten Ihnen, Herr Hay, daher mit unserem Antrag um so lieber die Chance, die Fäden in Ihrer Chaostruppe wieder zusammenzubekommen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Selbstverständlich muss man sich über die **Finanzierbarkeit** und Finanzierung eines so anspruchsvollen Vorhabens, wie es das Haus der Geschichte ist, Gedanken machen. - Kollege Höppner schaut ganz betroffen.

Wir - alle zusammen - haben die Frage, ob wir ein Haus der Geschichte bauen wollen, in großer Einmütigkeit mit Ja beantwortet und die Öffentlichkeit baut darauf. Anke Spoorendonk und ich haben uns gefragt, wie wir das Haus bauen können.

(Dr. Henning Höppner [SPD]: Wie denn?)

- Die Frage kann ich sofort beantworten.

Wir haben uns gesagt, dass auch kleinere Schritte zum Ziel führen, wenn das Vorhaben erst einmal in Bewegung ist. Dass es eine Bewegung für ein Haus der Geschichte in unserem Land gibt, wird wohl niemand abstreiten. Das wird auch Ihnen, Herr Dr. Höppner, nicht verborgen geblieben sein.

Diese **kleineren**, aber dennoch **zielführenden Schritte** sind einzelne Bausteine, mit denen zudem noch Vorschläge aufgegriffen werden, die im Laufe der Diskussion zum Beispiel vom Kollegen Ekkehard Klug in seiner Pressemitteilung vom 30. Oktober letzten Jahres oder vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund vorgebracht wurden. Diese Vorschläge haben CDU und SSW in ihrem Antrag festgehalten.

Wenn man einen niedrigeren Gang einlegt - das weiß jeder, der Autofahren kann; darüber haben wir ja gestern im Zusammenhang mit der Pendlerpauschale geredet -, dann dauert es zwar etwas länger, bis man ans Ziel kommt, man ist aber wenigstens unterwegs.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das hat Herr Klug gesagt?)

- Nein, das habe ich gesagt. - Man hält sich in Bewegung und irgendwann kommt man an.

Herr Kollege Weber, Sie haben den Motor - eigentlich sind es viele engagierte Motoren im Land - brutal

abgewürgt und die Menschen, die sich ideell, emotional, fachkundig und auch materiell - auch das darf man nicht vergessen - für ein Haus der Geschichte einsetzen, vor den Kopf gestoßen. Am allerwenigsten verstehe ich, dass Sie das getan haben, obwohl Sie doch Historiker sind, von dem man in einer solchen für unser Land kulturpolitisch immens wichtigen Sache eher Herzblut als dürre Pressemitteilungen erwartet.

(Beifall bei CDU und SSW)

Frau Erdsiek-Rave sagte in ihrer Rede vor dem Landtag am 24. Januar 2002 - ich zitiere -:

„Das Haus der Geschichte ist schließlich für uns alle da, es muss von allen getragen werden. Es eignet sich deshalb nicht als parteipolitischer Zankapfel.“

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Da kann man nur klatschen.

Im Gegensatz zu Ihnen sind wir nach diesen Worten der Ministerin verfahren und haben zunächst versucht, in einem gemeinsam erstellten Antrag das politisch Wünschenswerte mit dem finanziell Machbaren zu verbinden. Bis zur ersten Pressemitteilung der SPD sind wir fest davon ausgegangen, dass wir beim Thema Haus der Geschichte die bewährte große Übereinstimmung, die die Debatte bisher Gott sei Dank geprägt hatte, behalten können.

Wir haben die Hoffnung immer noch nicht aufgegeben. Wir bitten die Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen herzlich, den in unserem Antrag beschriebenen Weg mit uns zu gehen, um gemeinsam zu dokumentieren, dass wir alle zusammen und ohne Parteienstreit nach wie vor ein schleswig-holsteinisches Haus der Geschichte haben wollen.

Schaffen wir deswegen jetzt die ersten notwendigen strukturellen Voraussetzungen, um danach auf dem Weg zu unserem hoffentlich immer noch gemeinsamen Ziel Schritt für Schritt weiterzukommen.

(Beifall bei CDU und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, mit einem Zitat aus dem Antrag der CDU und des SSW - Drucksache 15/2841 - zu begin-

(Jürgen Weber)

nen. Dort heißt es:

„Alle Konzeptentwürfe sind allerdings so kostenträchtig, dass das Land mittelfristig nicht in der Lage sein wird, sich in angemessener und erwarteter Größenordnung an der Finanzierung zu beteiligen.“

Ich stelle fest: CDU und Haus der Geschichte - Nein.

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit bei der FDP - Caroline Schwarz [CDU]: Was soll das?)

- Das steht wörtlich in dem Antrag.

(Caroline Schwarz [CDU]: Dann zitieren Sie mal bitte weiter, mein Lieber!)

- Nicht so aufgeregt, Frau Kollegin.

(Caroline Schwarz [CDU]: Das ist unseriös!)

Meine Damen und Herren, wir haben uns den **Beschluss**

(Zurufe von der CDU)

- ich kann warten, bis Sie fertig sind -, in dieser Legislaturperiode das **Haus der Geschichte** für Schleswig-Holstein **nicht weiter zu verfolgen**, nicht leicht gemacht. Ich habe bisher noch keinen **Finanzierungsantrag** gesehen. Angesichts der finanziellen Möglichkeiten des Landes kann der Einstieg in ein neues, kostenträchtiges Museumsprojekt unseres Erachtens zurzeit nicht verantwortet werden.

Dabei möchte ich allerdings betonen, dass ein Haus der Geschichte des Landes unserer Auffassung nach keine Einrichtung ist, die man der Kategorie „nice to have“ zuordnen könnte, also wünschenswert aber auch verzichtbar. Nein, das ist ein solches Haus der Geschichte des Landes sicherlich nicht. Gerade in Schleswig-Holstein gibt es besonders gute Gründe dafür, die Geschichte unseres Landes und die Geschichte der Menschen in unserem Land auf dem dornenreichen Weg in eine demokratische Gesellschaft nachzuzeichnen und museal zu präsentieren. Das Desiderat eines solchen Museums bleibt. Doch wir werden einen längeren Atem benötigen.

Der vorliegende Antrag der Kolleginnen Schwarz und Sporendonk möchte nun eine **neue Organisation** schaffen, die Geld sammelt, einen Beirat schafft und sich selbst Räumlichkeiten beschafft. Diese - wie Sie es nennen - „Organisationsform“ soll Sponsorengelder, Projektmittel und EU-Fördergelder einnehmen für ein Projekt, das es konkret noch gar nicht gibt, geschweige denn einen **Standort** hat. Ich jedenfalls kenne bisher nur Sponsorenzusagen, die sich auf eine

der Bewerberstädte beziehen, und keine, die allgemeiner Art sind.

(Zurufe)

- Frau Kollegin Schwarz, wenn Sie EU-Fördergelder einnehmen wollen - wie es in Ihrem Antrag heißt -, ohne überhaupt ein bezuschussungsfähiges Projekt zu haben, frage ich mich, was ein solcher Unfug als Antragsbestandteil soll.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und FDP)

Auch dass Sie einen **Beirat** schaffen wollen, kann ich im Kern nicht nachvollziehen. Wenn einzelne Museen im Land - wie Sie schreiben - aus dem Themenkatalog eines Hauses der Geschichte Ausstellungen machen wollen, haben wir genügend Fachleute im Land, die das machen können, dafür brauchen wir wahrlich keinen neuen Beirat.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD], Günter Neugebauer [SPD] und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Schließlich findet in Ihrem Antrag das Stichwort der „**virtuellen Begleitung**“ Erwähnung. Bei allem Respekt vor den verschiedenen Geschichtshomepages, die es in unserem Land gibt, und den Informationen, die dort gesammelt werden und gesammelt worden sind - ein virtuelles Museum, virtuelle Geschichte ist doch ein bisschen etwas anderes und keineswegs zum Nulltarif zu haben. Deswegen sehen wir keine Veranlassung, Ihrem Antrag zuzustimmen.

Zu Ihren Ausführungen zur aktuellen Kieler Entwicklung will ich gern ein paar Klarstellungen vornehmen. Natürlich bleibt es bei meinem Eingangssatz: Wir werden in dieser Legislaturperiode kein Haus der Geschichte des Landes verwirklichen können. Aber ob und wie die **Stadt Kiel** ihr Historisches Zentrum ausbaut, in eigener Verantwortung und Zuständigkeit, ist in der Tat etwas, das wesentlich ist und das wir, Kollege Fischer und ich, deutlich präferieren und auch in der kommunalpolitischen Diskussion so eingeführt haben. Dass das natürlich auch ein Stück Basisorganisation für das ist, was später einmal Haus der Geschichte sein könnte, ist selbstverständlich. So haben wir uns eingelassen. Wie sich die anderen Bewerberstädte positionieren wollen, ist ein anderes Thema; ich möchte hier nicht die Standortdebatte aufs Neue ansprechen.

Sehr gespannt sind wir - wenn Sie das unerträglich finden, was wir tun - auf Ihre Haushaltsanträge zur Errichtung eines Hauses der Geschichte in Schleswig-Holstein. Sie müssen sich vorher nur noch klar werden, welchen Standort Sie wollen, ob Sie die 200.000 € für Kiel oder die 6 Millionen für Rends-

(Jürgen Weber)

burg oder die 70- oder 80-prozentige Förderquote aus dem Regionalprogramm für Schleswig wollen. Sagen Sie das kurz! Stellen Sie schnell Ihren **Finanzierungsantrag!** Dann glaube ich Ihnen sofort, dass sie das Museum mit Herzblut wollen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Reden wir hier eigentlich über das Haus der Geschichte oder über das Haus der unendlichen Geschichte?

(Heiterkeit)

Ein schleswig-holsteinisches Haus der Geschichte zu schaffen, ist einerseits ohne Zweifel ein sehr wichtiges kulturpolitisches Ziel. Eine solche Einrichtung könnte als **Symbol der Landesidentität**, als Beitrag zu einer stärkeren Beachtung der Landesgeschichte und natürlich auch als ein touristischer Anziehungspunkt dienen. Eine gute Sache also, mit der wir auch dem Beispiel anderer Länder folgen würden, die solche Einrichtungen geschaffen haben, zuletzt, Ende des vergangenen Jahres, das Land Baden-Württemberg mit einem Haus der Geschichte in Stuttgart.

Andererseits sind natürlich - das ist hier schon zu Recht gesagt worden - die **finanziellen Rahmenbedingungen** für solche Neugründungen heute schlechter denn je. In einer Zeit, in der öffentliche Fördermittel für kulturelle Belange tendenziell rückläufig sind, zusätzlich ein neues Museum zu finanzieren, fällt schwer. Die Kultusministerin hat bei verschiedenen Gelegenheiten deutlich gemacht, dass für diese Einrichtung, insbesondere was den laufenden Betrieb angeht, aus ihrem Ressort kein Finanzierungsbeitrag zu erwarten ist. Vergangene Woche hat der Amtschef der Kulturstaaatsministerin der Bundesregierung, Knut Nevermann, auf einer übrigens sehr bemerkenswerten Veranstaltung der Studien- und Fördergesellschaft der schleswig-holsteinischen Wirtschaft in Schloss Gottorf zum Thema Kulturförderung dargelegt, dass die Ausgaben der Länder und Kommunen für kulturelle Belange in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt deutlich gesunken sind, dass wir jetzt auf einem Niveau angekommen sind, wo es auch für die bestehenden Einrichtungen sehr schwierig ist, auf diesem Level vernünftig weiterzuarbeiten. Mit Landesmitteln, mit öffentlichen Geldern

etwas Neues aufzubauen, ist in der Tat schwer vorstellbar.

Unter solchen Voraussetzungen halte ich es nicht für richtig, für ein eventuell später einmal zu schaffendes Haus der Geschichte jetzt Organisationsstrukturen und Beiräte einzurichten, quasi eine Art „organisatorische Hülle“ zu schaffen

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

und das dann auch noch mit dem Auftrag zu versehen, Gelder zu sammeln. Das ist schlicht und ergreifend unsolid.

Anders sieht die Sache aus - das hat auch Jürgen Weber angesprochen -, wenn sich im Lande ein **Träger** fände - ob im kommunalen Bereich oder mithilfe privater Geldgeber -, der eine landesgeschichtlich relevante Einrichtung, ein Historisches Zentrum, wie man es in Kiel diskutiert, zu unterhalten bereit wäre und der „nur“ auf einen Investitionskostenzuschuss für den Start angewiesen wäre. Und da ist ja mit dem viel zitierten 100 Millionen-Investitionsprogramm in jüngster Zeit eine neue Möglichkeit ins Spiel gekommen.

Nachdem die Landtagsfraktion der SPD im Mai durch die Kollegen Weber und von Hielmcrone den betrüblichen **Ausstieg aus dem Projekt** Haus der Geschichte verkündet hatten, hat die Ministerpräsidentin Mitte Juli der Landeshauptstadt ein Angebot für einen Investitionskostenzuschuss zum **Historischen Zentrum in Kiel** unterbreitet. Damit ist die Sache, was eine solche Angelegenheit anbetrifft, neu ins Rollen gekommen. Es geht - wie gesagt - nicht um die Förderung des laufenden Betriebes durch das Land, sondern um einen Investitionskostenzuschuss für etwas, das von jemand anderem zu betreiben sein wird.

Zu dem Hin und Her - erst Weber, von Hielmcrone, dann Simonis - hat es ein paar kritische, bissige Presseerklärungen anderer Fraktionen und Parteien gegeben. Mit Blick auf die Absage durch die beiden SPD-Kollegen und das Angebot der Ministerpräsidentin kann man in Abwandlung eines bekannten Sprichwortes sagen: Eine Tante, die ein Geschenk anbietet, ist nun einmal beliebter als ein Onkel, der bloß den Trauermarsch auf dem Klavier spielt. - Das werden die Kollegen mit großer Gelassenheit ertragen können.

Falls das **Investitionsprogramm** einen Ausweg aus der Sackgasse bietet, in die die Bemühungen um das Haus der Geschichte in den letzten Monaten gelangt sind - es droht wirklich, ein Haus der unendlichen Geschichte zu werden -, sollte man diesen Ausweg

(Dr. Ekkehard Klug)

aus der Sackgasse vielleicht beschreiten. Das wäre ein Weg, den man gehen könnte. Es wäre für die Landeshauptstadt, wenn sie sich entscheidet, ein solches Historisches Zentrum einzurichten, mit Sicherheit nicht nur kulturpolitisch, sondern auch wirtschaftlich insbesondere mit Blick auf den Tourismus eine interessante Entwicklungsperspektive. Ich kann mir vorstellen, dass es in dem Investitionsprogramm andere Förderzwecke gibt, die weniger sinnvoll sind als dieses Projekt. Das sollte man wirklich ausloten.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Jürgen Weber [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen. Vor allem liebe Caroline Schwarz, ich kann schon verstehen, dass hier eine gewisse Leidenschaft mit im Spiel ist, auch Frust mit im Spiel ist. Das kann ich alles gut verstehen. Aber wenn man sich um ein Haus bemüht, darf man der Debatte um den Ort nicht ausweichen. Ich glaube, dass der Versuch des Ausweichens den Zickzackkurs verursacht hat. Wir haben alle miteinander eine ganze Zeitlang so getan, als könnten wir über ein Haus diskutieren, ohne uns gleichzeitig mit irgendeinem Ergebnis auch um den **Ort** zu streiten. Ich glaube, das ist eines der Probleme.

Ich persönlich habe mich sehr frühzeitig festgelegt. Ich gehöre mit zu denjenigen, die sich sozusagen schon in grauer Vorzeit für das **Haus der Geschichte** stark gemacht haben. Ich hatte die erste Historikerrunde hier eingeladen. Ich habe darüber in diesem Haus ein hochinteressantes Gespräch geführt. Dieses hat allen Leuten viel Mut gemacht und Ideen auf den Weg gebracht.

Insofern weiß ich, mit wie viel Sehnsucht man ein solches Projekt begleitet. Aber im Moment sind uns tatsächlich die Hände gebunden. Das läuft auf das hinaus, was Herr Dr. Klug am Ende beschrieben hat. Ich komme in meiner Rede darauf noch zu sprechen. Aber ohne einen Ort zu benennen, wird man ein solches Haus nicht errichten können; das erscheint doch ziemlich logisch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Alle sind sich einig, dass ein Haus der Geschichte als **Landesmuseum** für die Geschichte der letzten

150 Jahre sinnvoll ist. Nach unserer Überzeugung - daraus machen wir kein Hehl und haben das auch noch nie getan - kommt als Standort dafür nur Kiel infrage. Kiel ist der zentrale Ort der Zeitgeschichte des Landes in dieser Zeit. Die Industrialisierung Schleswig-Holsteins ist mit dem Aufbau der Werften eng verbunden. Kiel ist der Ausgangspunkt der demokratischen Revolution von 1918 in Deutschland gewesen. Kiel ist der Standort der Regierung Schleswig-Holsteins seit 1948.

Auch standortpolitisch macht die Wahl Kiels Sinn. Schließlich hat eine umfangreiche Museenlandschaft in Schleswig etwas bewirkt. Durch ein zusätzliches Museum sind mehr Besucher nicht zu erreichen. Da sind wir uns ziemlich sicher.

Stattdessen sollten in Schleswig die bestehenden Einrichtungen attraktiver gestaltet werden. Dazu gehören dann wieder andere Lieblingsideen, zum Beispiel der Ausbau von Haithabu als Freilicht-Wikingermuseum. Das wollen wir auch gern unterstützen.

Dagegen hat **Kiel** als Anlaufstelle Nummer eins für Kreuzfahrtschiffe und nicht nur dadurch wichtiges Tourismuszentrum einen Bedarf nach einem attraktiven Museum im Zentrum der Stadt.

Wenn ich einmal auf den Weg zum Bahnhof bin, denke ich immer wieder an die Frage: Was sehen eigentlich die Touristen aus Skandinavien als Erstes, Einziges und Übersehbares? Das Kasino! Das finde ich immer sehr schade. Ich finde, es wäre wirklich besser, man hätte in Kiel noch ein bisschen mehr zu bieten, etwas, was ein bisschen plakativer ist und als Schaufenster des Landes dient. Damit könnte man etwas Gutes tun.

Wir müssen aber realistisch sein. Zurzeit ist das Land nicht in der Lage, eine laufende Finanzierung für ein solches Museum zu leisten. Eine provisorische Sammlung, ausgelagert an den Standort Schleswig, wie es von der CDU und dem SSW gefordert wird, würde daran nichts ändern. Würden dafür aber durch Anwerbung von Mitteln aus dem Regionalprogramm Investitionen getätigt, dann würde dies einer Vorentscheidung für den Standort Schleswig gleichkommen. Dies ist vermutlich die legitime Intention der Initiatorinnen und Initiatoren des Antrags. Aber, bei aller Liebe zu dem Landesteil, aus dem ich komme, möchte ich dem nicht folgen. Ich halte es aus den genannten Gründen nicht für sinnvoll.

Deswegen werden wir den Antrag ablehnen. Damit machen wir unmissverständlich klar, dass es in dieser Legislaturperiode keine Gelder für ein Haus der Geschichte gibt. Zugleich hat die Stadt Kiel damit Klar-

(Irene Fröhlich)

heit und weiß, dass sie ihre Planungen unabhängig vom Land vornehmen kann und muss.

Allerdings: Wenn es in Kiel auf ein Haus der Geschichte hinausläuft, sollten sich der Landtag und auch die Landesregierung erneut damit befassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte um ein schleswig-holsteinisches **Haus der Geschichte** fand in den letzten zwei Jahren sowohl im Plenum als auch im Bildungsausschuss statt. Weiter liegen uns vor: ein Bericht der Landesregierung, der Abschlussbericht einer Expertenkommission, die Dokumentation einer öffentlichen Veranstaltung des Bildungsausschusses, die Bilanz des virtuellen Bürgerforums der Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte und die Bewerbungen dreier Städte. Schließlich liegen uns viele Briefe von Bürgern vor, die sich für diese Sache engagieren.

Kurz und gut: Die Debatte hat nicht gerade unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden. Daher haben wir außerordentlich bedauert, dass die Konklusion der SPD am 20. Mai lautete: Außer Spesen nichts gewesen. Aber vielen Dank an alle, die sich an der Projektarbeit und der landesweiten Diskussion beteiligt haben!

Daher haben wir uns sehr gefreut, dass die Kollegin Schwarz die Initiative ergriffen hat, um das Thema „Haus der Geschichte“ in angemessener Weise in den Landtag zurückzuholen. Daher ist es auch ebenso putzig wie interessant gewesen, dass die Kollegen Fischer, Weber und Birk sich am vergangenen Freitag als heiße Verfechter eines Hauses der Geschichte in Kiel geoutet haben.

Das ist auch gut so. Denn wir haben es mit einem unerledigten Arbeitsauftrag zu tun, der sich nicht nur durch eine Pressemitteilung der SPD erledigen lässt.

Ebenso sah es aus, als sie mit Verweis auf die angespannte Haushaltssituation des Landes alle Überlegungen in Sachen Haus der Geschichte bis irgendwann zwischen 2005 und 2010 auf Eis gelegt hat.

Vor dem Hintergrund der intensiven politischen und öffentlichen Diskussion ist es aber nicht im Sinne des Landtages, zu sagen: Schön, dass wir einmal darüber geredet haben. Deshalb haben sich die Sprecher der Fraktionen - das gehört ja zur Geschichte dazu - im

Frühjahr zusammengesetzt, um gemeinsam einen Vorschlag zu erarbeiten. Was in dem Antrag steht, haben wir ja gemeinsam erarbeitet. Der Kollege Ulf von Hielmcrone hat dabeigesessen. Es sollten Strukturen gefunden werden, die trotz der fehlenden Mittel dazu geeignet sind, den Faden nicht abreißen zu lassen. Das war das Ziel der Überlegungen. Das war das, was wir wollten.

(Beifall der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

Es war klar, dass es vorläufig nicht möglich sein wird, ein richtiges Museum an einem bestimmten **Standort** einzurichten. Das war ja unser Problem. Daher war das Ziel unserer gemeinsamen Überlegungen, vorläufige Strukturen zu schaffen, die keine späteren Entscheidungen vorwegnehmen.

Alle waren sich einig, dass dies ein gangbarer Weg wäre. Vor diesem Hintergrund ist es schon enttäuschend - das muss ich deutlich sagen -, dass daraus nichts wurde, weil die SPD mit ihrem Fraktionsbeschluss dem gemeinsamen Ansinnen die Luft nahm.

Aus den schon erwähnten Gründen sind wir dennoch der Meinung, dass Handlungsbedarf besteht. Daher schlagen wir die Umsetzung von drei Kernpunkten vor, die jetzt schon angegangen werden können.

Es wäre wünschenswert, einen formalen Rahmen für die Weiterarbeit an einem Haus der Geschichte zu schaffen. Es muss möglich sein, Sponsorengelder zu parken und Projektmittel anzuwerben. Damit meine ich, dass wir - ich sage das jetzt auch im Hinblick auf den Förderverein Haus der Geschichte mit dem Standort Schleswig - die Zusage von der Wirtschaft erhalten haben, dass Sponsorengelder locker gemacht werden. Ich bin sicher, dass man auch andere Sponsorengelder anwerben kann. Die Zusagen für diese Gelder nehmen wir ernst. Darum sagen wir: Es muss möglich sein, diese **Sponsorengelder** zu parken und sie dann auch für Projekte mobilisieren zu können.

Darum muss es auch möglich zu sein, **Projektmittel** anzuwerben. Das könnte zum Beispiel das Landesmuseum machen. Das könnte auch ein anderes Museum machen, welches dann sagt: Gut, wir kriegen kein Haus der Geschichte hin; aber eine Ausstellung zum Thema „Schleswig-Holstein auf dem Weg in die Moderne“ kriegen wir hin. Auch das Thema „Industrialisierung Schleswig-Holsteins“ kriegen wir für eine Ausstellung hin.

Lieber Kollege Weber, Sie haben von einem virtuellen Museum gesprochen. Kollege Weber, das steht aber nicht im Antrag. Da steht nur etwas von virtueller Begleitung. Sie wissen natürlich, dass die Gesell-

(Anke Spoorendonk)

schaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte dazu ganz viel Vorarbeit geleistet hat.

Es muss auch möglich sein, **Exponate** zu sammeln - das passiert ja schon -, und es muss möglich sein, die Diskussion in Gang zu halten, die Motivation zu stärken. Das ist das Wichtigste an der ganzen Sache.

Wir schulden das wirklich nicht nur den Bewerbern um ein solches Museum, wir schulden es uns auch selbst als Parlament, wenn wir uns denn ernst nehmen. Deshalb noch einmal an alle mein Appell: Unterstützen Sie unseren Antrag!

(Beifall bei SSW und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Ministerin Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich unterstütze nicht den Antrag der CDU, aber ich halte den Grundgedanken, der hier von allen Seiten geäußert wurde, dass dieses Projekt nun nicht einfach auf un-absehbare Zeit komplett auf Eis gelegt wird, doch für bedenkenswert.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hiemcrone [SPD])

Allerdings, Frau Schwarz, die Form, die Sie im Antrag aufzeigen, die **Organisationsform** - vermutlich denken Sie daran - als Förderverein wirft doch die Frage auf, wer das machen soll.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das kann jeder privat gründen, der das will!)

- Eben. Aber - wie gesagt - wer soll das machen?

Ein Beirat und eine Operationsbasis - so schreiben Sie -, also irgendwo ein Ort, führt uns - so meine ich - nicht weiter, weil das nämlich auch nur Personal- und Sachkosten verschlingt, Mittel erfordert, über die wir jedenfalls nicht verfügen. Ich wüsste nicht, wen Sie dort als Sponsor für solche Kosten gewinnen wollten. Ich halte das für nicht sehr zielführend.

(Caroline Schwarz [CDU]: Darüber können wir gern im Ausschuss reden!)

Aber was wir doch brauchen, ist so etwas wie eine inhaltliche und didaktische oder meinetwegen auch **thematische Weiterführung** und Konkretisierung dessen, was die Überschrift „Schleswig-Holsteins Weg in der Moderne“ - so heißt es, wenn ich mich richtig erinnere, korrekt - aufgreift, um die schon

vorhandenen Ressourcen zu nutzen und die Weiterentwicklung des Vorhabens zu ermöglichen.

Ich halte es also für sinnvoll, einen solchen Weg zu gehen. Ich finde, es ist mindestens die Prüfung und die Diskussion wert, ob sich nicht doch in einem ersten Schritt ein Haus der Geschichte in Form eines **virtuellen Museums** präsentieren könnte. Wir haben eigentlich gute mediale Voraussetzungen, wir haben das Kulturnetz Schleswig-Holstein, wir haben den Landesbildungsserver, wir haben das von uns geförderte Museumsportal, also gute technische und kommunikative Voraussetzungen und wir haben erhebliches Know-how in unseren Landeseinrichtungen; wir haben das IZRG, wir haben die Landesbibliothek, wir haben das Landesarchiv, die Volkskundesammlung, den Museumsverband als Ratgeber. Was die Aufbereitung angeht, gibt es ja viele gute Beispiele, insbesondere das Haus der Geschichte, das ja zusammen mit dem Fraunhofer-Institut das lebendige virtuelle Museum online präsentiert. Das ist ein virtueller Gang durch die gesamte Geschichte des 20. Jahrhunderts und sehr aufwendig gemacht. Sich an diesem museologischen Beispiel zu orientieren, das könnte man sehr gut mit der Perspektive, der Langfristperspektive - das gebe ich ja gern zu -, dass man das zumindest im virtuellen Raum sehen kann, was man sich unter einem realen Haus der Geschichte irgendwann vorzustellen hat, um dadurch vielleicht eher Sponsoren sowohl für dieses Vorhaben als auch dafür zu gewinnen, das dann am Ende irgendwann ein lebendiges, begehbares Museum existiert.

Ich bin also sehr dafür, heute nicht irgendwelche Anträge zu beschließen, aber doch die Diskussion um die Form weiterzuführen. Ich würde gern in einer der nächsten Ausschusssitzungen - sicherlich noch nicht in der nächsten - einmal vortragen, welche Überlegungen dazu gemacht werden könnten, mit welchen möglicherweise vorhandenen Ressourcen oder Mitteln dies geschehen könnte. Ich gehe bei all dem also davon aus, dass null zusätzliche öffentliche Mittel verwandt werden. Das muss die Voraussetzung sein. Aber mit dem Vorhandenen, was im Land da ist, könnte man etwas zustande bringen. Dagegen kann hier eigentlich niemand etwas haben. Darüber müsste allerdings noch im Einzelnen geredet werden. Das ist ein Thema, dessen sich der Bildungsausschuss durchaus noch einmal annehmen könnte. Dazu braucht man keine Antragsüberweisung, sondern das kann schlicht als Punkt auf die Tagesordnung des Bildungsausschusses gesetzt werden. Dazu würde ich dann gern berichten - zusammen mit denjenigen, die hierzu als Fachleute im Land arbeiten. Vielleicht kommen wir dann der Idee Stück für Stück näher. Es wird noch lange dauern, aber es soll eben keine unendliche und

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

dann am Ende doch ohne Ergebnisse endende Geschichte werden.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Schwarz.

Caroline Schwarz [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Erdsiek-Rave, ich bedanke mich bei Ihnen sehr herzlich für Ihren Beitrag, weil man Ihren Worten entnehmen kann - man merkt es einfach -, dass Sie eben auch mit Herzblut an dieses Thema herangehen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Das ist eine wichtige Voraussetzung, Kollege Neugebauer. Wenn Sie Ihr politisches Feld ohne Herzblut beackern,

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

dann tun Sie mir richtig Leid. Bei der Ministerin merkte man, dass sie mit dem Herzen dabei ist. Den Bogen, den sie eben zu schlagen versuchte - ich hoffe, Frau Ministerin, ich unterstelle Ihnen nichts; ich habe das so gefühlt; vielleicht habe ich mich „verfühlte“ -, dass man also nicht den **Antrag** an den **Ausschuss** überweisen sollte, sondern dass man das Thema im Rahmen des Selbstbefassungsrechtes - oder wie auch immer - noch einmal aufrufen sollte, kann ich verstehen. Sie möchten Ihrer Fraktion nicht den Fraktionsbeschluss wegnehmen, der ja lautet, dass der Antrag abgelehnt werden soll. Es auf diese Art und Weise zu machen, kann ich gut verstehen. Aber dann sollten wir wirklich unseren gemeinsamen Antrag nehmen, ihn überweisen, um ihn zumindest als Grundlage für spätere Diskussionen zu verwenden; denn - wie ich das aus dem einen oder anderen Beitrag mitbekommen habe - irgendetwas wurde von jedem für gut befunden.

Herr Hay - Sie waren vorhin nicht dabei -, Sie haben hier von den frei schwebenden sinnlosen Strukturen geredet. Ich möchte noch einmal auf das Schleswig-Holstein Musik Festival hinweisen. Das ist doch im Grunde genommen nichts anderes. Die Struktur des Schleswig-Holstein Musik Festivals mit einem Kuratorium - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

- Gut, dass keine öffentlichen Gelder fließen dürfen, obwohl ja doch vom Investitionsprogramm geredet wurde, dass, wenn überhaupt, nur minimal öffentliche Gelder fließen dürfen, darüber sind wir uns ja einig. Aber das Schleswig-Holstein Musik Festival ist auch eine „frei schwebende“ Organisationsstruktur und es findet an vielen verschiedenen Orten im Land statt; die Veranstaltungen finden nicht alle in Kiel statt. Oder? - Dann warst du noch nie bei einer Veranstaltung des Schleswig-Holstein Musik Festival auf dem Land. Überall im Land Schleswig-Holstein finden diese Veranstaltungen statt und so stellen wir uns eben auch nach dem Wortlaut des Antrages ein Haus der Geschichte vor - nämlich als dezentrales Haus der Geschichte.

Ich möchte jetzt noch einmal an alle die herzliche Bitte richten: Überweisen Sie unseren Antrag an den Ausschuss und wir hangeln uns dann gemeinsam daran längs und kommen möglicherweise auf dem Weg zu einer Interimslösung zu einer endgültigen Lösung, die mit Sicherheit nicht heute oder morgen, sondern übermorgen und überübermorgen greifen wird.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat jetzt der Herr Abgeordnete Hay.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte, die zu dem Thema „Haus der Geschichte“ in diesem hohen Hause läuft, muss auch unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, dass durch Nuancen in Äußerungen vielleicht auch wieder Hoffnungen geweckt werden können, als gäbe es doch die eine oder andere Möglichkeit der **öffentlichen Förderung** für dieses durchaus sinnvolle Projekt. Wir als SPD-Fraktion haben klipp und klar erklärt, wir halten es für sinnvoll, darüber zu diskutieren, aber bis zum Jahr 2005 gibt es aufgrund der finanziellen Situation des Landes nicht die Möglichkeit, hier in irgendeiner Form unterstützend einzugreifen. Dabei bleiben wir und deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

Unabhängig davon ist es jeder Person, jedem Sponsor unbenommen, selbst auf privatrechtlicher Basis oder in anderen Organisationsformen tätig zu werden. Daran werden wir niemanden hindern. Aber eine staatliche Unterstützung ist angesichts der finanziellen Situation des Landes bis 2005 nicht möglich.

(Lothar Hay)

Deshalb muss man auch dem entgegenreten, dass in irgendeiner Form Hoffnungen geweckt werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag an den Fachausschuss zu überweisen. Wer dem Überweisungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Überweisungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und SSW abgelehnt.

Jetzt haben wir in der Sache zu entscheiden. Wer dem Antrag Drucksache 15/2841 der CDU-Fraktion und der Abgeordneten des SSW seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und SSW abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 11:

Volle BahnCard-Rabatte auch in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion FDP
Drucksache 15/2822

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Soll der Bericht der Landesregierung heute erstattet werden? - Dann erteile ich Herrn Minister Dr. Rohwer das Wort zum Bericht.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Nahverkehr hat sich in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren erfolgreich entwickelt. Das Angebot ist breiter und attraktiver geworden. Die Nutzerzahlen und die Rückmeldungen der Kunden geben uns Recht.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, vielleicht bleiben wir mit der Aufmerksamkeit noch ein bisschen hier im Haus.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Deshalb gefällt es mir so wenig wie vielen von Ihnen, dass die **BahnCard 50** nach den bisherigen Konditionen - wie übrigens in allen anderen Tarifverbänden - im **Schleswig-Holstein-Tarif** nur zu 25 % angerechnet werden kann. 50 % wären natürlich kundenfreundlicher und attraktiver. Alles, was kundenfreundlich ist, bringt mehr Menschen auf die Bahn.

Was mich am Prozedere gestört hat, ist Folgendes. Da entwickelt Schleswig-Holstein mit allen Bahn- und Busanbietern einschließlich der Deutschen Bahn einen höchst attraktiven Schleswig-Holstein-Tarif,

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

der nicht nur einfacher, sondern in den meisten Fällen auch preisgünstiger als vorher ist und den Übergang zum Hamburger Verkehrsverbund ermöglicht, und dennoch stimmte die Deutsche Bahn die über Nacht wieder eingeführte BahnCard nicht mit den Tarifverbänden in einer Weise ab, dass damit eine attraktive Bahn- oder Rabattkarte für ganz Deutschland entstanden wäre.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Chance verpasst!)

Die BahnCard 50 wird in den meisten deutschen Verkehrsverbänden überhaupt nicht anerkannt. Sie wird als BahnCard 25 mit 25-prozentiger Ermäßigung in einigen, aber in den meisten nicht anerkannt. Das heißt, der Schleswig-Holstein-Tarif mit Anerkennung der BahnCard 25 ist attraktiver als der Tarif in den überwiegenden anderen Tarifverkehrsverbänden.

Ich will deutlich sagen: Im Grunde geht es bei diesem Thema um Folgendes. Wie werden eigentlich in Deutschland **Fern- und Nahtarife der Bahn** aufeinander abgestimmt?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kunde sollte doch nicht dadurch Nachteile haben, dass er zwischen Nah- und Ferntarifen umständlich vergleichen und dann teilweise Nachteile hinnehmen muss. Es handelt sich insoweit um ein bundesweites Thema, das ich auf die Tagesordnung der Verkehrsministerkonferenz setzen werde, um mit den Kollegen darüber zu sprechen, wie wir bundesweit - sicherlich nicht zum 13. oder 14. September - zu einer besseren Lösung kommen können.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

Entscheidend ist natürlich: Was machen wir kurzfristig, bis Dezember, bei uns?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und?)

Ich halte zunächst einmal fest: Mit der jetzt vorgesehenen 25-%-Anerkennung der BahnCard bietet Schleswig-Holstein einen höheren Rabatt als die meisten anderen Verbände. Kein anderer Verbund erkennt die BahnCard 50 an. Es kann auch nicht sein, dass wir jedes Mal, wenn die Deutsche Bahn AG eine neue Rabattkarte einführt, den auf die Regionalkunden zugeschnittenen Schleswig-Holstein-Tarif wieder ändern. Das wäre ein Unding.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Uwe Eichberg [CDU] und Uwe Greve [CDU])

Da muss man auch die anderen Partner verstehen. Das können die Verkehrsunternehmen in Schleswig-Holstein nicht mitmachen. Das ist für sie nicht akzeptabel. - Jetzt geht das Licht aus.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist symbolisch, Herr Minister!)

Die volle Anerkennung der BahnCard 50 im Schleswig-Holstein-Tarif würde die beteiligten Verkehrsunternehmen pro Jahr rund 2 Millionen € kosten, mit Bus sogar 3 Millionen €. Herr Hentschel, die von Ihnen angeregte modifizierte Lösung würde auch ziemlich teuer werden. Sie käme fast an diese Summe heran. Über diese Ergebnisse werden wir im Wirtschaftsausschuss noch diskutieren und schauen, wie sie genau aussehen.

Nun ist gelegentlich gefordert worden, das Land solle diesen Betrag allein aufbringen. Abgesehen von der Frage, ob ein Landesminister dem Steuerzahler erklären kann, dass ein derart hoher Betrag dafür verwendet wird, eine nicht mit den Partnern abgestimmte Rabattkarte einer Bahn zu subventionieren, ist dieses Geld schlicht nicht da beziehungsweise könnte nur dadurch aufgebracht werden, dass wir an anderer Stelle Bahnverkehr in Schleswig-Holstein verschlechtern. So ist das. Das kann ich den anderen Bahnnutzern in Schleswig-Holstein wiederum nicht zumuten.

(Beifall bei SPD und SSW)

Eine Lösung ist, wenn überhaupt, dadurch möglich, dass sich alle noch einmal an den Tisch setzen. Die Gespräche laufen. Dazu habe ich eingeladen. Wenn sich die DB AG konstruktiv daran beteiligt, was bedeuten würde, dass sie von den Mehreinnahmen aufgrund der BahnCard 50 einen Teil in dieses zu finanzierende 2- oder 3-Millionen-€-Volumen hinein-

bringt, wäre ich froh. Ich kann hier heute leider noch keine Erfolgsmeldung vorweisen.

Die Landesverkehrsservicegesellschaft führt diese Gespräche auf meine Bitte hin. Wir werden im Wirtschaftsausschuss zu gegebener Zeit darüber berichten. Es muss schnell gehen, weil jetzt die **Tarifstrukturen** für September gemacht werden. Sie müssen jetzt programmiert werden. Es kann nicht sein, dass wir erst kurz vorher, am 3. Dezember oder so, entscheiden. Das muss zügiger gehen.

Unabhängig davon, wie diese Gespräche ausgehen, bereiten wir zwei Verbesserungen vor.

Erstens. Die **Tarifunterlaufungen**, die sich zwischen Fern- und Nahverkehr abzeichnen, insbesondere nach Wiedereinführung der BahnCard 50, versuchen wir dadurch nachzujustieren, dass wir den Schleswig-Holstein-Tarif noch etwas anpassen, dass wir wenigstens vermeiden, dass es auf der gleichen Strecke offensichtlich viel günstiger ist, die BahnCard 50 mit Fernverkehr zu kombinieren.

(Glocke des Präsidenten)

Zweitens. - Ich bin sofort fertig, Herr Präsident. - Der Schleswig-Holstein-Tarif soll ebenfalls noch attraktiver werden. Wir überlegen eine **Schleswig-Holstein-Card 25** einzuführen, die dann aber einen sehr viel breiteren Nutzwert hat, nämlich allen, die in Schleswig-Holstein im Nahverkehr, Bus und Bahn, nutzen, zugute kommt, -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister!

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

- die dann auch noch Nebenleistungen enthalten würde und damit sicherlich sehr attraktiv wird.

Zusammenfassend: Die Gespräche laufen. Ich hoffe immer noch auf eine Lösung. Aber wir sollten nicht zu große Hoffnungen haben. Wir sollten unseren konsequenten Weg einer Bahnpolitik mit allen Bahnunternehmen und nicht nur mit einem konsequent weitergehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Minister für den Bericht, eröffne die Aussprache und erteile zunächst Herrn Abgeordneten Hildebrand das Wort.

Erlauben Sie mir eine geschäftsleitende Bemerkung. Wenn alle folgenden Redner ihre Unterlage durchsehen und versuchen, in drei Minuten das zu sagen, was sie sich für fünf Minuten vorgenommen haben, könnten wir die reduzierte Tagesordnung heute ordnungsgemäß zu Ende bringen. Sonst gelingt auch das nicht.

(Werner Kalinka [CDU]: Ich werde es tun! - Heiterkeit bei der CDU)

Günther Hildebrand [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, wieweit Sie gestern oder heute diese Postwurfsendung ins Haus bekommen haben. Hier steht: „An alle Haushalte, die sparen wollen - jetzt ganz einfach bis zu 50 % sparen“. Da müsste noch zusätzlich ein Vermerk aufgebracht werden: In Schleswig-Holstein leider nur 25 - zumindest ab Mitte Dezember dieses Jahres, wenn die alte BahnCard 50 an Wirkung verliert.

Herr Minister, Sie haben eben deutlich gemacht und durch entsprechende Zitate in Zeitungen zu erkennen gegeben, dass auch Ihr Ziel ist, Bahnkunden im Nah- und Fernverkehr ein einfaches und attraktives Preissystem zu bieten und gesagt, die Erfahrung zeige, dass die Akzeptanz für das Bahnfahren entscheidend durch ein einfaches Tarifsysteem gesteigert worden sei. Das haben sie beispielsweise gegenüber dem „Flensburger Tageblatt“ zu erkennen gegeben.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, warum es nicht so schnell zu einer Lösung gekommen ist. Dazu gibt es im „sh:z“ vom 23. August eine entsprechende Meldung:

„Der Konzernbeauftragte der Bahn AG, Rainer Latsch, erklärte gestern in Kiel, dass sein Unternehmen ‚keinen Anlass sieht, mit dem Land über die Probleme zu verhandeln, die durch die BahnCard 50 im Bereich des Schleswig-Holstein-Tarifs auftreten‘.“

Später heißt es:

„Latsch stellte klar, die Bahn lasse sich nicht ‚durch voreilige Ankündigungen drängen‘.“

Hier scheint zumindest in der Kommunikation zwischen der Landesregierung oder der LVS auf der einen Seite und der Deutschen Bahn auf der anderen Seite einiges im Argen zu liegen, was möglicherweise

dazu führt, dass wir hier in Schleswig-Holstein nicht den vollen **Nutzen** der **BahnCard 50** haben können.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vergleichen Sie doch! Den hat niemand in Deutschland in den regionalen Verkehrsverbänden!)

- Dazu kann man feststellen, dass wir hier in Schleswig-Holstein keinen Verkehrsverbund haben; hier haben sich Unternehmen zusammengefunden, um einen Schleswig-Holstein-Tarif zu schaffen. Das ist damit noch kein Verkehrsverbund. Dazu muss ich auch erläuternd feststellen, dass die Deutsche Bahn beispielsweise mit dem Hamburger Verkehrsverbund sogar eine Einigung dahin erzielt hat, dass man, wenn man beispielsweise mit Fernzügen in Hamburg ankommt, sehr wohl den ÖPNV benutzen kann, um bis zum eigenen Wohnort oder zum Zielbahnhof auf Kosten der BahnCard fahren zu können, ohne für den ÖPNV weitere Fahrkarten kaufen zu müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist sehr wohl im Sinn der Bahnfahrer. Es kann letztlich nicht sein, dass beispielsweise die Strecke von Pinneberg nach Westerland mit der BahnCard 50 billiger ist, also erst einmal mit dem Zug bis Itzehoe und dann mit dem IC nach Westerland, als wenn man mit dem ÖPNV oder Regionalverkehr von Pinneberg nach Westerland fährt. Das darf meines Erachtens nicht sein. Hier müssen wir letztlich alle bemüht sein.

(Beifall bei der FDP - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist falsch! Das sind alte Populisten!)

- Es stimmt so. Das sind auch keine alten Populisten. Das ist eine vernünftige Aufsummierung der einzelnen Tarife. Dann kommt man letztlich zu diesem Ergebnis.

Der öffentliche Sturm der Entrüstung führte beim Wirtschaftsminister zu einer verwunderlichen Reaktion. Auch das ist entsprechend zu lesen. Er beschwerte sich, dass ein öffentliches Unternehmen in privater Rechtsform, das im Wettbewerb mit echten privaten Unternehmen steht, eigenmächtig entschied, ohne ihn zu fragen. Die Bahn hatte mit dem neuen, sehr komplizierten Tarifsysteem erhebliche Probleme und war sicherlich gefordert, sehr kurzfristig nach neuen Möglichkeiten zu suchen, die Attraktivität des Bahnfahrens zu steigern. Dass es in diesem Zusammenhang möglicherweise zu **Kommunikationsproblemen** gekommen ist, will ich gerne konstatieren. Nichtsdestotrotz sollten nachher alle am Bahnverkehr Interessier-

(Günther Hildebrand)

ten bemüht sein, aus dieser Situation heraus das Bestmögliche zu machen.

Herr Minister, ich würde mich freuen, wenn Sie mit-helfen, eine mögliche Verstimmung zwischen der LVS, der Landesregierung und der Deutschen Bahn zu beseitigen, damit auch die Schleswig-Holsteiner und Schleswig-Holsteinerinnen in Schleswig-Holstein im Regionalverkehr die BahnCard 50 entsprechend nutzen können.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Poppendiecker.

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zwei Anmerkungen vorweg machen. Erstens. Wir hätten uns diesen Punkt heute schenken können, weil im Wirtschaftsausschuss mit Ausnahme der FDP gesagt worden ist, der Minister solle weiter verhandeln, und dann werden wir dieses Ergebnis hier beraten. Insofern hätten wir uns diese 30 Minuten sparen können. Von daher, Kollege Hildebrand, ist dies ein rein populistischer Antrag.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Zustimmung der gesamten CDU!)

Zweitens. Die Empörung im Lande haben wir eigentlich nicht so gemerkt, weil von diesen Nachteilen, die zum Teil auch tatsächlich vorhanden sind, nur 5 % der Bahnfahrenden betroffen sind. Das ist natürlich bedauerlich. Deswegen will der Minister ja auch diese Verhandlungen führen.

Blicken wir einmal kurz zurück. Die **Deutsche Bahn**, die beste Bahn Europas, wollte das beste Tarifsistem der Welt konstruieren. Das hat sie auch gemacht. Nach einem halben Jahr hat sie festgestellt, dass alle schlechteren Bahnen in Europa besser sind. Also hat sie ihr **Tarifsistem** geändert. Und hier ist genau der Punkt. Hier hätte man sich mit all denen, die auch betroffen sind - das sind in Deutschland eine ganze Menge; das sind nicht nur die privat fahrenden Bahnen in Schleswig-Holstein - an einen Tisch setzen müssen, um zu verhandeln. Wenn Herr Latsch sagt, das sei nicht sein Problem, dann weise ich das weit zurück, denn die Bahn hat dies verursacht. Es kann nicht angehen, dass die Deutsche Bahn ihr System ändert, weil sie zu blöd war, ein vernünftiges Fahrpreissystem zu erstellen, und nun zahlt das Land

2 oder 3 Millionen €. Wir haben ja Geld genug. Das kann es nicht sein. Ich denke - Herr Präsident, hiermit spare ich schon zwei Minuten ein -, wir gehen den vorgezeichneten Weg. Wir bitten den Minister - das ist bei ihm in bewährten Händen -, weiterhin zu verhandeln, die Bahn davon zu überzeugen, dass sie die Probleme, an denen sie selber Schuld hat, mit löst.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Maurus?

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Bitte!

Heinz Maurus [CDU]: Kollege Poppendiecker, ist es richtig, dass Schleswig-Holstein das einzige Bundesland ist, in dem dieses Problem auftritt?

- Nein! Das Problem tritt überall auf. Das ist der entscheidende Punkt. Wir haben uns mit unserem SH-Tarif mustergültig verhalten. Den lassen wir uns nicht durch die falsche Fahrpreispolitik der Deutschen Bahn AG kaputt machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wünsche mir auch, dass wir eine Lösung finden. Hier muss man hart verhandeln. Das ist einfach so. Hiervon gehen wir nicht ab.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann brauchen wir einen anderen! Das kann Rohwer nicht!)

Lassen Sie mich ein Zitat vom Fahrgastverband Pro Bahn nennen. Das sind Leute, die am Ohr derer sind, die Eisenbahn fahren.

„Ob die unternehmenseigene DB-BahnCard in Schleswig-Holstein anerkannt wird, muss die Deutsche Bahn AG ganz allein entscheiden, indem sie als Kooperationspartner für Einnahmeausfälle zahlt oder nicht. Das Land, die Wettbewerber und auch die Fahrgäste als Steuerzahler sind für die Finanzierung der Preispolitik der Deutschen Bahn nicht zuständig.“

Ich finde dies genau richtig. Deswegen werden wir weiter verhandeln, um zu Ergebnissen zu kommen, mit denen alle leben können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Eichelberg.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst dem anschließen, was Herr Poppendiecker gesagt hat, dass dieses Thema zu diesem Zeitpunkt nicht in das Parlament gehört, zumal die Grünen das vorher schon beantragt hatten und wir entsprechend im Wirtschaftsausschuss darüber beraten haben. Leider haben Sie nicht darauf verzichten können, das heute zu diskutieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Natürlich bringt die **BahnCard-Problematik der DB** erhebliche Verunsicherung bei den Bahnkunden. Allein die Diskussion ist schon schlecht. Das müssen wir aufklären, und wir müssen schnell Problemlösungen finden. Daran wird gearbeitet. Das war im Wirtschaftsausschuss erkennbar, wie heute vom Wirtschaftsminister vorgetragen worden ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte Folgendes in Erinnerung rufen: Als wir über all die letzten Jahre an der Aufstellung für den **Schleswig-Holstein-Tarif** gearbeitet haben, waren wir einer Meinung, dass das der richtige Weg ist. Dem Wirrwarr von verschiedenen Tarifen zwischen Bus und Bahn müssen wir einen Riegel verschieben. Es muss für den Bürger möglich sein, dass er mit einem Ticket von Wenningstedt nach Niebüll mit dem Bus und dann mit dem Zug nach Hamburg fährt und in Hamburg einkaufen kann. Das war unsere Zielsetzung. Das wollen wir auch weiterhin fortsetzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es kann nicht sein, dass durch plötzliches Umschwenken im Marketing der DB unser gesamter Tarif aus dem Ruder gerät. Wir müssen Lösungen finden. Es kann nicht sein, dass ein Pendler aus Eutin, der nach Hamburg will, demnächst das Doppelte bezahlen muss.

Aber, meine Damen und Herren, die Ausweitung des Hamburger Verkehrstarifs bis nach Lübeck bringt erhebliche Vorteile für die Bürger unseres Landes.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die fahren zum Beispiel von Bad Oldesloe nach Bahntarif nicht für 15 € beziehungsweise, wenn sie 50 % zurück bekommen, für 7,50 €, sondern nur für 5 €. Das ist billiger. Vielen anderen geht es genauso. Gerade die Masse der Pendler profitiert von dem System, das wir hier eingeführt haben.

(Beifall bei CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der FDP, Sie müssen uns einmal sagen, wie wir das eigentlich schaffen sollen. Wir haben darüber diskutiert, was wir im Land mit dem Geld, das uns dafür zur Verfügung steht, im Detail verbessern können. Können wir die Bahnhöfe verbessern, damit die Attraktivität steigt? Können wir zusätzliche Züge einsetzen, von denen sich die DB einfach zurückgezogen hat? All diese Themen haben wir mühsam diskutiert und eingeführt. Wir wissen, wie schwierig unser Weg gewesen ist. Die Gemeinsamkeit hat uns jedoch dazu geführt, dass wir in Schleswig-Holstein ein vernünftiges System auf die Beine gestellt haben. Man kann nicht an einem Tisch an allen Ecken und Enden ziehen. Irgendwo muss man auch einmal einen Schwachpunkt vertreten können. Auch als Politiker muss man schon mal sagen, dass etwas nicht geht, wenn das gesamte System funktionieren soll.

(Beifall bei CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte nun den Pro-Bahn-Vertreter Herrn Sievers zitieren, der uns die letzten Jahre sehr kritisch begleitet und uns den Weg nicht leicht gemacht hat. Er schreibt - er spricht ja für die Bahnkunden -:

„Notfalls ist es besser, ein attraktives Angebot mit weniger Rabatt zu haben, anstatt einen vollen 50-Prozent-Rabatt, durch den die privaten Wettbewerber kaputt gehen.“

Denn dann gibt es kein Angebot mehr, wenn das zu deren vollen Risiko geht. Wer will denn dann noch später den Wettbewerb mitgestalten? Daher fordern wir von der CDU: Herr Minister, verhandeln Sie weiter, versuchen Sie den besten Weg zu gehen. Einen Kompromiss haben Sie ja schon angeboten. Alles geht nicht. Wenn es in der Summe für die Bürger besser wird, mehr Züge, bessere Bahnhöfe und ein vernünftiges Angebot, in dem alle Orte verbunden sind, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Die Bahnpolitik soll uns alle weiter zusammenhalten.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte mir doch gewünscht, dass von der Seite der FDP die verkehrspolitische Sprecherin gespro-

(Karl-Martin Hentschel)

chen hätte und nicht jemand, der an den ganzen Beratungen nicht beteiligt war.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Und ich hätte mir auch gewünscht, dass Sie sich einmal erkundigen, wie viel eine Fahrkarte von Hamburg nach Westerland tatsächlich kostet. Sie kostet nämlich im Schleswig-Holstein-Tarif 30 % weniger als im normalen Bahntarif. Und selbst wenn Sie dann die 50 % vom normalen Bahntarif runterrechnen, ist das immer noch mehr, als wenn wir die 25 % Rabatt auf den Schleswig-Holstein-Tarif geben. De facto sind Ihre Zahlen schlicht und einfach falsch. Wir sollten sie, wenn wir schon eine Debatte führen, wenigstens mit den richtigen Zahlen führen.

Ich komme jetzt zu unserem Problem. Das Problem besteht darin, dass die DB AG ein Wettbewerber ist, sich aber tatsächlich aufgrund ihrer großen Anzahl von Zügen, die sie fahren lässt, wie ein **Monopolist** verhalten und diese Monopolstellung ausnutzen kann. Kein anderer Wettbewerber könnte anfangen, ein BahnCard 50 einzuführen, die nur für ihn selber gilt, und dadurch die anderen Mitbewerber derart unter Druck setzen. Die **DB AG** kann das aber, weil es sich für den Kunden aus der Tradition heraus so darstellt: Die DB AG führt eine BahnCard 50 ein und der Kunde muss denken, dass sie für sämtliche Strecken gilt. Dass sie in Wirklichkeit zunächst einmal nur für den Fernverkehr bei der DB AG gilt und für die Regionalverkehre, die nicht im Wettbewerb vergeben sind, ist etwas, was dem Kunden natürlich nicht begreifbar zu machen ist. Das ist das Problem.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und das ist das gleiche Problem, das wir mit den **Investitionen** haben. Der Staat gibt der DB AG Geld für die Investitionen. Die müsste er den Ländern geben, damit sie investieren können. Die DB AG benutzt sie für ihr privates Konkurrenzverhalten gegenüber den anderen Bahngesellschaften - also ein konkurrenzwidriges Prinzip. Und davon müssen wir runterkommen.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist eine grundsätzliche Strukturfrage und deshalb unterstütze ich den Wirtschaftsminister voll, wenn er sagt, dass man dieses Thema endlich einmal in der Verkehrsministerkonferenz auf Bundesebene behandeln muss. So kann es nicht weitergehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem sehe ich natürlich das Problem, dass die Kunden - gerade aufgrund der Werbung, die massenhaft in ihre Briefkästen flattert - denken: Die BahnCard 50 ist es, die BahnCard 50 muss jetzt kommen! Das gilt übrigens nicht für alle Kunden. Denn in Schleswig-Holstein wird ab dem nächsten Jahr das einheitliche Schleswig-Holstein-Ticket für Bahn und Bus gelten. Es ist so, dass die Buskunden keineswegs erwarten, dass die BahnCard auch für Busse gilt. Das müssen wir konstatieren. Das kann auch gar nicht funktionieren, weil nämlich die Dauerkartenrabatte für einen Bus nur 18 % ausmachen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki
[FDP])

Das heißt, wenn wir beim **Busverkehr** 50 % Rabatt geben würden, würde kein Kunde mehr eine Dauerafahrkarte kaufen, der gesamte Nahverkehr würde finanziell zusammenbrechen. Das heißt, das geht nicht, und das wissen wir.

Wenn wir nun ein **einheitliches Tarifsystem** haben, wo der Kunde den Vorteil hat, dass er beim Umsteigen keine neue Fahrkarte mehr kaufen muss, ist die Frage: Wie geht man mit der BahnCard um? - Ich würde mir wünschen, dass wir ein Modell finden, das erstens einen maximalen Vorteil an den Kunden weitergibt - das ist die eine Rahmenbedingung -, und das zweitens als Rahmenbedingung berücksichtigt, dass der Kunde auf Fernstrecken und längeren Strecken 50 % Rabatt erwartet, im Nahverkehr aber kein Rabatt möglich ist. Die dritte Rahmenbedingung ist: Das Modell sollte kostenneutral unter Berücksichtigung dessen sein, was die DB AG an Teilnehmer am Bahnkartell - wenn man das einmal so nennen will - zurückerhält. Diese Rahmenbedingungen habe ich mit Experten einmal durchdiskutiert.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh, oh!)

Wir sind dabei zu dem vorgeschlagenen Modell gekommen. Das heißt, ab 100 km Entfernung gibt es den vollen Rabatt von 50 %, ab 50 km gibt es den halben Rabatt in Höhe von 25 % des Fahrpreises und im Nahverkehrsbereich gibt es keinen Rabatt. Ich habe den Wirtschaftsminister gebeten, das durchzurechnen. Wir werden sehen, wie die Zahlen ausfallen, ob man so ein Modell finanzieren kann oder nicht. Selbstverständlich geht es nicht, dass wir Ausschreibungen zu bestimmten Bedingungen machen und mit Gesellschaften Verträge abschließen, die wesentlich günstiger sind als die mit der DB AG, die teilweise die DB AG um 40 % oder 50 % unterboten haben, und anschließend sagen: Jetzt führt aber neue Fahr-

(Karl-Martin Hentschel)

preise ein! Das kann nicht funktionieren. Damit kann man keinen Wettbewerb machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD] und Lars Harms [SSW])

Denn mit dem Geld, das wir da gespart haben, haben wir gerade zusätzliche Bahnstrecken und zusätzliche Bahnhofsinvestitionen sowie zusätzliche Vergünstigungen im Schleswig-Holstein-Ticket finanziert. Das muss man dazu sagen. Das heißt, das ist dem Kunden bereits alles wiedergegeben worden.

Auf der Grundlage dieser Situation stimme ich voll dem fairen Beitrag von Uwe Eichelberg zu. Ich fand ihn ausgesprochen Klasse.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich habe das Vertrauen, dass der Wirtschaftsminister alle Möglichkeiten nutzt - das hat er auch öffentlich gesagt -, um zu einer optimalen Lösung für die Fahrgäste in Schleswig-Holstein zu kommen. Wir sollten darüber im Ausschuss beraten.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Wir sollten wieder versuchen, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen und die dann auch gemeinsam im Land vertreten, und damit dem Bürger klare Signale geben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Problem mit der BahnCard ist ein Problem, das man weder der Landesregierung noch der LVS anlasten kann, lieber Herr Kollege Hildebrand.

(Beifall des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Dass wir Probleme mit der Anerkennung der BahnCard haben, liegt einzig und allein an der **Preispolitik der DB AG**. Im Dezember letzten Jahres sollte die BahnCard der Deutschen Bahn AG auslaufen und ab 2003 das viel zitierte gigantische neue Preissystem der Bahn eingeführt werden. Das war selbstverständlich bei allen Planungen der Mitkonkurrenten und - das ist ganz wichtig - auch bei Ausschreibungen Pla-

nungsgrundlage. Man brauchte bei seinen Angeboten und bei seinen Berechnungen nicht mehr die BahnCard berücksichtigen, weil die Deutsche Bahn AG diese gerade abgeschafft hatte.

Nach der Wiedereinführung der BahnCard 50 haben wir nun ein bundesweites Problem. Die einseitig getroffene Entscheidung der Bahn hat dazu geführt, dass die Preissysteme aller anderen Bahnanbieter durcheinander gewirbelt wurden. Würden die anderen Unternehmen die BahnCard 50 anerkennen, würde man dort massiv auf Einnahmen verzichten. Das ist natürlich nicht ohne Weiteres möglich. Solange es sich um kurze Strecken handelt, bei denen die BahnCard nicht so attraktiv ist, ist das Problem relativ gering und überschaubar. In Gegenden, in denen beispielsweise ein privater Bahnbetreiber ein Netz mit Strecken von 20 km oder 30 km Länge fährt, wie in Großstadtreigionen, sind Wochen-, Monats- oder Jahreskarten gegenüber Normaltickets mit BahnCard-Ermäßigung durchaus konkurrenzfähig. Schwieriger wird es bei längeren Strecken. Je länger die Strecke ist, desto attraktiver ist die BahnCard. Daher ist die **BahnCard 50** auch noch nirgendwo im Bundesgebiet bei anderen Bahnunternehmen voll anerkannt worden. Gerade Flächenländer haben längere Strecken an Private vergeben, was ja in der Natur der Sache liegt, weil weite Strecken überwunden werden müssen.

Für Schleswig-Holstein stellt sich - genauso wie übrigens für das Land Brandenburg - das Problem aber noch verschärft dar, weil wir über einen Tarifverbund verfügen. Innerhalb des Verbundes sind die Fahrpreise überall gleich hoch und alle Bahnbetreiber akzeptieren das jeweilige Ticket der anderen Bahnbetreiber. Das führt natürlich dazu, dass in einem Tarifverbund nicht für viele kleine Strecken nacheinander bei verschiedenen Unternehmen Tickets gelöst werden, sondern dass auch hier zu einem einheitlichen Tarif weite Strecken überwunden werden und sich somit beispielsweise nicht nur die BahnCard 25, sondern auch die BahnCard 50 lohnt. Und das ist für die beteiligten Unternehmen teuer.

Die Nichtanerkennung der BahnCard 50 liegt also nicht am bösen Willen der Beteiligten und schon gar nicht der Landesregierung, sondern ist in wirtschaftlichen Zwängen bei den beteiligten Unternehmen begründet. Insgesamt kann man davon ausgehen, dass eine Anerkennung der BahnCard 50 die beteiligten Unternehmen in Schleswig-Holstein mindestens 2 Millionen € kosten wird. Dieser Betrag steht zur Debatte und muss - wenn man es denn will - vom Land und den Unternehmen aufgebracht werden. Dass die Verhandlungen hierüber sehr lange dauern,

(Lars Harms)

ist vor dem Hintergrund der Summe und der verzwickten Situation nur zu verständlich.

Wir hatten seinerzeit - das wurde auch schon genannt - auch das Ziel, irgendwann einmal die **Busunternehmen** in den **Tarifverbund** zu integrieren. Wie soll man sich also jetzt schon auf eine mögliche Ausweitung des Verbundes vorbereiten? Und wollen die Busunternehmen vor dem Hintergrund des Preisdikta-tes der DB überhaupt noch einem solchen Verbund angehören? - Das sind auch zwei wichtige Fragen, die bei den Verhandlungen mit bedacht werden müssen.

Und eines dürfen wir auf keinen Fall unterschätzen: Die DB ist groß und damit mächtig. Sie kann jederzeit wieder ihr Preissystem ändern und alle anderen müssen sich dann wieder diesem System anpassen. So ist derzeit die Lage. Und in die Verhandlungen müssen natürlich Regelungen einfließen, die dieses verhindern. Daher sollten wir der LVS mehr Zeit geben, genau zu verhandeln, und wir sollten dies vor allem ergebnisoffen tun, denn die Anerkennung der Bahn-Card 50 ist kein Selbstzweck und die Nichtanerkennung auch kein Weltuntergang.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Der Antrag ist mit der Berichterstattung als erledigt zu betrachten. - Dem widerspricht niemand. Ein weiterer Antrag ist nicht gestellt, sodass der Tagesordnungspunkt damit erledigt ist.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Ablehnung der Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2832

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Aussprache. Ich erteile Herrn Abgeordneten Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon ein erstaunlicher Vorgang, dass man antritt, eine große **Reform im Gesundheitswesen** zu machen, die Vereinbarungen noch nicht einmal auf den Gesetzesweg gebracht worden sind und man schon davon spricht, dass das Ganze nicht viel bringe, man müsse eine neue **Bürgerversicherung** einführen. Das ist einer der erstaunlichsten Vorgänge überhaupt!

(Beifall bei CDU und FDP)

Man reibt sich die Augen darüber, welche Halbwertzeit das hat, was rot-grüne Politiker zu sagen haben.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Deshalb unterstützen Sie das auch!)

Ich glaube, wir stimmen weitgehend darin überein, dass das, was dort vereinbart ist, sicherlich auf Dauer nicht ausreichen wird, um zu einer tatsächlichen, nachhaltigen und stetigen Veränderung im Gesundheitswesen zu kommen. Ich könnte mir auch vorstellen, dass auf Dauer von allen politischen Kräften hier im Haus diese Notwendigkeit gesehen wird. Wenn das Wort von der Bürgerversicherung als Zauberwort kommt, dann kann man nur Folgendes feststellen: Das Gebot der Stunde und der Zukunft ist nicht, für immer mehr neue Einnahmen zu sorgen, sondern im Ausgabenbereich zu sparen. Nur das kann der Weg sein, um den es hier geht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Im Gesundheitswesen haben wir ein Volumen von 275 Milliarden €. Allein die Herausnahme oder die Reduzierung der versicherungsfremden Leistungen würde ausreichen, um einen nachhaltigen Effekt auszulösen. Dies wäre, um nur ein Beispiel zu nennen, ein wichtiger Punkt, den man umsetzen könnte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Eine Bürgerversicherung würde bedeuten, dass von allen abgeschöpft würde.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

- Seien Sie ganz unbesorgt! Man muss sich tatsächlich die Frage stellen, was dies auslösen würde. Ein Mehr an Einnahmen würde auch zu mehr **Leistungsanforderungen** führen. Das wäre die automatische Folge. Wolfgang Kubicki hat das Stichwort vorweg genommen. Deshalb wollen wir keine Einheitskasse, sondern mehr Wettbewerb. Das muss zu diesen Themen das Gebot der Stunde sein.

(Beifall bei CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Da kommen die Sozialisten wieder durch!)

Eine Einheitskasse würde ein Monopol mit mehr Bürokratie nach sich ziehen. Wir sehen heute schon die Probleme der Krankenkassen. Die privaten Krankenversicherungen nicht mehr auf dem Markt zu haben, wäre ein effektiver Verlust.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Baasch, wollten Sie damit Ihren Redebeitrag schon abgeleistet haben?

(Heiterkeit)

Herr Abgeordneter Kalinka, Sie haben wieder das Wort.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Herr Abgeordneter Kalinka, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Werner Kalinka [CDU]:

Ja, gern.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Kalinka, würden Sie mir darin zustimmen, dass wir quasi schon eine Einheitskasse haben, weil jede Kasse, die sich anstrengt, dadurch bestraft wird, dass sie durch den RSA im Hintergrund zur Einheitskasse gerechnet wird?

- Gott sei Dank noch keine Gesamteinheitskasse, aber Sie haben Recht, Herr Kollege Dr. Garg! Die Probleme des **Risikostrukturausgleichs** sind das eigentliche Problem, das dazu führt, dass es zwischen den Kassen nicht gerecht zugeht. Da hätte man sich ranmachen müssen. Daran mangelt es!

(Beifall bei CDU und FDP)

Es sollen zum Beispiel Mieteinnahmen hinzugerechnet werden. Ich finde es problematisch, wenn aus versteuertem Geld etwas aufgebaut wird, dieses noch einmal beim Finanzamt versteuert werden muss und noch einmal Abgaben für die Versicherungssysteme geleistet werden müssen. Das ist keine Kleinigkeit, über die man einen Schritt tiefer nachdenken sollte. Wir brauchen mehr Transparenz. Ich habe das dargelegt. Für die Verstetigung der Gesundheitspolitik nenne ich einige Stichworte: Abbau des Ärzte- und Pflegekräftemangels ist einer der wesentlichen Punkte für die Zukunft. In den Verabredungen wird dazu nichts Effektives gesagt. Auch dürfen Sozialhilfeempfänger nicht besser gestellt werden als die, die in der gesetzlichen Krankenversicherung sind.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es kann nicht angehen, dass noch nicht einmal die Einbeziehung verabredet wird, sondern nur eine bestimmte Gleichstellung zur gesetzlichen Krankenversicherung zuzüglich eines Bürokratiezuschlags von 5 %. Das kann es doch nicht sein!

(Beifall bei der FDP)

Ein weiterer Punkt: Wir brauchen eine nach wie vor **medizinisch hochwertige Versorgung für alle**. Wir nennen das deshalb, weil wir die tiefe Verunsicherung vieler älterer Menschen spüren und ihre Empörung teilen, wenn sie sagen, wir haben mit unserer Lebensleistung diesen Staat aufgebaut. Wir haben über Jahrzehnte eingezahlt. Solidarität darf keine Einbahnstraße sein, das muss ganz klar sein!

(Beifall bei der CDU)

Das Geben an Bedürftige ist kein Almosen, sondern eine selbstverständliche Solidarpflicht. Dies sollten wir deutlich zum Ausdruck bringen. Wir brauchen Kernbereiche, in denen die Leistung in jedem Fall bleiben muss. Wir können auch über Freiwilligkeitsbereiche nachdenken.

Das Thema der **Fallpauschalen** entzieht sich einer weiteren Lösung. Auch diese werden im Gesundheitswesen große Probleme nach sich ziehen. Sie schreiben seit einem Jahr zu unseren Anträgen. Schauen Sie sich allein die Strukturfragen der Krankenhäuser an, die wir jeden Tag in den Zeitungen lesen! Ich wollte nur einige kurze Punkte genannt haben. Der Präsident hat darum gebeten, in Kürze und Würze zu sprechen. Herr Präsident, ich hoffe, Sie waren zufrieden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das ist in Ordnung. - Ich erteile Herrn Abgeordneten Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der CDU-Fraktion ist wieder einmal ein typischer Kalinka-Antrag: Erst in Bausch und Bogen festhalten: „Mit uns gibt es keine Bürgerversicherung, das wollen wir nicht“, dann aber feststellen, dass sich etwas ändern muss. Dann werden sechs Punkte aufgeschrieben, die so belanglos sind, dass man sie zwar diskutieren sollte, doch sie sind zum größten Teil längst gelöst.

(Beifall des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD] - Lachen bei der CDU)

- Ja, darauf werden wir im Einzelnen noch kommen! Die CDU-Fraktion und der Kollege Kalinka machen sich das verdammt einfach. Sie wollen die Diskussion über eine **Bürgerversicherung** und die zukünftige Finanzierung unseres Gesundheitssystems einfach unterbinden, indem sie sagen, das gibt es nicht, das ist

(Wolfgang Baasch)

eine Einheitskasse, das hat irgendetwas mit der DDR oder sonst etwas zu tun. Der Kollege Kubicki hat dazwischengerufen und Sie haben das dankbar aufgenommen. Nein, so einfach ist das nicht! Sie werden sich aus dieser Diskussion nicht herausmogeln können. Sie werden sich dieser Diskussion stellen müssen, weil uns das, was jetzt in Berlin verabredet worden ist, für einige Jahre Luft geben wird. Da hat der Kollege Kalinka Recht. Es ist aber nicht die grundlegende Strukturreform im Gesundheitswesen, die wir eigentlich brauchen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nun werden Sie gleich wieder sagen, das seien die üblichen Verdächtigen, wenn ich Heiner Geißler, Horst Seehofer oder Ihren CDU-Arbeitnehmervereinigungsvorsitzenden Hermann Josef Arentz zitiere, den Sie eigentlich kennen müssten, Herr Kalinka. Diese sagen deutlich: Die Bürgerversicherung ist ein Weg. Diese Option müssen wir uns offen halten. Arentz sagte zum Beispiel:

„Die Absicherung der sozialen Risiken auf der schrumpfenden Basis der Arbeitnehmerlöhne führt zu immer höheren Beiträgen der gesetzlichen Versicherung oder zu immer mehr Löchern in der Versorgung der Menschen.“

Recht hat er, wir werden etwas tun müssen!

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wer sich diesen Herausforderungen stellt, der braucht eine Verbreiterung der **Finanzierungsgrundlage** unseres **Gesundheitssystems**. Es braucht eine solidarische Absicherung großer Risiken wie Krankheit und Pflege. Darin waren wir uns bisher - zumindest im Ziel - immer einig.

Eine solidarische Bürgerversicherung bedeutet nicht nur eine Reform der Finanzierung des Gesundheitswesens, sondern darüber hinaus ist sie auch eine Antwort auf gesellschaftliche Herausforderungen an den Sozialstaat. Hinter allem, was die Zukunft unseres Sozialstaates angeht, steht die Kernfrage nach dem solidarischen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Der Gesundheitskompromiss, den wir jetzt haben, wird uns einige Zeit geben, um vielleicht zu einer alternativen, besseren und auch zukunftsfähigen Finanzierung unseres Gesundheitssystems zu kommen. Wir brauchen notwendige Strukturreformen, mit denen unser Gesundheitssystem effektiver und menschlicher gestaltet werden kann. Wir brauchen ein Finanzierungssystem, das den Faktor Arbeit ent-

lastet und damit auch ökonomisch neuen Herausforderungen gerecht wird.

(Beifall des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

Die notwendigen Strukturreformen müssen zu mehr Qualität, zu mehr Effizienz, zu weniger Verschwendung und zu mehr Prävention im Gesundheitswesen führen. Mittelfristig brauchen wir im Gesundheitswesen einen Paradigmenwechsel hin zu einer Medizin, die stärker am individuellen Patientenwohl und weniger am technisch Möglichen ausgerichtet ist.

Wir haben in den letzten Jahren immer nur über die Frage der Höhe von Beitragssätzen diskutiert. Ich denke, das war einer der Punkte, durch den wir in die Frage des Wettbewerbs eingestiegen sind. Was war das für ein **Wettbewerb**, den wir gehabt haben? Die Krankenkassen haben sich im Wettbewerb darin unterboten, möglichst wenig Risiken zu haben und möglichst Junge und möglichst Gesunde in ihre Kassen hineinzuziehen. Dafür haben sie sehr viel Geld ausgegeben.

Ich glaube, einen solchen Wettbewerb brauchen wir nicht. Wer das nicht will, muss sagen, was Kassen sonst leisten und worin sie sich unterscheiden sollen.

Ich gehe natürlich davon aus - Sie haben das vorhin auch deutlich gemacht -, dass auch in Zukunft das **medizinisch Notwendige** finanziert wird, sodass die Menschen im Falle von Krankheit oder Pflegebedürftigkeit einen Anspruch haben. Wenn das so ist, dann werden alle Kassen - egal, in welcher Vielzahl sie existieren - ungefähr denselben **Leistungskatalog** anbieten müssen. Der Wettbewerb, den man dort hineinprojizieren will, wird dann nicht gegeben sein. Es handelt sich eher um eine Fata Morgana, da es auf die Hauptaufgaben und die Leistungen ankommt.

(Veronika Kolb [FDP]: Das ist falsch!)

Eine solidarische Bürgerversicherung könnte im Ergebnis tatsächlich ein neues Finanzierungsmodell begründen.

Ich will nur auf zwei oder drei der sechs Punkte des **Antrags der CDU-Fraktion** eingehen.

Im Mittelpunkt des Gesundheitswesens stand und steht der Patient. Ja, das ist richtig und so zu unterschreiben. SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben sich in Berlin darauf geeinigt. Auch das wurde im Eckpunktepapier genau so formuliert.

Dass die Versorgung in Medizin und Pflege für alle Menschen ohne Ansehen des Alters oder der finanziellen Leistungsfähigkeit gesichert sein muss, steht auch in dem Papier, das verhandelt wurde. Es ist zum

(Wolfgang Baasch)

Beispiel interessant, dass dem Anliegen der Patientinnen und Patienten auf Bundesebene durch die Bestellung eines **Patientenbeauftragten** Rechnung getragen werden soll. Man höre und staune: Auf der Bundesebene sind Beauftragte, in diesem Falle also Patientenbeauftragte, mit der CDU zu vereinbaren.

(Peter Eichstädt [SPD]: Hört! Hört!)

In Schleswig-Holstein würde eine solche Diskussion wahrscheinlich ganz anders aussehen.

Alle Versicherten sollen also unabhängig von Alter, Geschlecht und Einkommen den gleichen Anspruch auf die notwendige medizinische Versorgung haben. Auch das ist, wie gesagt, auf Bundesebene geregelt und im entsprechenden Eckpunktepapier enthalten. Sie haben zwar den Namen Ihres jungen Nachwuchspolitikers genannt, ich habe aber eher das Gefühl, dass das eine Diskussion ist, die Sie in Ihren eigenen Reihen führen müssen. Nicht umsonst fordert Ihre Kollegin Kleiner den Rücktritt dieses jungen Mannes. Sie und nicht der Landtag haben hier also einen Klärungsbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme nun zum Wettbewerb und zur Transparenz. Zum Wettbewerb im Zusammenhang mit den Krankenkassen habe ich schon einiges ausgeführt. Das brauche ich nicht zu wiederholen.

Nun also zur Transparenz. Die Kundenkarte wird durch eine so genannte intelligente **Chipkarte** ersetzt, durch die verhindert wird, dass **Doppelleistungen** erbracht werden. Durch sie soll leichter abgerechnet und mehr Transparenz erreicht werden. Auch das ist bereits vereinbart. Sie sehen: Das muss man hier im Landtag eigentlich nicht noch einmal beschließen. Auf der Bundesebene sind unsere Parteien - die SPD und die Grünen - wesentlich weiter, als Sie in Ihrem Antrag auch nur denken konnten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Veronika Kolb [FDP]: Also doch keine Kostenerstattung?)

Sie haben die **Sozialhilfeempfänger** angesprochen. Ich will nur kurz zitieren, was dazu in dem Papier, das Sie vielleicht noch gar nicht kennen, vereinbart worden ist. Dort heißt es:

„Sozialhilfeempfänger, die nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind, werden künftig mit GKV-Versicherten gleichbehandelt.“

Also ist auch dieses Problem, das Sie auf den Tisch gebracht haben, anscheinend gelöst.

Ich will allerdings keinen Hehl daraus machen, dass ich den ausgehandelten **Kompromiss** in der **Gesundheitsreform** für unzureichend halte. Ich glaube, die eigentlich notwendigen Strukturreformen wurden noch nicht auf den Weg gebracht, die abhängig Beschäftigten werden stark belastet und die paritätische Finanzierung des Gesundheitssystems wird immer mehr zerlöchert.

Schaut man sich die Gesundheitskosten, die zukünftig für die Versicherten entstehen - ab 2005 zum Beispiel den Zahnersatz und ab 2007 die private Versicherung des Krankengeldes -, an, so erkennt man, dass das in der Konsequenz dazu führt, dass Versicherte nicht weniger Beiträge zahlen werden. Entlastet werden allein die Arbeitgeber.

Das Positive, das dieser Gesundheitsreform abzugewinnen ist, ist der Zeitgewinn. Vielleicht verschafft sie uns Luft für einige wenige Jahre, in denen wir einen wirklichen Paradigmenwechsel in der Finanzierung unseres Gesundheitssystems vollziehen können.

Wenn das Ergebnis eine **solidarische Bürgerversicherung** ist, die damit auf den Weg gebracht werden kann, dann war der jetzige Kompromiss vielleicht der richtige Schritt in Richtung eines Gesundheitssystems, das solidarisch und zukunftsfähig ist und innerhalb dessen das Prinzip der Solidarität, das mit der Finanzierbarkeit vereinbar sein muss, zu Ende gedacht wurde.

Ihren Antrag werden wir ablehnen, weil eigentlich schon alles beschlossen oder auf den Weg gebracht wurde. Indem Sie ideologisch einfach nur Nein zur Bürgerversicherung sagen, werden Sie den Aufgaben unserer Zeit nicht gerecht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Kolb das Wort.

Veronika Kolb [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Baasch, wenn es denn so wäre, wie Sie es mit Ihrem Schlusssatz aussagten, dass nämlich alle Voraussetzungen gegeben sind, um in Zukunft eine tragfähige Basis in der Krankenversicherung zu haben, dann wären wir sehr froh und müssten hier nicht diskutieren.

Die Diagnose ist klar: Die **gesetzliche Krankenversicherung** hat kein Geld mehr. Den Kassen wurden in der Vergangenheit immer mehr Lasten aufgebürdet und gleichzeitig schrumpfte die Einnahmebasis, weil

(Veronika Kolb)

immer weniger Menschen einen sozialversicherungspflichtigen Job hatten. Zugleich wird immer deutlicher, dass das deutsche Gesundheitssystem in den Strukturen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten gebildet haben, nicht mehr reformierbar ist; es ist zu teuer.

Durch **Budgetdeckelung** haben wir ja bereits seit Jahren eine Zweiklassenmedizin. Sie ist einfach nicht mehr wegzudiskutieren. Das ist ineffektiv. Es bringt bei hohen Kosten nur mittelmäßige Leistungen. Vor allem aber kann es keine guten Leistungen und keinen medizinischen Fortschritt mehr finanzieren, wenn wegen der demographischen Entwicklung immer weniger junge Menschen für immer mehr alte Menschen aufkommen müssen.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Deswegen sollen ja alle einzahlen!)

- Ganz langsam, Herr Baasch. - Spätestens jetzt wird deutlich, was wir alle jahrzehntelang nicht wahrhaben wollten: Das **umlagefinanzierte System** hat seine Grenzen längst erreicht und sogar deutlich überschritten. Deshalb bestand die Hoffnung, dass die Regierung und die Opposition im Deutschen Bundestag dieses Problem durch einen gemeinsamen Kraftakt lösen können. Diese Hoffnung war leider verfrüht.

Ulla Schmidt und Horst Seehofer haben sich vor allem zulasten der Versicherten und der Patienten auf eine reine Kostensenkungsrunde verständigt. Diese löst aber keine der genannten und sehr bekannten Probleme. Durch diesen Kompromiss ist nur eines erreicht worden: eine Atempause.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

In dieser sehr kurzen Zeit wird die Wirkung des Kostensenkungsprogramms wieder verpufft sein. Das haben aber auch die beiden Verhandlungsführer sehr schnell bemerkt. Um davon abzulenken, wurde dann das Schlagwort der Bürgerversicherung ins Spiel gebracht; denn dieser Begriff schmeichelt dem Ohr. Da fühlt sich der Bürger gleich etwas sicherer und vor allen Dingen ein wenig ernst genommen.

Um einmal zu verdeutlichen, wie schnell dies ging: Am Montag, dem 21. Juli 2003, verkündeten Ulla Schmidt und Horst Seehofer, sie hätten sich auf die größte Sozialreform in der Geschichte der Bundesrepublik geeinigt. Bereits am Mittwoch - ich wiederhole es: am Mittwoch - zweifelte Seehofer plötzlich, ob die Reform länger als fünf Jahre trägt und er brachte den Vorschlag einer **Bürgerversicherung** ins Spiel, bei der der Kreis der Beitragszahler, aber auch der der Anspruchsberechtigten ausgeweitet wird. Am Don-

nerstag zeigte auch Ulla Schmidt Sympathie für diese Bürgerversicherung.

Es ist schon etwas bizarr: Ausgerechnet das Sozialduo, das damit gescheitert ist, mehr Markt in das verkrustete Gesundheitswesen zu implantieren, sagt nun, welche Therapie wirklich nötig ist, und fordert einen Systemwechsel und eine neue Form der solidarischen Vorsorge.

Was die beiden Bürgerversicherer - so möchte ich sie einmal bezeichnen - bisher allerdings verschweigen: Auch in der neuen Debatte geht es nicht um Strukturen, sondern ausschließlich um Geldquellen. Wieder fragt niemand, ob das solidarisch finanzierte Gesundheitssystem all das leisten muss und kann, was es derzeit leistet. Wieder einmal geht es nicht darum, den Wettbewerb zu fördern und so die Kosten zu drücken.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wieder wird sich vor der Antwort auf die Frage gedrückt, wie die Bürger künftig eigenverantwortlich handeln können und wieder werden die Auswirkungen des demographischen Wandels nicht berücksichtigt.

Stattdessen fallen Ulla Schmidt und Horst Seehofer nichts weiter ein als eine **Einheitskasse**. Dabei sind die Probleme doch allseits bekannt. Seit Jahren dreht sich eine Abwärtsspirale. Weil die Sozialabgaben steigen, werden immer mehr Stellen wegrationalisiert. Weil deswegen die Einnahmen sinken, müssen die Beiträge wiederum steigen. Nach dem Willen von Schmidt und Seehofer soll eine so genannte Bürgerversicherung einen Ausweg aus diesem Dilemma bieten.

Eine Bürgerversicherung löst das Problem einer Umlageversicherung aber nicht. Im Gegenteil: Sie verschärft das Problem noch, indem die Beiträge von Beamten, Selbstständigen und Freiberuflern ebenfalls an deren Einkommen gekoppelt werden.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Warum sollen die Lohnnebenkosten sinken, wenn der Kreis der gesetzlich Versicherten wächst? Warum sollen die Ortskrankenkassen ohne private Konkurrenz in Zukunft besser wirtschaften? - Es gibt absolut keinen Grund.

Die Einführung einer Bürgerversicherung bedeutet deshalb nur eines: eine drastische Beitragserhöhung und Sozialismus durch die Hintertür.

(Beifall bei FDP und CDU)

(Veronika Kolb)

Die Bürgerversicherung steht nicht für einen Systemwechsel, sondern sie steht für das „Weiter so“ in der deutschen Sozialpolitik. Sie kann vielleicht kurzzeitig durch neue satte Milliardenbeträge die Probleme mildern, aber nicht langfristig lösen, im Gegenteil: Die **neuen Beitragszahler** haben entsprechende Ansprüche, die die Befürworter dieser Einheitskasse in der Debatte so unendlich gern vergessen. Denn die neuen Beitragszahler sind nicht unbedingt gesünder als diejenigen, die derzeit in der gesetzlichen Krankenkasse versichert sind. Sie haben aber regelmäßig der GKV etwas voraus: Mit Altersrückstellungen von über 70 Milliarden € sind die derzeit privat Versicherten weitaus besser in Bezug auf die Kosten im Alter abgesichert.

Und: Es ist Aufgabe unseres **Steuersystems** und nicht der sozialen Sicherungssysteme oder gar einer Bürgerversicherung, für einen **sozialen Ausgleich** zu sorgen.

Herr Hentschel ist jetzt leider nicht hier, er hätte wieder auf das Schweizer Modell verwiesen. Aber auch darauf hätten wir eine Antwort gehabt.

Die FDP wird deshalb weder dem jetzigen Kompromiss von Ulla Schmidt und Horst Seehofer, der dem erstaunten Bürger als Reform verkauft worden ist, noch einer Bürgerversicherung zustimmen.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was schlagen Sie vor?)

- Kommt gleich, Frau Birk! - Statt eines neuen, gigantischen kollektiven Umverteilungssystems brauchen wir endlich richtige Reformen, die die wettbewerbsfeindlichen und ineffektiven Strukturen unseres Gesundheitssystems anpacken.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Werner Kalinka [CDU] und Heinz Maurus [CDU])

Dabei ist natürlich die Frage zu stellen, welche konkreten Ziele mit einer solchen Reform erreicht werden sollen. Muss es nicht endlich das Ziel sein, neben einer notwendigen Beitragsstabilität das Gesundheitssystem für die Herausforderung des **demografischen Wandels** zu wappnen?

Die Bürgerversicherung jedenfalls löst keine der großen Herausforderungen, vor denen unser Gesundheitswesen steht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag der CDU geht in die richtige Richtung. Herr Kalinka, allerdings werden leider keine konkreten Maßnahmen und Instrumente genannt, die Wettbewerb und Transparenz im Gesundheitssystem herstellen sollen. Es wurde nicht deutlich, was Sie unter versicherungsfremden Leistungen verstehen. Herr

Kalinka, sind Sie für das Prinzip der Kostenerstattung statt der Sachleistungen?

Wenn wir uns in diesen Punkten einigen könnten, dann sind wir ganz nah bei Ihnen und denken, dass wir das anpacken sollten.

Zum Wettbewerb gehört für uns, dass auch künftig die **freie Arztwahl** und die Therapiefreiheit der Ärzte gewährleistet bleiben

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU] und Werner Kalinka [CDU])

und der Pharma- und Forschungsstandort Deutschland gestärkt werden muss. Das sind die Herausforderungen, die wir anpacken sollten. Wir sind dazu bereit. Ich denke, wir werden das lösen können.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meinen Beitrag damit überschreiben: Die CDU in Schleswig-Holstein meldet sich aus einer der wichtigsten Zukunftsdebatten einfach ab.

(Veronika Kolb [FDP]: Stimmt nicht!)

Endlich haben die öffentlichen Medien sowie die gesellschaftlichen Verbände quer zu den sonstigen Konfliktlinien entdeckt, dass unser Gesundheits- und Versicherungssystem einer grundlegenden Neuerung bedarf. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen je nach ihrem Vermögen in die Krankenversicherung der Zukunft einbezahlen - wie, darauf komme ich gleich zu sprechen. Es kann doch nicht länger sein, dass sich ausgerechnet die gut verdienenden Menschen und diejenigen mit besonders sicherem Arbeitsplatz wie **Beamte** nicht in vollem Umfang an der Solidargemeinschaft der Versicherten beteiligen. Deshalb ist die Bürgerversicherung eine mögliche Antwort auf das Dilemma. Dieses Modell hat bei den Grünen schon seit Jahren in den internen Debatten eine große Rolle gespielt. Wir haben uns für ein Modell mit verschiedenen Varianten stark gemacht und freuen uns, dass die gesamte Gesellschaft nun endlich bei diesem Thema angekommen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Birk, Moment bitte! - Ich darf die Herren auf der hinteren Reihe der SPD-Fraktion ermahnen, etwas leiser zu sein oder sich draußen weiter zu unterhalten.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Danke schön. - Frau Kolb, leider haben auch Sie für die FDP einen Beitrag gebracht, der überwiegend durch Abwehr gekennzeichnet war. Es gibt zur **Bürgerversicherung** nur eine interessante Alternative, nämlich die Finanzierung der Gesundheitsversicherung - wie man es auch für andere Versicherungssysteme diskutiert - komplett über Steuern, ein Modell, das nicht nur in meiner Partei, sondern weit darüber hinaus diskutiert wird. Die Zeitschrift „Der Spiegel“ hat vor einigen Monaten eine interessante Modellrechnung des DIW erstellen lassen, eine Modellrechnung für alle sozialen Sicherungssysteme, die wir im Augenblick haben. Es ist eine Globalalternative. Das Ergebnis: Bei einer fast völligen Umstellung aller sozialen Versicherungssysteme auf Steuern können die Arbeitnehmerbeträge unter 10 % des Einkommens sinken und Deutschland wäre mit seinen Steuersätzen im europäischen Vergleich trotzdem wettbewerbsfähig. Zu diesem überzeugenden Zukunftsentwurf äußert sich die CDU erst recht nicht.

Unabhängig davon, wie die Einnahmen der zukünftigen Gesundheitsversicherung gestaltet werden, muss das **Gesundheitssystem** inhaltlich reformiert werden. Darin besteht in diesem Hause doch zumindest von der Grundrichtung her eine gewisse Einigkeit.

Unsere Fraktion hat immer wieder darauf hingewiesen, dass bloße Kostendämpfungsmaßnahmen nicht ausreichen, um die Krankenversicherung dauerhaft leistungsfähig zu erhalten. Es muss um **Qualität** gehen. Dafür ist es wichtig, dass innerhalb des Solidarsystems mehr Wettbewerb herrscht, aber nicht Wettbewerb nach dem Motto, wer der billigste Patient ist, sondern Wettbewerb nach dem Motto: Wie kann ich dieselbe gesundheitliche Leistung mit guter Qualität zu einem günstigen Preis erbringen? Das ist eine völlig andere Form von Wettbewerb als die, die die Betriebskrankenkassen im Augenblick machen,

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

die sich die junge, gesunde Klientel aussuchen und dann die gesetzlichen Krankenkassen mit Dumpingpreisen zwingen, sich ausschließlich um die älteren

und kränkeren Patienten zu kümmern. Das führt zu Wettbewerbsverzerrungen und hat mit fairem Wettbewerb nichts zu tun. Es muss einen **Qualitätswettbewerb** geben. Im Grunde genommen könnte man einen einheitlichen Mitgliedspreis festschreiben. Genau so etwas will ja die Bürgerversicherung.

(Veronika Kolb [FDP]: Sozialismus!)

Dann brauchte es nicht eine Versicherung im Sinne von einem Firmenschild zu sein, sondern man könnte dann natürlich einen Wettbewerb ausschreiben, wer zu dem Einheitspreis die besten Leistungen anbietet. Dann kommen wir zu weiteren inhaltlichen Fragen, zum Beispiel integrierte Praxis- und Krankenhaussysteme, Zusammenarbeit von ambulantem und stationärem Sektor, Einführung einer Arzneimittelpositivliste, die Ihre Freunde in Berlin bedauerlicherweise gerade verhindert haben, Herr Kalinka, obwohl sie eigentlich schon so gut wie verabschiedet war.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es müsste auch zu mehr Transparenz und Qualität auf dem **Arzneimittelmarkt** kommen. Hier gibt es erste Schritte, nur die sind viel zu zaghaft und wurden bedauerlicherweise durch die Mehrheiten der CDU verwässert. Hier haben ganz klar Lobbyisten an der Entscheidungsfindung mitgewirkt.

Auch bei den Fragen der Qualität haben wir keine wirkliche Unterstützung der CDU auf Bundesebene. Da nützt es nichts, Allgemeinplätze in einen Antrag hineinzuschreiben und zu sagen: Wir wollen, dass alles irgendwie besser wird und die Patienten im Mittelpunkt stehen. - Da wird Ihnen niemand widersprechen, aber jetzt streiten wir über das Wie.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal deutlich sagen: Die inhaltliche Reform der Gesundheitsversicherung braucht mehr **Integration**, sie braucht ein Ende der bisherigen Verschiebebahnhöfe. Auch wir Grünen sind uns einig, dass die jetzige Trennung zwischen Pflegeversicherung und Krankenversicherung nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Man muss sich überlegen, wie man die Verschiebebahnhöfe zwischen **Pflegeversicherung** und **Krankenversicherung** beendet, ob man wieder eine Versicherung macht oder ob man tatsächlich zu einer transparenten Trennung kommt, die das, was bisher läuft, nicht mehr ermöglicht. Meine persönliche Meinung ist, dass es wahrscheinlich besser wäre, die Pflege wieder, wie es ursprünglich einmal war, zu integrieren

(Angelika Birk)

und genauer zu definieren, was dem Wohl des Patienten dient.

(Veronika Kolb [FDP]: Das ist doch das Ende!)

Auch hierzu gibt es verschiedene inhaltliche Vorschläge, die ich hier aus Zeitgründen nicht ausführen kann. Es nutzt aber nichts, das Pflegerisiko einfach nur auszusitzen. Im Augenblick sind die **Pflegekassen** scheinbar noch besser gestellt, aber es ist absehbar, wann das nicht mehr der Fall ist. Auch jetzt klagen ja alle, die mit dem Pflegegeschäft zu tun haben, zu Recht. Auch wir im Landtag haben uns das immer wieder angeschaut. Die Pflege ist finanziell unterausgestattet. Selbst mit bester Organisation kann man mit dem Geld keine wirklich gute, humane Pflege machen. Es müsste uns doch ein Anliegen sein, die Pflege in die Debatte über ein besseres Gesundheitssystem mit hineinzubringen.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen: Ob man an die Sache über eine Steuerfinanzierung oder über eine Bürgerversicherung herangeht, ist nicht eindeutig zu beantworten. Für beides gibt es gute Argumente. Man muss sich klarmachen: Wettbewerb wäre von unterschiedlichen Anbietern möglich. Was allerdings nicht mehr möglich wäre, ist, dass die Kranken und Älteren - das tun die Privatversicherungen - teurer versichert werden als die Jungen und Gesunden. Man müsste einen Qualitätswettbewerb ausrufen, der sich nicht an den einzelnen Leiden oder der Gesundheit des Menschen orientiert, welcher sich versichert, sondern sich daran orientiert, was eine solche Gesundheitsversicherung auf die Beine stellt. Wer ein gutes Praxisnetz hat, wer gute Vertragspartner hat, kann dann natürlich auch gute Leistungen anbieten. Wenn man einen solchen Wettbewerb ausrufen würde, hätte man im Grunde genommen endlich die Qualität in den Mittelpunkt gestellt.

(Veronika Kolb [FDP]: Frau Birk, das gibt es doch schon alles!)

Dazu bedarf es - das ist ein weiteres wichtiges Element - mehr Transparenz für den Patienten und die Patientin.

Der mündige Patient kann sich doch nur dann wirklich informieren, wenn er erstens weiß: Was kostet es, wenn ich mich behandeln lasse? Insofern ist es richtig, dass wenigstens auf Anfrage zukünftig Patientinnen und Patienten eine Rechnung bekommen, auch dann, wenn sie nach dem bisherigen System gesetzlich versichert sind.

Eigentlich reicht uns das noch nicht. Eigentlich müsste deutlich sein, dass jeder Patient und jede Patientin

zweitens unaufgefordert in umgangssprachlichem Deutsch eine Auskunft darüber erhält: Was hat dieser oder jener Arztbesuch oder diese oder jene Massage gekostet? Es müsste drittens gesagt werden, welchem Ziel die Maßnahmen dienen sollen. Denn dann würde zum Beispiel sehr schnell deutlich, dass sich manche Ärzte überhaupt nicht zielgerichtet verhalten. Man könnte sich dann auch viel besser im Dialog mit den Krankenkassen darüber informieren: Was ist „state of the art“? Und ist die Behandlung, die ich bekomme, in diesem Rahmen die richtige?

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Birk, gestatten Sie der Frau Abgeordneten Kolb eine Zwischenfrage?

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit würde ich meine Ausführungen gern zu Ende führen. Frau Kolb kann sich dann ja gern zu einem Redebeitrag melden.

Im Augenblick ist die Situation so, dass wir uns zwar einer Chipkarte für Patienten nähern - da findet ja der Modellversuch gerade in Flensburg statt; das ist sicher wichtig, damit die Krankenhäuser und die behandelnden Ärzte Einblick in die Informationen haben, die sie über die Patientinnen und Patienten brauchen; dazu ist eine Chipkarte natürlich gut; das vermeidet überflüssige Doppeluntersuchungen -, aber was ist mit den Patientinnen und Patienten? Können diese lesen, was auf der Chipkarte steht? Können sie verhindern, dass vielleicht versehentlich Fehlinformationen darauf gespeichert sind? Können sie, wenn sie vielleicht gar nicht möchten, dass bestimmte Dinge über ihr Krankheitsleben veröffentlicht werden, dagegen Einspruch erheben?

Das sind alles wichtige Fragen, die politisch zu klären sind, bevor wir eine solche Chipkarte bundesweit einführen.

Einerseits ist eine Vernetzung wichtig. Aber wir müssen andererseits die Mündigkeit, die Teil und Grundlage eines Heilungsprozesses ist, vorn anstellen. Wir dürfen nicht ein weiteres Mal bewirken, dass Patientinnen und Patienten nur Rädchen im Getriebe sind.

Wie Sie sehen, haben wir inhaltlich eine Menge zu tun. Erste vorsichtige Schritte sind gemacht, leider nicht so viele, wie wir uns erhofft hatten. Das liegt daran, dass es sich jetzt um einen Allparteienkompromiss handelt, den wir hier zur aktuellen Beschlussfassung vorliegen haben.

Ich bin froh darüber, dass gleichzeitig eine Debatte über weitergehende Reformschritte angestoßen ist. Es

(Angelika Birk)

liegt auch an uns in den Landtagen und an den Diskussionen, die wir vor Ort in der Gesellschaft führen, ob diese Debatte schnell wieder begraben wird oder wir tatsächlich einen Schritt nach vorn kommen und zu mehr Gerechtigkeit im Gesundheitssystem gelangen. Wir haben das bitter nötig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Hinrichsen.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer sich Hoffnungen gemacht hat, dass die Krise der gesetzlichen Krankenversicherung jetzt endlich den Druck zu wirklichen Reformen des Gesundheitswesens bringen würde, sieht sich wieder einmal enttäuscht. Spätestens seit den Konsensgesprächen in Berlin ist klar, dass wie bei den letzten Gesundheitsreformen einmal mehr die Patienten die Verlierer sind. Innovative Ansätze in der Gesundheitspolitik wurden beerdigt. Stattdessen dürfen die Patientinnen und Patienten die Suppe auslöffeln.

Deshalb mutet insbesondere Punkt 1 des CDU-Antrags auch wie Hohn an. Im Mittelpunkt des Gesundheitswesens stand und steht der Patient. So schrieb der Kollege Kalinka. Richtiger wäre es, hinzuzufügen: Im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Interesses des Gesundheitswesens steht der Patient.

Denn was hat die CDU in der Reformdebatte erreicht? Die Leistungsanbieter und die Pharmaindustrie können weitermachen wie bisher. Dabei spielen gerade sie eine nicht unbedeutende Rolle bei den Kostensteigerungen, weil sie die Nachfrage nach ihren eigenen Dienstleistungen zum Teil selbst steuern können.

Wichtige Reformen wie die Einführung einer Positivliste für Arzneimittel oder der Einstieg in ein primärärztliches Versorgungssystem mit dem Hausarzt als Lotsen, von Experten seit langem gefordert, bleiben wieder auf der Strecke.

Die CDU hat es einmal mehr geschafft, eine anständige Modernisierung der Versorgungsstrukturen zu verhindern. Die kostentreibende Rolle der Kassenärztlichen Vereinigungen bleibt offensichtlich unangetastet.

Vergessen scheint die Erkenntnis des Sachverständigenrates für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen zu sein, dass den im internationalen Vergleich

hohen Ausgaben in Deutschland nur mittelmäßige Leistungen gegenüberstehen. Die festgestellten Über-, Unter- und Fehlversorgungen werden durch eine einseitige Belastung der Versicherten nicht wesentlich angetastet. Dabei gibt es schon viele Ansätze für eine grundlegende Strukturreform im Gesundheitswesen. Nur scheitern sie seit Jahren in den Reformverhandlungen, weil die Gesundheitspolitik unter dem Einfluss der Beteiligten zu wenig entgegenzusetzen hat.

Seit Jahren wird von politischer Seite mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen gefordert. Besonders weit gekommen sind wir damit aber noch nicht.

Die Einführung marktwirtschaftlicher Instrumente im Gesundheitswesen hat ganz bestimmt ihren Charme und muss sein. Man sollte sich aber nicht der Illusion hingeben, dass der **Wettbewerb** allein die Kosten im Gesundheitswesen senken wird. Denn wir haben es letztlich nur mit einem Quasi-Markt zu tun. Die Nachfrage nach konkreten Leistungen wird nicht zuerst durch die Kunden, nämlich die Patientinnen und Patienten, bestimmt, sondern durch ihre Ärzte.

Daher ist eine gesundheitspolitische Steuerung der **Rahmenbedingungen** notwendig. Eben deshalb sind Instrumente wie die Positivliste, die Lotsenfunktion der Hausärzte und so weiter entwickelt worden. Sie wurden aber, sofern sie in der Diskussion überhaupt eine Rolle spielten, bisher immer zu Fall gebracht.

Im ambulanten Bereich hat die Lobby der niedergelassenen Ärzte es erfolgreich verstanden, neue Strukturen wie die fachärztliche Versorgung in Ambulatorien zu verhindern, obwohl diese volkswirtschaftlich sinnvoll wäre und keine schlechtere Qualität für die Patienten bringt. Man hat im Gegenteil dafür gesorgt, dass entsprechende Strukturen in der DDR nach der Wiedervereinigung schnell zerschlagen wurden, damit es durch diese Polikliniken keine unliebsame Konkurrenz gibt.

Von dem, was von der aktuellen Gesundheitsreform übrig geblieben ist, entfällt nur wenig auf die politische Steuerung. Was noch da ist, zielt bezeichnenderweise wieder einmal auf die Patienten ab. Selbstverständlich macht es Sinn, beim Verbraucher das Bewusstsein dafür zu schärfen, welche Kosten er durch die Inanspruchnahme des Gesundheitswesens verursacht. Es ist altbekannt, dass die Deutschen durch besonders häufige Arztbesuche auffallen. Durch die Praxisgebühr lassen sich aber nicht unbedingt jene abschrecken, die unnötigerweise regelmäßig zum Arzt laufen.

Die obligatorische Gebühr von 10 € pro Quartal ist falsch. Sie könnte leicht einen unbeabsichtigten Effekt bekommen. Menschen mit niedrigem Einkom-

(Silke Hinrichsen)

men werden trotz Krankheit durch die Gebühr abgeschreckt, was längerfristig eher zu höheren Ausgaben führt.

Wir hätten es begrüßt, wenn die Gebühr stattdessen zur Steuerung im Sinne einer primären hausärztlichen Versorgung genutzt worden wäre, so wie es die Bundesgesundheitsministerin ursprünglich angedacht hatte. Es sollte eine Gebühr als Anstoß dazu sein, als erstes den Hausarzt zu konsultieren, statt aufgrund einer eigenen Diagnose gleich einen Facharzt aufzusuchen. So würden die Patienten einen Anreiz bekommen, durch kostensparendes Verhalten die Praxisgebühr zu vermeiden.

Der SSW ist gegen die Privatisierung von Gesundheitskosten. Die Absicherung grundlegender Lebenslagen und Risiken wie Krankheit, Alter, Behinderung und Unfälle muss Aufgabe der **Solidargemeinschaft** bleiben.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht in der Gesundheitspolitik nicht nur um die Frage, was wir mit unserem heutigen Gesundheitswesen leisten können oder wie wir die Lohnnebenkosten senken. Dies sind zwar zentrale Anliegen, aber die große Herausforderung der Gesundheitspolitik ist vor allem die Antwort auf die Frage, wie das Gesundheitswesen eingerichtet sein muss, um diese Solidarität zu erhalten.

Kaum jemand stellt noch offen die Frage, wie viel uns allen die solidarische Verantwortung für die Gesundheit und das Schicksal anderer Wert ist. Über die Jahre hinweg und nicht zuletzt durch das Zutun der Berliner Opposition lautet die Maxime in der Gesundheitspolitik zunehmend: Jeder ist sich selbst am nächsten.

Wenn man den bisherigen Verlauf der aktuellen Gesundheitsreform Revue passieren lässt, dann fällt eines besonders auf: Die Rolle der CDU ist verheerend gewesen. Demgegenüber ist der heutige Antrag direkt harmlos. Fast könnten wir dem Unionsantrag zustimmen, weil er überwiegend unschädliche Allgemeinplätze beinhaltet, wäre da nicht die Überschrift und der erste Satz; denn der SSW lehnt eine Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen mit Sicherheit nicht ab. Wir meinen, dass eine Bürgerversicherung, in der alle in Deutschland solidarisch die Gesundheitsversorgung finanzieren, die richtige Perspektive ist.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich darf doch um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Die gesetzliche Krankenversicherung leidet - wie alle anderen Systeme der sozialen Sicherung in Deutschland - unter den hoffnungslos zersplitterten Strukturen, die die Kosten unnötig in die Höhe treiben.

Wir geben der CDU Recht, dass **Sozialhilfeempfänger** auch in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen werden sollten. Wir meinen nur, dass dies auch für Beamte, Selbstständige und Abgeordnete gelten muss und dass die Beiträge auf alle Einkommensarten erhoben werden müssen. Die Bürgerversicherung könnte dazu beitragen, die Lohnnebenkosten zu senken, die Beitragssätze herabzusetzen und die Einnahmen der Krankenversicherung besser gegen negative Konjunkturlinien - wie die hohe Arbeitslosigkeit - zu sichern.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spooren-donk [SSW])

Aus diesem Grund lehnen wir die Bürgerversicherung nicht ab, sondern fordern ganz im Gegenteil eine solche Reform der gesetzlichen Krankenversicherung.

Was wir dagegen mit Sicherheit ablehnen, ist die Einführung von **Kopfpauschalen**, die die Bürger zur Kasse bittet, unabhängig davon, wie hoch ihr Einkommen ist. Die Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung ist heute ungewisser denn je. Niemand von uns kann sagen, wohin die Reise geht. Sicher ist, dass die bisher beschlossenen Reformen - auch die aktuelle, noch nicht beschlossene - die Zukunftsprobleme nicht lösen. Das haben aber auch alle anderen Kolleginnen und Kollegen in ihren Beiträgen gesagt.

Es mag sein, dass wir irgendwann einmal die Frage stellen müssen, ob diese oder jene Leistung wirklich noch durch die solidarische Krankenversicherung finanzierbar ist. Dabei möchte ich allerdings ausdrücklich sagen, dass ich da bestimmt nicht an die Lösungen eines Herrn Missfelder von der Jungen Union denke, der Menschen über 70 Jahre schon für „abgängig“ hält.

Wir kommen aber irgendwann nicht um die Frage herum, wieweit die Krankenversicherung alle Leistungen finanzieren kann, die auch medizinisch möglich sind. Ich weigere mich aber, mich bei dieser Diskussion darauf einzulassen, bevor nicht die Wirtschaftlichkeitsreserven ausgeschöpft sind, die durch vernünftige strukturelle Reformen der Krankenversorgung in Deutschland zu erzielen wären; denn im

(Silke Hinrichsen)

Mittelpunkt der Gesundheitspolitik sollte der Patient stehen und sollten nicht die Leistungserbringer stehen.

(Beifall bei SSW, SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bin durch die Geschäftsordnung gehalten, Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort zu einem Kurzbeitrag zu geben.

(Heiterkeit)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ob das unnötig ist oder nicht - Sie haben es zum Teil der Kollegin Birk zu verdanken; denn das, was sie hier gesagt hat, das möchte ich doch nicht so stehen lassen, zumal noch nicht einmal Joschka Fischer an das glaubt, was Frau Birk hier vorgetragen hat.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können nämlich heute im „Handelsblatt“ vom 29. August 2003 nachlesen:

„Joschka Fischer: So unterliege die Bürgerversicherung der Illusion, die Kassenbeiträge ließen sich durch Umverteilung auf mehr Köpfe und alle Einkommensarten dauerhaft senken.“

Dem ist in diesem Punkt nichts weiter hinzuzufügen.

Sie sind heute die Erklärung schuldig geblieben, Frau Birk, warum ein System in einer alternden Gesellschaft, in der es für 90 % der Bevölkerung nicht mehr funktioniert, auf einmal für 100 % der Bevölkerung funktionieren soll. Darauf haben Sie keine Antwort gegeben.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Dann haben Sie wieder so populäre Schlagworte in die Debatte gebracht. Ich halte Ihnen einfach einmal zugute, dass Sie nicht wissen, wovon Sie reden, wenn Sie vom **Monopol** der Kassenärztlichen Vereinigung reden. Wunderbar. Dann schaffen Sie gleichzeitig das Monopol der GKV und das Monopol der Kassenärztlichen Vereinigung ab und definieren Sie den Sicherstellungsauftrag, den das Monopol der Kassenärztlichen Vereinigung hat!

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Auch darüber kein einziges Wort.

Frau Birk, dann die Positivliste oder die Negativliste - wie immer Sie das nennen wollen! Beantworten Sie die Frage und beantworten Sie sie hier klar und eindeutig: Wollen Sie, dass die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor ein innovativer Standort für pharmazeutische Forschung und pharmazeutische Produkte bleibt, ja oder nein?

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

- Ja, ist ja in Ordnung. Das muss man aber dazu sagen.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

- Ja, Frau Kähler, ich weiß, dass Sie auch dafür Expertin sind.

Nächster Punkt: Versicherungszwang für alle! Also der Zwang zum Abschluss einer Versicherung für alle geht in Ordnung, eine **Zwangsversicherung** nicht. Warum tragen Sie sich eigentlich ständig mit dem Gedanken, dass alles das, was der Staat organisiert, auch tatsächlich am besten ist? Es ist eben falsch, dass nur eine Steuerfinanzierung oder nur eine Beitragsfinanzierung das Problem lösen kann. Es gäbe auch noch einen dritten Weg, es gäbe auch noch die Möglichkeit einer prämienfinanzierten Lösung. Dazu haben Sie kein Wort gesagt. Das wäre eine Möglichkeit.

Dann muss man natürlich so ehrlich sein - dann haben Sie den Zustand, den Sie offensichtlich nicht wollen -, dass risikoäquivalent kalkulierte Prämien erhoben werden. **Soziale Unausgewogenheiten**, die dadurch entstehen, die kann man dann durch unmittelbare, transparente, direkte Steuertransfers an jenen Personengruppen ausgleichen, die diese Unterstützung tatsächlich benötigen.

(Beifall bei der FDP)

Das wäre mehr Transparenz, das wäre mehr **Wettbewerb**. Dann brauchen wir nämlich diese ganze staatliche Organisation, diese ganze Monstranz überhaupt nicht in ihrem jetzigen System, das Sie ja auf irgendeine Art und Weise weiterentwickeln wollen. So werden wir die Probleme einer immer älter werdenden Gesellschaft mit Sicherheit nicht lösen. Die Bürgerversicherung so, wie Sie sie heute vorgeschlagen haben, ist nichts anderes als die Ausdehnung des heutigen nicht mehr finanzierbaren Umlageverfahrens.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bin gehalten, auch noch der Frau Abgeordneten Birk das Wort zu einem Kurzbeitrag zu geben.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind hier nicht im Bundestag. Keine Angst. Aber einige wenige Erwiderungen seien mir doch gestattet, wenn ich hier schon mehrmals persönlich angesprochen worden bin.

Die Zeit hat nicht gereicht, hier ein Gesamtsystem darzustellen, wie es eigentlich notwendig gewesen wäre. Ich möchte mich nur deutlich dagegen verwahren, dass ein System **Bürgerversicherung** automatisch bedeutet, es gibt nur noch eine einzige Krankenkasse. Sie können sagen, der Bürgerversicherungsbeitragssatz ist so und so hoch für alle, je nachdem, was sie eben verdienen, meinetwegen mit einem Prozentsatz - wenn wir das schaffen würden - von 9 % oder 8 % oder 10 %, wie auch immer.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Dann muss jede Kasse für diesen Beitragssatz um ihre Mitglieder werben und dann wird die eine Kasse, die plietsch ist, für diesen Beitragssatz attraktive Leistungen anbieten und eine andere nicht.

(Veronika Kolb [FDP]: Wie wollen Sie das denn machen? - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist doch Kinderkram! Es geht doch um den Risikoausgleich!)

Natürlich wird man sich über das Thema Risiken unterhalten müssen. Was jetzt passiert, Herr Garg - das können Sie nicht leugnen -, der **Risikostrukturausgleich** leistet nicht das, was er eigentlich leisten soll, nämlich dafür zu sorgen, dass sich nicht einige Kassen die jungen, gesunden Mitglieder aussuchen und die anderen für die wirklichen Risiken zu tragen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir wissen doch, 20 % der Mitglieder verursachen 80 % der Kosten. Dieses Problem lösen Sie nur mit Solidarität.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Durch den Kontrahierungszwang lässt sich das Problem lösen!)

Was im Augenblick passiert, ist, dass die **Privatkassen** und insbesondere die neu gegründeten **Betriebs-**

krankenkassen dieses System missbrauchen. Hier müssen wir eine Änderung finden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe eine Reihe von Dingen gesagt, Herr Dr. Garg, wie ich mir ein Gesundheitssystem vorstellen - nicht nur ich, sondern es gibt auch Experten, die hierzu Vorstellungen haben -, wie durch Positivliste, durch Integration von ambulant und stationär, durch Vermeidung von Doppeluntersuchungen, durch eine Führung über das Hausarztprinzip und durch eine Reihe von Interventionen tatsächlich mehr eine Situation entsteht, die Kosten einspart. Durch die Tatsache, dass wir alle älter werden, müssen wir durch, damit müssen wir uns auseinander setzen. Das löst kein Finanzsystem der Welt, es sei denn, wir wollen uns alle in irgendeiner Form in Luft auflösen. Aber das wird ja hier keiner befürworten,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Man muss das Finanzsystem darauf abstimmen!)

dass wir uns so verhalten, wie das offensichtlich ein Vertreter der Jungen Union propagiert.

Insofern verwehre ich mich gegen den Vorwurf, wir hätten keine inhaltlichen Vorschläge. Die Grünen waren die Ersten, die in all den Jahren, in denen sich noch niemand über eine Reform des Gesundheitssystems Gedanken gemacht hat, inhaltliche Strukturvorschläge gemacht haben.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Ach du lieber Himmel!)

Insofern möchte ich noch einmal an die FDP gerichtet fragen: Wo denn - abgesehen davon, dass Sie alle Risiken privatisieren wollen, wie Sie es gerade in Ihren Modellen vorgeschlagen haben - ist Ihre Antwort? Kopfpauschalen oder Prämiensysteme sind nicht die Antwort. Wir brauchen Gerechtigkeit und wir brauchen nicht noch mehr Privatisierung von Risiko.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Ministerin Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert. Da steht hier ein FDP-Po-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

litiker, stellt einen CSU-Politiker unter Sozialismusverdacht und die CDU im Landtag klatscht dazu.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hat etwas. Es zeigt aber auch - jedenfalls ein bisschen -, wie ideologisiert die Debatten in Deutschland über Gesundheitspolitik immer noch sind. Davon müssen wir wegkommen. Herr Kalinka, der erste Schritt mit dem Kompromiss über die Eckwerte der zwischen SPD und CDU gefunden wurde, ist ein richtiger und wichtiger Schritt auf diesem Weg. Wir jedenfalls haben das begrüßt. Das ist nämlich auch ein Zeichen für die gemeinsame Verantwortung der politischen Parteien auf diesem wichtigen Feld. Ich werde mich heute nicht hinstellen und diesen Kompromiss zerreden. Er enthält nämlich auch gute Ansätze. Eines aber muss klar sein: Das ist nur der erste Schritt. Auf diesem schwierigen Weg, die gesetzlichen Krankenversicherung überhaupt zukunftsfest zu machen, müssen weitere Schritte folgen.

Eines muss auch klar sein: Die Einführung einer **Bürgerversicherung**, die schlicht mehr Geld in die Kassen spült, kann nicht am Anfang stehen. Über die Einführung einer neuen Versicherungsart kann erst dann überhaupt entschieden werden, wenn die Grundsanierung, sozusagen die Zukunftsfähigkeit der gesetzlichen Krankenkassen, gesichert ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Herr Kalinka und offenbar die gesamte CDU hier im Haus, im Gegensatz zur CDU bundesweit - so muss man sagen -, weiß jetzt schon, wie es nicht gehen darf, nämlich auf keinen Fall mit einer Bürgerversicherung. Ein typischer Schnellschuss, der sich mit den ganzen komplexen Fragen und den typischen Ausgestaltungen und Modifizierungen einer Bürgerversicherung oder auch ihren Alternativen noch gar nicht auseinander setzt.

Gestern hat die **Rürup-Kommission** ihren Bericht an Ulla Schmidt übergeben. Auch die Fachöffentlichkeit kennt den Bericht erst seit ein paar Stunden. Die Kurzfassung liegt vor. Der kann man entnehmen, dass der Bericht keine abschließende Empfehlung enthält

(Veronika Kolb [FDP]: Traurig genug!)

zu den Alternativmodellen zur gesetzlichen Krankenversicherung. Er enthält auch keine Empfehlung zum Modell einer Bürgerversicherung. Es werden vielmehr die Varianten Bürgerversicherung, die mit den Vorstellungen von Herrn Lauterbach verbunden ist, und das alternative Kopfpauschalensystem aus der Feder von Herrn Rürup mit ihren jeweiligen Vorzügen

und Nachteilen einander gegenüber gestellt. Allein dies ist schon ein Hinweis darauf, dass das zukunftsträchtigste Modell und der Stein der Weisen noch nicht gefunden sind. Dieser Auffassung schließt sich derzeit die Landesregierung an.

Ich will auf einen Punkt zu sprechen kommen, der für die Bewertung dieses Antrages wichtig ist. Das Modell der Bürgerversicherung und das alternativ diskutierte **Kopfpauschalensystem** schließen sich in vielen Teilelementen keineswegs aus. Sie sind in Einzel-elementen sogar koppelbar. So könnte sich eine individuelle Kopfpauschale stärker an dem Solidargedanken der Bürgerversicherung orientieren, also einkommensabhängige Elemente berücksichtigen, und im Gegenzug könnte man Elemente des Kopfpauschalensystems mit der Bürgerversicherung kombinieren, etwa in der Frage der Mitversicherung von Familienangehörigen. All dies kann man erst dann wirklich seriös diskutieren, wenn man sich mit den Voten und den Analysen der Kommission in der gebotenen Sorgfalt auseinander gesetzt hat.

Man kann jedenfalls nicht wenigen Stunden nach der Veröffentlichung des Gutachtens schon Einzellösungen propagieren, die wirklich alle Probleme lösen. Das hat heute hier wohl auch niemand wirklich gewollt - außer Ihnen, Herr Kalinka, der Sie schon heute wissen, was alles nicht geht. - Sie sagen das ja ganz lapidar in Ihrem ersten Satz in Ihrem Antrag. Über die Spiegelstriche kann man ja reden. Je allgemeiner die Forderungen sind, desto leichter kann man sich sowieso verständigen. Dieser eine Satz, die Ablehnung der Bürgerversicherung, wobei man noch gar nicht wissen konnte, wie komplex das Ganze begründet wird und welche Alternativen da stehen, ist jedoch etwas vorschnell.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kalinka?

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Bitte.

Werner Kalinka [CDU]: Stimmen Sie mit mir überein, dass das Thema Bürgerversicherung nicht erst seit gestern, seit dem das Ergebnis der Kommission auf dem Tisch liegt, sondern seit Jahren öffentlich diskutiert wird?

- Das Thema Bürgerversicherung wird seit einigen

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Wochen mehr oder weniger oberflächlich öffentlich diskutiert.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

- Nein, Herr Kalinka. Uns liegt mit dem Bericht der Rürup-Kommission jetzt zum ersten Mal eine wirklich ausführliche Analyse und eine Darstellung der komplexen Problematik vor. Was bisher in der Öffentlichkeit diskutiert worden ist, sind doch mehr oder weniger Schlagworte und ideologische Positionen. Das ist jedenfalls mein Eindruck.

Wir sollten nicht weiter Verunsicherung betreiben, sondern den Menschen klar und offen sagen, wie die Zukunftsperspektiven, wie die Probleme sind -

(Veronika Kolb [FDP]: Das hätten wir uns gewünscht!)

mit allen Risiken und Chancen, aber auch mit allen Möglichkeiten und Grenzen. Wir kommen nicht darum herum, die Vorschläge sehr sorgfältig zu analysieren und zu bewerten.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kalinka, Ihr Kollege im Bundestag, Herr Storm, hat dieser Woche gesagt, diese Reform verschaffe uns eine Atempause von mehreren Jahren. Ob das so richtig ist, weiß ich nicht. Sie aber für eine ruhige Reformdebatte in Sachen Versicherungssystem zu nutzen, ohne gleichzeitig Stillstand in der Gesundheitspolitik zu haben, finde ich richtig.

Die Landesregierung jedenfalls stellt sich dieser Aufgabe. Wir werden uns mit den Vorschlägen sehr qualifiziert auseinander setzen. Sie können sicher sein, dass wir uns auch auf der Bundesebene intensiv an der politischen Willensbildung beteiligen. Einer Aufforderung Ihrerseits dazu bedürfen wir jedenfalls nicht.

Abschließend will ich noch einmal sagen: Die Messlatte lautet Generationengerechtigkeit, Finanzierbarkeit, soziale Ausgewogenheit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An diesen drei Messlatten und Maßstäben werden wir alle vorliegenden Vorschläge prüfen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit schließe ich die Beratung. Es ist Antrag auf Abstimmung

in der Sache gestellt worden. Ich stelle also den Antrag der CDU, Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen abzulehnen, Drucksache 15/2832, zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wir müssen auf jeden Fall heute noch Punkt 23 a aufrufen. Das ist möglich, weil sich die Fraktionen darauf verständigt haben, diesen Antrag ohne Aussprache zu behandeln. Ich rufe also Punkt 23 a auf:

Kein Auslaufen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in den alten Bundesländern (GA-West) ab 2004

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/2844

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wir können also gleich zur Abstimmung kommen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Wir haben einstimmig so beschlossen.

Wir haben noch die Tagesordnungspunkte ohne Aussprache zu behandeln. Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2386

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 15/2784

Ich erteile dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone, das Wort.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Einvernehmen mit dem an der Beratung beteiligten Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Aussprache ist nicht vorgesehen. Wer der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses folgen will, den bitte ich mit Ja zu stimmen. - Wer will mit Nein stimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der FDP angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Stiftungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2831

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf federführend dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Ist Mitberatung gefordert?

(Holger Astrup [SPD]: Nein!)

- Das ist nicht gefordert. - Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Wir haben einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Mittelstandsoffensive liegen geblieben?

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2824

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ich stelle einstimmige Beschlussfassung fest.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Fortentwicklung der Verwaltungsreform

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2825

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen. - Zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Puls das Wort.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Im Einvernehmen mit der antragstellenden Fraktion beantrage ich die Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Einvernehmen ist offensichtlich hergestellt. Es ist beantragt, diesen Antrag dem Innen- und Rechtsaus-

schuss zur Beratung zu überweisen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig erfolgt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Grundsicherung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2828

Eine Aussprache ist auch hier nicht vorgesehen. Ich lasse über den Antrag in der Sache abstimmen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 40 auf:

a) Machbarkeitstudie zur Ausweisung des Gebietes des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer als Weltkulturerbe

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1249 Abs. 2 und 3

b) Machbarkeitsstudie zur Ausweisung des Gebietes des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer als Weltkulturerbe

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1354

Bericht und Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
Drucksache 15/2836

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Umweltausschusses, Herrn Abgeordneten Jacobs.

Helmut Jacobs [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Umweltausschuss hat die Vorlagen in seiner Sitzung am 13. August beraten. Im Einvernehmen mit dem Bildungsausschuss gibt er folgende Beschlussempfehlungen ab:

Mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung des Vertreters der FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der FDP abzulehnen.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter für diesen Bericht. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist offen-

(Präsident Heinz-Werner Arens)

sichtlich nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses bezüglich der Ablehnung der Absätze 2 und 3 des Antrages der Drucksache 15/1249 folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, dass die Beschlussempfehlung angenommen worden ist mit den Stimmen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Wer die Kenntnisnahme des Berichtes der Landesregierung beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig erfolgt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind am Ende der Tagung. Die nächste Tagung wird für den 24. September 2003 einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:53 Uhr